

Patricia Hornich

# EXTREMISMUS IN LIECHTENSTEIN MONITORINGBERICHT 2021

ANHANG: ZEITUNGSRECHERCHE



LIECHTENSTEIN-INSTITUT



# «Kritisches Denken» wird radikaler

Auf wilde Verschwörungstheorien folgen Beleidigungen und Aufrufe zu Straftaten. Doch das Internet ist kein rechtsfreier Raum.

Julia Strauss

«Notschlachten». Dieses Wort wurde als Antwort auf die Frage «Wie lautet die Diagnose in diesem Fall?» unter einem Video über den deutschen Virologen Christian Drosten gegeben. Besagtes Video wurde in einer coronaskeptischen Facebook-Gruppe aus Liechtenstein öffentlich geteilt und auch dort kommentiert. Die Wortwahl zeigt eindrücklich, wie stark sich einige der Mitglieder dieser coronaskeptischen Gruppen bereits radikalisiert haben.

Dynamische Eskalationsstufen können zu einer Radikalisierung führen. Am Beispiel der Coronapandemie lässt sich das zeigen, wie anfällige Personen verschiedene solcher Eskalationsphasen durchlaufen. Am Anfang der Pandemie wurde beispielsweise auf alternativen Kanälen empfohlen, einfach eine Zwiebel ins Zimmer zu stellen oder Vitamin D einzunehmen, um einer Infektion zu entkommen. Zu diesen noch harmlos klingenden Fehlinformationen gesellten sich dann pseudowissenschaftliche Einzelmeinungen von angeblichen

Mediziner und Wissenschaftlern. Prominente Personen trugen dann einen wesentlichen Teil dazu bei, dass sich die Falschinformationen rasend schnell im Internet verbreiteten und eine breite Öffentlichkeit erreichten. Dann folgten bizarre Verschwörungstheorien wie «QAnon». Harmlose Empfehlungen wurden abgelöst durch Aufrufe zu Gewalt, was schliesslich auch in der realen Welt Folgen hatte: Bei der Stürmung des amerikanischen Kapitols waren «QAnon»-Anhänger an vorderster Front mit dabei, wo fünf Menschen ums Leben kamen.

## Einfache Erklärungen statt komplexe Wissenschaft

Verschiedenste Aspekte spielen eine Rolle, ob und wie schnell sich eine Person radikalisiert. Jules Hoch, Polizeichef der Liechtensteinischen Landespolizei, versucht, die schwierige Frage nach den Ursachen von Radikalisierungsprozessen zu beantworten: «Viele Faktoren können Einfluss auf die Radikalisierung einer Person haben.» Er zählt als mögliche Ursachen soziale und ökonomische Umstände wie soziale Isolation, fehlende Integration, keine berufliche Perspektive oder Arbeitslosigkeit auf. Das daraus resultierende Gefühl der Perspektiv- und Orientierungslosigkeit könne eine Radikalisierung begünstigen. «Solche Menschen können für radikale Theorien mit entlastenden Erklärungen für das persönliche Unglück, kombiniert mit einfachen Lösungsansätzen, sehr empfänglich sein», erklärt Hoch.

## Echokammern verhindern Meinungsvielfalt

Ein grosses Problem sind sogenannte Echokammern. Sie können eine Radikalisierung beschleunigen. Denn es ist kein Zufall, wenn man auf Plattformen wie Facebook oder Instagram Beiträge angezeigt bekommt, die sich inhaltlich sehr



Radikalisierung geschieht oftmals unbemerkt vom sozialen Umfeld.

Bild: iStock

ähnlich sind. Diese Plattformen versuchen über individuelle Algorithmen, die vorgeschlagenen und zuoberst angezeigten Beiträge möglichst den Vorlieben des Nutzers anzupassen. Hat man erst einmal Videos über angebliche Impfpfote angeklickt und dazu noch einen Beitrag über Masken, die Kinder gefährden, wird sich auch der nächste empfohlene Beitrag in diese Richtung bewegen. So wird der Internetnutzer immer mehr mit den gleichen Falschmeldungen konfrontiert, ohne dass ihm dies bewusst ist. Abweichende Meinungen werden in diesen Filterblasen immer seltener. Für die eigenen Ansichten bekommt man ausschliesslich Zustimmung. Diskussionen fehlen fast komplett. Auch Polizeichef Hoch sieht hier eine deutliche Gefahr: «Die Sicht auf die Welt und die Wirk-

lichkeit wird nur noch im Kontext der eigenen ideologischen Deutungsmuster wahrgenommen. Eine faktenbasierte Auseinandersetzung mit der Realität findet nicht mehr statt.»

## Nur noch die eigene Sicht auf die Wahrheit zählt

In beiden Liechtensteiner Facebook-Gruppen scheint die Bereitschaft, aggressive Ausdrucksweisen wie Beleidigungen oder Gewaltandrohungen zu dulden, höher zu werden. Beleidigungen wie «Die Hexe spinn doch» oder «er ist fett» werden mit Likes belohnt. Aussagen wie «Die Schlinge um Drosten zieht sich zu» oder «Köpfe werden rollen» werden von den Administratoren der Gruppen ebenfalls unkommentiert geduldet und entgegen der Gruppenregeln nicht gelöscht. Explizite Drohungen wie «ir-

gendwann werden die jetzt amtierenden Exekutivmitglieder zur Rechenschaft gezogen» oder «Pedrazzini verdient mehr als nur impfen» sind öffentlich lesbar. Einige der Aussagen stammen von Landtagskandidaten.

Die Grenze von «kritisch» zu «radikal» wird immer öfter überschritten. Solche Äusserungen haben allerdings mit «kritischem Denken» nur noch sehr wenig zu tun. «Eine kritische Person setzt sich mit der Meinung und der Sicht auf die Wirklichkeit der anderen auseinander und lässt sich auf einen Diskurs ein», so Hoch. «Diese Person ist sich bewusst und akzeptiert, dass es unterschiedliche Standpunkte und Meinungen gibt.» Anders sieht es bei einer radikalisierten Person aus: «Sie ist kaum noch offen für eine echte Diskussion. Sie

glaubt zu wissen, was Sache ist und kennt nur ihre Wahrheit. Und nur noch ihre Sicht auf die Wahrheit ist die richtige», sagt der Polizeichef.

## Sind strafbar: Beleidigungen und Gewaltandrohungen

Dass Gewaltandrohungen auch im Internet strafbar sind, scheint vielen Internetnutzern nicht oder zu wenig bewusst zu sein. «Das Internet ist ein öffentlicher Raum und wird rechtlich gleich beurteilt, wie wenn ich meine Posts in einer Zeitung publiziert hätte», klärt der Polizeichef auf. Dies werde vielen erst richtig bewusst, wenn sie sich vor der Polizei für ihren Hass- oder Gewaltpost verantworten müssen. Hoch differenziert aber zusätzlich: «Klar gibt es es auch jene, welche die sozialen Medien bewusst, gezielt und systematisch für Hassaufrufe und Gewaltankündigungen missbrauchen. Hier sind die Strafverfolgungsbehörden erst recht gefordert.» Zu diesem Zweck verfügt die Landespolizei über Spezialisten, die im virtuellen Raum ermitteln und Beweise sichern. Hoch sieht auch den Staat in der Verantwortung: «Er muss klare Spielregeln für alle Akteure in der virtuellen Welt festlegen und durchsetzen.»

## Anlaufstellen

Personen, welche in ihrem sozialen Umfeld in irgendeiner Form mit Extremismus oder Radikalisierung konfrontiert werden, können die Fachgruppe Extremismus kontaktieren:

[www.gewaltsschutz.li/gewaltfelder/extremismus](http://www.gewaltsschutz.li/gewaltfelder/extremismus)

Sollte der Verdacht bestehen, dass von einer sich radikalisierten Person eine konkrete Gefahr ausgeht, kann man sich direkt an die Landespolizei unter [www.landespolizei.li/be-drohungsmangement](http://www.landespolizei.li/be-drohungsmangement) wenden. (js)

«Die Sicht auf die Wirklichkeit wird nur noch im Kontext des eigenen ideologischen Deutungsmusters wahrgenommen.»



Jules Hoch  
Polizeichef Landespolizei

## Schwerpunkt Am Sonntag ist Internationaler Tag gegen Rassismus

# «Liechtenstein ist ein Einwanderungsland»

**Integration** Wo in Liechtenstein Rassismus vorkommt und wie dagegen vorgegangen werden kann, erklärt Patricia Ganter Sonderegger. Sie ist seit 2008 Leiterin der Fachstelle Integration des Kantons Graubünden und seit heuer Vorstandsmitglied des Vereins für Menschenrechte.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Wie äussert sich Rassismus in Liechtenstein?

Patricia Ganter Sonderegger: Rassismus heisst, dass eine Person z. B. aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Kultur oder Lebensform als minderwertig angesehen wird. Diese Haltung kann sich zum Beispiel in Form von abwertenden Witzen und Sprüchen, Beleidigungen, Anstarrern in der Öffentlichkeit oder irritierenden Fragen äussern. Rassismus kann auch in konkrete Drohungen, Hassrede oder Mobbing münden.

Häufiger sind jedoch subtilere und teilweise auch unbewusste Formen von Rassismus, die schwerer zu identifizieren oder nachzuweisen sind. So haben z. B. Menschen mit einem ausländischen Namen, einem fremden Aussehen oder einer anderen Religionszugehörigkeit grössere Schwierigkeiten, eine Lehr- oder Arbeitsstelle oder eine Wohnung zu finden. Dies wird auch als struktureller oder institutioneller Rassismus bezeichnet. D. h. Strukturen (z. B. Bewerbungsprozesse) sind so gestaltet, dass gewisse Berufe oder Positionen bestimmten Personengruppen de facto verwehrt bleiben.

Dies hängt mit bestimmten Wahrnehmungen zusammen, die teilweise von den betroffenen Personen übernommen werden: Sie fühlen sich nicht willkommen, nicht häufig oder nicht wertgeschätzt oder werden mit Vorurteilen oder Klischees konfrontiert.

Was kann gegen Rassismus helfen?

In Liechtenstein sind rassistische Handlungen und rassistische Äusserungen in der Öffentlichkeit - z. B. auf der Strasse oder in Leserbriefen - strafbar. Die Meinungsäusserungsfreiheit beinhaltet also kein Recht auf rassistische Aussagen.

Der alltägliche Rassismus, der auf der persönlichen Ebene stattfindet,

basiert auf einer ideologischen Haltung. Er kann nur angegangen werden, indem der Austausch mit Betroffenen gesucht und gefördert wird und Menschen ihre Denkmuster reflektieren bzw. sich selbstkritisch betrachten. Bei der Überwindung des strukturellen Rassismus braucht es eine kritische Betrachtung der Praktiken und Routinen von Institutionen. Ein umfassendes Anti-Diskriminierungs-Gesetz, wie es z. B. von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats (ECRI) oder des UNO-Ausschusses zur Beseitigung von Rassendiskriminierung (CERD) für Liechtenstein empfohlen wird, könnte dabei helfen, auch die strukturellen Formen von Diskriminierung und Rassismus zu entdecken und anzugehen.

Ein Ziel der Integrationsstrategie ist die Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Migranten. Ist dies heute noch nicht der Fall, wo hapert es?

Integration verfolgt das Ziel, den Zugang zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben für alle Bevölkerungsgruppen - entsprechend ihrer Möglichkeiten - zu gewährleisten. D. h. herkunftsbedingte Unterschiede dürfen nicht zu sozialer Ungleichheit in den lebenswichtigen Bereichen wie Schule, Bildung, Arbeit und Wohn-

situation führen. Es liegt in der Verantwortung des Staates, entsprechende Zugänge zu schaffen, Hürden - sofern vorhanden - abzubauen und Förderangebote, die auf unterschiedliche Bedürfnisse ausgerichtet sind, zu implementieren.

Gemäss der im Mai 2020 veröffentlichten Integrationsstudie gibt es Optimierungsbedarf bei der Koordination der Integrationsmassnahmen, der Information und Beratung, der sprachlichen Förderung und der Frühen Förderung. Auch gibt es Bedarf nach einer Sprach- und Grund-

bildung für Personen, welche die obligatorische Schulpflicht bereits abgeschlossen haben.

Integration sollte möglichst früh ansetzen: Was ist im Bereich Bildung zu tun?

Liechtenstein hat ein hochwertiges Bildungssystem mit guten Bildungschancen. Damit alle davon profitieren können, sollten fremdsprachige Eltern im Hinblick auf die Förderung ihrer Kinder auf die Bedeutung der sprachlichen Förderung bei Vorschulkindern sensibilisiert, mit geeigneten Massnahmen unterstützt und entsprechende Angebote geschaffen werden. Bei fremdsprachigen Eltern sollte gezielt das Bewusstsein gefördert werden, dass Erfolg in der Schule ein Schlüsselkriterium für den Übertritt in weiterführende Schule und den späteren Berufsweg ist. Viele Familien mit niedrigen Einkommen, dies betrifft auch viele Migrantenfamilien, stellt die Doppelbelastung durch Berufs- und Familienarbeit vor besondere Schwierigkeiten. Ausserschulische Betreuungsangebote wie Mittagstisch, Aufgabenhilfe, Ferienkurse u. ä. sind deshalb im Hinblick auf eine positive Bildungskarriere sehr hilfreich. Handlungs- und Förderbedarf gibt es auch im Rahmen des Familienanzugs, insbesondere bei spät eingereisten Jugendlichen, die nicht mehr unter die obligatorische Schulpflicht fallen und sich im Hinblick auf eine Berufsbildung die dafür notwendigen Sprach- und Grundkompetenzen aneignen müssen.

Die Information und Beratung von Migranten ist gemäss Integrationsstudie noch ausbaufähig, viele Migranten kennen auch das Angebot an Sprachkursen nicht. Wie kommt das?

Es ist wichtig, dass Migrantinnen und Migranten möglichst schnell, einfach und unbürokratisch an die für sie relevanten Informationen kommen und über bestehende Integrationsangebote informiert werden. Dazu braucht es niederschwellige Informationsmöglichkeiten. Dazu gehören Informationen in der Herkunftssprache oder spezifische Beratungsangebote mit interkulturellen Übersetzenden. Die Studie zeigte, dass das bestehende Informationsangebot hier nicht ausreicht. Wichtige Informations- und Beratungsangebote wie die Stiftung Min-tegra in Buchs oder Beratung für Migrantinnen der infra müssten ergänzt bzw. ausgebaut werden.

Bei den Sprachkursen ist wichtig, dass sie inhaltlich auf unterschiedliche Lernvoraussetzungen und organisatorisch auf die Arbeits- und Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten ausgerichtet sind. Dazu gehören erschweringliche Tages- und Abendkurse, die auch Betreuungsmöglichkeiten für Kinder anbieten.

Das liechtensteinische Ausländerrecht schreibt bestimmte Sprachkenntnisse vor, damit die Aufenthaltsbewilligung verlängert wird. Für Migrantinnen und Migranten ist es somit essenziell, dass sie diese Vorgaben erfüllen können. Sie benötigen fundierte Informationen darüber, wie sie diese Anforderungen erfüllen können. Hier wären neben einer niederschweligen Anlaufstelle auch eine unabhängige Sprachberatung und längerfristige Begleitung



Patricia Ganter Sonderegger. (Foto: ZVG)

hilfreich, welche die sprachliche Integration nachhaltig unterstützt.

Integration ist keine Einbahnstrasse, es braucht beide Seiten. Was wünschen Sie sich von den Liechtensteinern, was von den Ausländern? Liechtenstein ist ein Einwanderungsland und auf Zuwanderung angewiesen, wodurch kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt zum Alltag gehört. Dies gilt es anzuerkennen und zu nutzen, Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Bereicherung anzusehen und Respekt und Toleranz als gesellschaftliche Werte zu fördern. Integration ist ein auf Gegenseitig-

keit beruhender gesellschaftlicher Prozess, der von der einheimischen Bevölkerung Offenheit und ein Klima der Anerkennung und Wertschätzung verlangt und von den Zugewanderten der Willen und die Bereitschaft voraussetzt, sich - ihren Möglichkeiten entsprechend - aktiv und konstruktiv mit dem Alltag in Liechtenstein und den hiesigen Gepflogenheiten auseinanderzusetzen sowie sich im Hinblick auf Partizipation und Verständigung Sprachkompetenzen anzueignen. Wenn beide Seiten ihren Beitrag leisten, ist Integration erfolgreich und bietet Rassismus keinen Platz.

# us: Was hat das mit mir zu tun?

## Von Rassismus im Alltag und Gemeinsamkeiten

**Gesellschaft** Am Sonntag ist der Internationale Tag gegen Rassismus. Der Gedenktag soll daran erinnern, dass Rassismus alltäglich möglich ist. Oft im Alltag verankert, betrifft das Thema alle Bürger.

VON SILVIA BÖHLER

Es gibt ganz unterschiedliche Möglichkeiten, wie sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft bemerkbar machen können. Auch heute noch werden Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft, Kultur oder Religion ausgegrenzt, ungleich behandelt oder mit verletzenden Bemerkungen in der Öffentlichkeit oder in den sozialen Medien beschimpft. Rund ein Drittel der Bevölkerung Liechtensteins besitzt ei-

ne ausländische Staatsbürgerschaft. Das Zusammenleben von In- und Ausländern scheint grösstenteils zu funktionieren, in den vergangenen Jahren wurden nur wenige rassistisch motivierte Straftaten registriert. Der jährlich publizierte Bericht «Menschenrechte in Liechtenstein» weist allerdings auf eine nicht bekannte Dunkelziffer hin, da nicht alle rassistischen und fremdenfeindlichen Handlungen zur Anzeige gebracht werden. Ähnliche Erfahrungen teilt der Verein für Menschenrechte (VMR). Wie Christian Blank, stellvertretender Geschäftsführer, vor einigen Tagen im Interview mit Radio L. bestätigte, war der Verein bei mehreren Fällen involviert. «Es handelte sich um Nachbarschaftsstreitigkeiten, um eine Wohnungssuche und eine Arbeitsstellensuche. Bisher konnten wir immer eine niederschwellige Lösung finden», so Blank.

Mit strafrechtlich relevanten Fällen habe sich der Verein noch nicht befassen müssen.

### Probleme im täglichen Leben

Christian Blank unterscheidet zwischen ideologischem Rassismus (rassistische Haltung) und der rassistischen Diskriminierung. Während der ideologische Rassismus in Liechtenstein zumindest öffentlich wenig präsent sei, würde es im alltäglichen Leben durchaus zu Diskriminierungen kommen. Eine Ausgrenzung kann nicht nur stattfinden, wenn Menschen mit dunklerer Hautfarbe oder fremd klingendem Namen sich um eine Arbeitsstelle oder Wohnung bei mehreren Fällen involviert. «Es sprachliche Barrieren vorhanden sind. «Staatliche Dienstleistungen und Informationen müssen für alle Menschen gleich gut zugänglich sein», sagt Blank. Internationale

Rassismusberichte würden zudem immer wieder die mangelnde politische Teilhabe der ausländischen Mitbewohner sowie die strengen Einbürgerungsregelungen Liechtensteins bemängeln.

### Gemeinsamkeiten im Vordergrund

Häufig wird über die Hindernisse und Probleme gesprochen, die beseitigt werden müssen, um Rassismus zu verhindern. Das «Volksblatt» will daneben auch das Verbindende von inländischen und ausländischen Bürgern in den Vordergrund rücken. Anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus haben wir verschiedene Organisationen und Bürger befragt, welche Gemeinsamkeiten sie verbindet. (siehe Statements unten) Der einhellige Tenor der Befragten: Egal, ob bei der Arbeit, im Vereins- oder Privatleben – die Wertschätzung für die Diversität im Land ist hoch.



### «Gemeinsame Motivation zu helfen»

Im LLS arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 19 verschiedenen Nationen. In- und ausländische Fachkräfte kümmern sich vereint um das Wohl der Patientinnen und Patienten. Empathie, Wertschätzung und die gemeinsame Motivation, dem Menschen zu helfen, bilden dabei das Fundament der Zusammenarbeit, unabhängig von Nationalität und Herkunft.

Assistenzarzt Mirsad Osmani und Hanni Verling (Leiterin Notfallstation) mit einer Patientin. (Foto: ZVG)



### «Musik profitiert von den verschiedenen Kulturen»

Die Musik ist eine eigene internationale Sprache. Dank den Einflüssen und Vermischungen verschiedenster Kulturen aus der ganzen Welt profitiert die Musik und entwickelt sich weiter. Wir Musiker verurteilen jegliche Art von Rassismus und Diskriminierung, vielmehr freuen wir uns auf einen regen Austausch, sodass wir viel voneinander lernen können.

Musiker, die sich einen Proberaum teilen, von links.: Roger Szedalik, Raimund Tschol, Amik Guerra und Raffaele Ventruto. (Fotos: ZVG)

### «Rassismus hat bei uns keinen Platz»

Bei uns trainieren und spielen Kinder und Jugendliche aus 15 verschiedenen Nationen, sie alle teilen die Freude am Fussballsport. Ebenso verhält es sich bei uns im Vorstand. Unsere Mission ist es, den Kindern und Jugendlichen mehr als nur Fussball zu geben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder,

unabhängig von ihrem Alter, Geschlecht, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion, ob mit Beeinträchtigungen oder besonderen Bedürfnissen, beim FC Vaduz ihrer Leidenschaft nachgehen können. Der Teamsport lehrt uns dabei jede Woche aufs Neue, dass man gemeinsam mehr erreichen kann und geteilte Freude doppelte Freude ist!

FCV-Vorstandsmitglieder: Lorenz Gassner, Oezkan Gülbahar. (Foto: PT)



### «Nur als Team gelingt der Einsatz»

Die Feuerwehr ist immer dann im Einsatz, wenn jemand Hilfe braucht. Uns interessiert nicht, wer in Not ist, – egal welches Geschlecht, welche Nationalität oder welche Religion – wir helfen allen Menschen. Genauso offen und tolerant sind wir in unseren Teams der Freiwilligen Feuerwehr Schaan. Jeder Mensch ist anders und bei den regelmässigen Pro-

ben lernen wir nicht nur die verschiedenen Fertigkeiten und das Material kennen, sondern wir lernen auch, uns gegenseitig kennen und zu vertrauen. Besonders bei schwierigen Einsätzen ist der Verlass auf die anderen Kameraden wichtig. Nur als Team und mit dem gemeinsamen Einsatz können wir mit unserer Arbeit zum Wohle der Bürger beitragen.

René Tijkorte, Fachgruppenleiter RW/Olwehr und Präsident Werner Thöny. (Foto: Paul Trummer)



### WO IST HEIMAT?

Der Film «Heimat» von Simon Egger und Toni Büchel zeigt fünf Menschen aus oder in Liechtenstein, die darüber sprechen, was Heimat für sie bedeutet. Der Film zeigt auf, dass Liechtenstein für verschiedenste Menschen ein Zuhause ist. Er wurde vom Verein für Menschenrechte (VMR) in Auftrag gegeben und ist über die VMR-Webseite unter «Aktuelles» zu finden. Ebenso über den YouTube-Kanal des VMR: <https://youtu.be/afjez2ZSHw>

# Mitten im Bus die Hose runtergelassen

Auf der Anklagebank fand sich ein Rentner wieder, dem Diskriminierung und Exhibitionismus vorgeworfen wurde. Es folgte der Schuldspruch.

Julia Kaufmann

Weil er einen Mann einen «Scheisschweizer» nannte und einen weiteren Mitfahrgast im Linienbus als «Scheissmigrant» beschimpfte, bevor er schliesslich vor ihm die Hose runterliess und mit seinem Genital während mindestens sieben Sekunden «herumgewedelt» haben soll, musste sich ein Rentner aus Liechtenstein gestern vor dem Landgericht verantworten. Ihm wurde Diskriminierung, Exhibitionismus und sexuelle Belästigung vorgeworfen. Der Mitte 60-Jährige war an jenem Tag im August 2020 stark alkoholisiert, weshalb er vor Gericht angab, sich nur noch sehr schemenhaft an den Vorfall erinnern zu können. Trotzdem zeigte sich der Mann punkto Diskriminierung geständig. «So in etwa werde ich es wohl gesagt haben. Aber nur, weil ich provoziert worden bin», meinte er und entschuldigte sich bei einem der Männer, der als Zeuge und Privatbeteiligter ebenfalls im Saal anwesend war. Bezüglich den anderen beiden Vorwürfen wies der Rentner allerdings jegliche Schuld von

sich. So etwas zu tun, würde seinem Charakter widersprechen, betonte er. Ausserdem hätte er eine Prostataoperation hinter sich, weshalb er sich nur lächerlich gemacht hätte, wenn er sein Genital, das einem «Stummel» gleiche, entblösst hätte. Ganz ausschliessen konnte er es dann aber doch nicht. Da zwei Zeugen, die in keiner Verbindung zueinander stehen, unabhängig voneinander identische Aussagen tätigten, war für den Richter der Fall am Ende der Verhandlung klar. Der Rentner wurde schuldig gesprochen.

## «Ich fühle mich psychisch nicht krank»

Die wichtigste Frage, die es in der gestrigen Verhandlung zu klären gab, war jene, ob der Mitte 60-Jährige, wie von der Staatsanwaltschaft gefordert, in eine Anstalt für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher eingewiesen werden soll. Der Angeklagte konnte dies nicht nachvollziehen. «Das finde ich schon sehr krass und nicht gerechtfertigt», sagte er. Entgegen dem forensisch-psychologischen Gutachten, das ihm eine bipolare affektive Störung attestiert, die



Der Mitte 60-Jährige zeigte sich teilweise geständig. Bild: Archiv

seit 2010 nachweisbar ist und seit 2018 einen schweren Verlauf kennzeichnet, beharrte der Angeklagte darauf, sich psychisch nicht krank zu fühlen. Ebenfalls leidet er laut Gutachten seit 2019 an einer Alkoholabhängigkeit. Doch auch davon wollte der Mitte 60-Jährige nichts wissen. «Mit Alkohol habe ich überhaupt kein Problem. Ich trinke keine harten Sachen, nur gelegentlich mal ein

Bier.» Mit dem Gutachten übereinstimmen konnte er lediglich dahingehend, dass seine Zurechnungsfähigkeit schwergradig beeinträchtigt war.

Während sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch die Gutachterin auf die Einweisung in eine Anstalt für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher pochten, sprachen sich die Verteidigung und der für den Rentner zuständige Sachwalter für eine

ambulante Therapie aus. Letzterer erklärte, dass eine stationäre Behandlung mehr negative Folgen als positive Effekte hätte, da der Angeklagte aus einem Netz herausgerissen würde, das in den vergangenen Jahren durch diverse Institutionen und Ämtern aufgebaut worden war. Ausserdem betonte der Sachwalter, dass er den Angeklagten als zuverlässig und verantwortungsbewusst wahrnehme.

## Der berühmte «Schuss vor den Bug»

Bevor es am Richter lag, sein Urteil zu fällen, trugen die Verteidigung, Staatsanwaltschaft und der Privatkläger jeweils ihre Plädoyers vor. Letzterer forderte für seinen Mandanten – der Mann, vor dem der Angeklagte die Hose runterliess – einen Schadensersatz von rund 8100 Franken. Denn wie der Mann gestern im Zeugenstand schilderte, sei er durch den Vorfall in ein «seelisches Ungleichgewicht» geraten. «Ich denke oft daran und träume auch davon. Wegen diesem Vorfall traue ich mich nicht mehr alleine spazieren zu gehen, da ich nun Angst vor Vor-

urteilen habe», liess er den Richter über seine Dolmetscherin wissen. Zudem legte er dem Gericht ein ärztliches Attest vor, das er nur einen Tag vor der Verhandlung erstellen liess. Doch dem Richter war dies zu wenig, da das Dokument lediglich bescheinigte, dass er einen Arzt aufsuchte, nicht aber, dass eine Diagnose gestellt wurde. Der Zeuge wurde auf den Zivilrechtsweg verwiesen. Die Staatsanwaltschaft forderte indes den Schuldspruch und die Einweisung. Die Verteidigung betonte, dass die schwergradige Minderung der Schuldfähigkeit zu berücksichtigen sei. Mildernd zu bewerten sei, dass sich der Rentner geständig zeige und bereit sei, sich ambulant therapieren zu lassen.

Der Richter gab dem Angeklagten schliesslich eine letzte Chance und sprach vom «berühmten Schuss vor den Bug»: Die Einweisung sowie eine dreimonatige Freiheitsstrafe wurden bedingt auf drei Jahre nachgesehen. Zusätzlich sprach der Richter die Weisung einer ambulanten Alkoholentwöhnungstherapie mit dem Medikament Antabus aus.

# Intoleranz: Regierung soll Situation von «LGBT+» beleuchten

**Aufforderung** Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) hat die Umsetzung ihrer Menschenrechtsempfehlung an Liechtenstein geprüft und bemängelt den bisherigen Fortschritt.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Um Lebenssituationen und Rechte verbessern zu können, muss man zuerst die tatsächliche Situation der Betroffenen kennen. Dieser Grundlage folgt die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz. Bereits im Mai 2018 hat die ECRI deshalb bei ihrer fünften Bewertung Liechtensteins angeregt, dass sich die Regierung verstärkt mit den Lebensbedingungen der LGBT+ im Land auseinandersetzt, um eine Grundlage für sinnvolle Massnahmen zur Verbesserung ih-

rer Lebenssituation zu schaffen. Mit Bedauern habe die Kommission nun festgestellt, dass die Empfehlungen bislang noch nicht umgesetzt wurden, schreibt sie in ihrem Fazit vom 17. Mai 2021.

Sie hebt dabei hervor, dass der Verein für Menschenrechte (VMR) bereits 2018 in Eigeninitiative eine solche Analyse durchgeführt und Verbesserungsvorschläge vorgebracht hat. Im Februar 2020 richtete sich der VMR diesbezüglich sogar noch einmal an die Regierung und forderte zur Erstellung einer solchen Studie auf. Gleichzeitig empfahl er die Einführung der «Ehe für alle», die Schaffung eines Personenstandsgesetzes sowie die Eintragungen eines «neutralen» Geschlechts zur Verbesserung der Situation von Transidentitäten.

## Einsatz der Regierung fehlt

All dieses Engagement durch den VMR ersetzen für die ECRI jedoch nicht die fehlende Bemühung seitens der Regierung, die in den vergangenen Jahren selbst keine Not-



(Symbolfoto: Shutterstock)

wendigkeit für eine solche Studie sah. Die Kommission empfiehlt der Regierung deshalb erneut, auf der Vorarbeit des VMR aufzubauen und eine solche Studie noch in Auftrag zu geben. Auf die Frage des «Volksblatts», ob sich die Position der Regierung hierzu zwischenzeitlich wieder geändert hat, zeigt sich Gesellschaftsminister Manuel Frick offen: «Das Ministerium für Gesellschaft und Kultur wird prüfen, ob eine solche Studie in Zukunft erarbeitet werden soll.» Somit wird sich noch zeigen, ob die Kommission ihre Empfehlung bei der nächsten Prüfung als umgesetzt abhaken kann.

## Integrationsstrategie steht

Fortschritte konnten zwischenzeitlich immerhin bei der zweiten Emp-

fehlung erzielt werden. Denn die angeregte Integrationsstudie zur Situation von Migranten, Geflohenen und Grenzgängern in Liechtenstein konnte bereits im Sommer 2020 erfolgreich präsentiert werden. Die ECRI begrüsst in ihrem Fazit die Studie als ersten Schritt in Richtung einer liechtensteinischen Integrationsstrategie und regt die Regierung an, ihre Bemühungen hierzu fortzusetzen. Auch da die Integrationsstrategie mit Stand Oktober 2020 noch nicht final ausgearbeitet war. Eine Aufforderung, der Liechtenstein in der Zwischenzeit auch nachkam. Die Integrationsstrategie wurde von der Regierung im Februar 2021 genehmigt und so die entsprechenden Leitplanken für die weitere Integrationspolitik geschaffen.

# Coronamassnahmen im Zentrum der Menschenrechtsbeschwerden

**Jahresbericht** Der Verein für Menschenrechte (VMR) hat 2020 insgesamt 45 Beschwerden behandelt. Das sind sechs mehr als im Vorjahr. Freiheitsbeschränkungen durch die Coronamassnahmen haben dabei eine zentrale Rolle gespielt.

VOH HANNES MATT

Als Kernaufgabe des Ende 2016 gegründeten Vereins für Menschenrechte (VMR) zählen neben der langfristigen Beobachtung der Menschenrechtslage in Liechtenstein auch die Behandlung von Beschwerden. 2020 gelangten gemäss dem jüngst veröffentlichten VMR-Jahresbericht insgesamt 45 Beschwerden an den VMR, 17 davon an die Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche (OSKJ). Das sind sechs mehr als 2019. Während bei der OSKJ wie bereits in den vergangenen Jahren Obsorgekonflikte (bei Scheidungen oder bei Flucht und Migration) im Zentrum standen, hatte es der VMR im letzten Jahr am häufigsten mit Beschwerden zu verschiedenen Formen der Bedrohung und Gewalt zu tun – zum Beispiel im familiären Kontext sowie im Internet, in Zusammenhang mit Haft und Freiheitszug oder der Beschränkung der individuellen Freiheit.

Je nach Beschwerde agiert der VMR anders. In 23 der 45 Fälle wurde etwa Beratung und Vermittlung angeboten. In zehn Fällen nahmen VMR und OSKJ mit Behörden Kontakt auf bzw. intervenierten bei den zuständigen Stellen. Vier Fälle deuteten auf ein strukturelles Problem und führten zu einer Beobachtung. Lediglich in sechs Fällen traf der VMR keine Massnahme.

## Frustration und Widerstand

Wenig überraschend: Im 2020 haben die Coronamassnahmen die zentrale Rolle bei den Menschenrechtsbeschwerden eingenommen, wie es im Jahresbericht heisst. Während der ersten Welle noch ein positiver Ruck durch die Gesellschaft gegangen sei, folgte bei der zweiten Welle das Gefühl von Hilflosigkeit, wie der damalige VMR-Prä-



Der VMR hatte 2020 auch Beschwerden gegen die Maskenpflicht erhalten. (Foto: MZ)

dent Walter Kranz im Vorwort in seinem Plädoyer für mehr Solidarität ausführte: «Frustration und Widerstand gegen die Einschränkung der individuellen Freiheiten weiteten sich aus. Auch beim VMR gingen Beschwerden gegen Freiheitsbeschränkungen, gegen Maskenpflicht und Schulschliessungen ein.» Folgend hätten sich schwierige juristische und ethische Fragen abgezeichnet. Doch waren die Massnahmen der Regierung denn vertretbar? Schliesslich sollen die Menschenrechte auch in Krisenzeiten gelten und für eine verbindliche Orientierung sorgen. Wie

der VMR hierzu erklärt, müssten die Massnahmen nicht nur einer regelmässigen Überprüfung auf Wirksamkeit und Notwendigkeit unterzogen und die Bevölkerung zeitnah und transparent informiert werden: «Die Einschränkungen gewisser Grund- und Menschenrechte sind auch nur dann legitim, wenn sie eine rechtliche Grundlage haben, zeitlich klar befristet, verhältnismässig und nicht diskriminierend sind.» Man kommt zum Schluss, dass dies 2020 in Liechtenstein der Fall gewesen ist: Der VMR habe die ergriffenen Massnahmen als dem Schutz des Lebens

«Mit der zweiten Welle weiteten sich Frustration und Widerstand gegen die Einschränkung der individuellen Freiheiten aus.»

WALTER KRANZ  
EHEMALIGER VMR-PRÄSIDENT

und dem Recht auf Gesundheit verpflichtet anerkannt und unterstützt im Dezember 2020 die Regierung daher im Rahmen des sogenannten «nationalen Schulterschlusses», wie im Jahresbericht zu lesen ist. Es gibt aber auch kritische Feststellungen: Etwa, dass die grundrechtseinschränkenden Massnahmen von der Regierung über Verordnungen – also ohne Mitwirkung des Parlaments, erlassen werden konnten. «Die Anwendung dieses Notrechtregimes über längere Zeit birgt rechtsstaatliche und menschenrechtliche Risiken, die sorgfältig abgewogen werden müssen», so der VMR. Und: Da noch keine systematische wissenschaftliche Untersuchung durchgeführt wurde, setzt sich der VMR für eine gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung der Pandemie mit Blick auf die Wirksamkeit und Notwendigkeit der getroffenen Massnahmen ein.

## Umfassendes Tätigkeitsfeld

Die eingegangenen Beschwerden machen indes nur einen kleinen Teil der Arbeit des VMR aus, dem 34 Mitgliederorganisationen und 61 Einzelpersonen angehören. Die Aufgaben der Menschenrechtsinstitution als Ombuds-, Monitoring- oder Kompetenzstelle sind so umfassend wie die Menschenrechte selbst: Vom Schutz vor Gewalt, Missbrauch, Ausbeutung und Vernachlässigung bis zur Herstellung von Gleichberechtigung, Chancengerechtigkeit und Gleichbehandlung oder der Befähigung zur Teilhabe, Integration und Inklusion. Entsprechend umfangreich ist auch der aktuelle Jahresrückblick des VMR ausgefallen: Nicht weniger als 68 Seiten umfasst der Jahresbericht 2020 – mit zahlreichen Hinweisen, was Liechtenstein noch besser machen könnte.

Der vollständige Jahresbericht 2020 des VMR ist auf [www.menschenrechte.li](http://www.menschenrechte.li) zu finden.

Wo es in Liechtenstein gemäss VMR noch Aufholbedarf gibt – eine Auswahl:

## Mehr Ressourcen für Chancengleichheit

Mit der Schaffung des Vereins für Menschenrechte wurde im Jahr 2017 auch die Fachstelle für Chancengleichheit im Amt für Soziale Dienste errichtet – mit staatlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann, der Migration und Integration, der sozialen Benachteiligung, der Behinderung und der sexuellen Orientierung. Um dieses breite Mandat wirksam umsetzen zu können, empfiehlt der VMR den Einsatz von zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen für den Fachbereich – auch weil NGOs eine starke staatliche Stelle bräuchten, die ihr Engagement inhaltlich, ideell und finanziell unterstützt und Aktivitäten koordiniert.

## Gleichbehandlung von Religionen

Mit Blick auf die ausbleibenden Fortschritte bei der Entflechtung von Kirche und Staat besteht weiterhin eine ungleiche Behandlung von Religionsgemeinschaften, wie der VMR bemängelt. Gemäss dem im Jahresbericht zitierten Theologen Günther Boss sei etwa das jetzige System der Religionsfinanzierung ein grosses Problem. «Die katholische Kirche wird mit rund zehn Millionen Franken pro Jahr aus dem allgemeinen Steuertopf alimentiert», so Boss in einem «Volksblatt»-Interview. «Niemand darf verpflichtet werden, eine Religionsgemeinschaft zu unterstützen, der er nicht angehört.» Gemäss VMR herrscht ebenfalls noch Stillstand bei der Suche nach Grabstätten und Gebetsräumen für Muslime.

## Klare Fremdgefährdung für Zwangseinweisung

Der VMR befürwortet zwar den im jüngst beschlossenen Sozialhilfegesetz verfolgten Ansatz der möglichst restriktiven Anwendung und sehr klaren Qualifizierung von Bedingungen für die fürsorgliche Unterbringung (Zwangseinweisungen) oder in Sachen Bewegungseinschränkungen Heimaufenthalt. Allerdings wird die Bestimmung kritisiert, dass eine fürsorgliche Unterbringung wegen Fremdgefährdung verordnet werden kann, ohne die Gefährdung genauer zu qualifizieren. Eine Unterbringung bei ausschliesslicher Fremdgefährdung sollte nämlich nur dann zulässig sein, wenn ein bedeutendes Risiko besteht, dass die betroffene Person Dritten einen erheblichen Schaden zufügen könnte.

## Strafvollzug im entfernten Österreich?

Bei Gefängnisstrafen wird seit 2018 der Massnahmenvollzug und der reguläre Haftvollzug in Österreich durchgeführt, lediglich der Entlassungsvollzug kann in der nahen St. Galler Haftanstalt Saxerriet vorgenommen werden. Letzteres wird zwar begrüsst. Dem Vollzug in österreichischen Haftanstalten steht der VMR jedoch aufgrund der zum Teil grossen Entfernung problematisch für das Recht auf Familie – also zur Aufrechterhaltung der sozialen und familiären Kontakte – kritisch gegenüber. Handlungsbedarf sieht der VMR aufgrund der Zunahme von jugendlichen Delinquenten auch beim Landesgefängnis: Dort könne noch kein kinderrechtskonformer Haftvollzug gewährleistet werden.

## Lockerung des Familiennachzugs

Der Familiennachzug ist in Liechtenstein sehr restriktiv geregelt, findet der VMR. So dürften nur gemeinsame Kinder oder Adoptivkinder nachgezogen werden. Dafür gelten zudem verschiedene Voraussetzungen – unter anderem muss die gesuchstellende Person über genügend finanzielle Mittel für den persönlichen Lebensunterhalt und denjenigen der Familienangehörigen verfügen. Das Gesetz enthalte diesbezüglich keine Härtefallregelung, sodass das Recht auf Einheit der Familie in bestimmten Fällen nicht umgesetzt werden könnte. Der VMR empfahl dem Ministerium für Inneres bereits 2019 die Einführung einer Härtefallregelung und forderte die Regierung auf, einen Rückzug der Vorbehalte in internationalen Übereinkommen, die den Familiennachzug einschränken, zu prüfen.

## Schutzstatus für geflüchtete Gewaltopfer

Eine asylsuchende Person muss glaubhaft machen, dass eine Verfolgung gezielt gegen sie persönlich gerichtet war und sie an Leib und Leben gefährdet ist. Konflikt- und Gewaltvertriebene, die keiner persönlichen Verfolgung ausgesetzt waren, werden daher häufig nicht als Flüchtlinge anerkannt, so der VMR. Zwar erhalten solche Asylsuchende einen negativen Asylentscheid mit einer Wegweisungsverfügung, wobei letztere zugunsten einer vorläufigen Aufnahme ausgesetzt wird (Unzumutbarkeit). Diese bietet trotz längerfristigem Aufenthalt jedoch schlechte Integrationsperspektiven. Gerade für Konflikt- und Gewaltvertriebene, die nicht als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden, empfiehlt der VMR deshalb die Schaffung eines positiven Schutzstatus.

## «Ehe für alle» und LGBTI-Studie

LGBTI oder LGBTQ bezeichnet Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität. Von einer vom VMR geforderten Studie über die Probleme von LGBTI-Personen sieht das Ministerium für Gesellschaft derzeit ab – mit der Begründung, dass Vielfalt heute bereits weitgehend Normalität sei. Die zweite Empfehlung des VMR betrifft die Gleichbehandlung von hetero- und homosexuellen Paaren in Ehe und Partnerschaft (etwa «Ehe für alle»). Zwar ist die eingetragene Partnerschaft möglich. Um die unterschiedliche Behandlung hinsichtlich Adoption und Zugang zu Fortpflanzungsmedizin aufzuheben und Diskriminierung deren Kinder vorzubeugen, empfiehlt der VMR eine vollständige rechtliche Gleichstellung ungeachtet der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität.

## Untersuchung zu Rassismusformen

Die Anti-Rassismus-Konvention ist das älteste internationale Menschenrechtsübereinkommen. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, eine Politik zu verfolgen, die sich umfassend gegen jede Form von Rassismus richtet. Der Überwachungsausschuss unter der Konvention empfahl Liechtenstein in seiner letzten Überprüfung von 2011 die Schaffung einer umfassenden Anti-Diskriminierungsgesetzgebung, so der VMR. Bedauerlicherweise habe die Regierung bislang keine Schritte unternommen, diese Empfehlung umzusetzen oder auf Machbarkeit zu prüfen. Nun sei der nächste Länderbericht unter der Konvention fällig. Eine Untersuchung – insbesondere zu Formen des strukturellen oder institutionellen Rassismus in Liechtenstein – wäre aus Sicht des VMR notwendig. (Quelle: Jahresbericht)

### Haltungsjournalismus Alle Jahre wieder

Ziemlich genau vor einem Jahr hat uns Frau S. Fleisch, «Liewo»-Chefredaktorin, eine starke Zunahme von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit um die Ohren gehauen und festgestellt, es sei «höchste Zeit, dass auch wir uns ... dem Hass entgegenstellen ...» Dass alle faktenbasierten Publikationen zum Thema zum exakt gegenteiligen Schluss kamen, hat sie damals nicht gestört. Ungerührt blieb sie jeden Beleg für ihre Anklage schuldig. Am letzten Sonntag trieb sie nun das nächste Borstenvieh durchs Dorf. Jetzt ist es die allgegenwärtige Verrohung der Sitten, die sie umtreibt. «Verständnis scheint ... etwas zu sein, das nur mehr wenige besitzen. Verständnis für andere Bedürfnisse, Befindlichkeiten und Meinungen sowieso ... Anstand war mal etwas, worauf man grossen Wert legte ... auf andere Rücksicht zu nehmen ... anderen Respekt entgegenzubringen ... Werte, die heute bedeutungslos erscheinen. Wir leben mit Beleidigun-

gen, Lügen, Beschimpfungen ...» erklärt sie uns in oberlehrerhaftem Ton und messerscharf kommt sie zur Erkenntnis, dass ausgerechnet «in Kommentaren und Leserbriefen der Ton seit Jahren rauer, unverschämter» und, nein, nicht nur anstandslos, sondern «völlig anstandslos» wird. Der Leserbriefschreiber als Sündenbock! Konkrete Hinweise auf konkrete Ereignisse, die ihren Unmut erregt haben? Fehlanzeige vor einem Jahr; Fehlanzeige am letzten Sonntag. Ich riskiere die Prognose: Höchstwahrscheinlich wird auch diesmal nichts kommen von Frau S. Fleisch. Was auf keinen Fall kommen wird, ist irgendetwas, was man als Selbstkritik bezeichnen könnte. Etwa inwieweit es eventuell möglich sein könnte, dass es genau dieser Haltungsjournalismus ist, der das Klima vergiftet: Permanent irgendwelche anonymen Gruppen des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit, der Diskriminierung, des Lügens und Beleidigens zu bezichtigen, aber jeden konkreten Beleg dafür zu verweigern, ja sogar im Widerspruch zu klaren Fakten, eine völlig einseitige, ideologisierte «Berichterstattung». Wo bleiben da Respekt und Anstand?

Hans Mechnig,  
Tröxlegass 46, Schaan

# «Impfen macht frei»: Liechtensteiner wegen Diskriminierung vor Gericht

**Aus dem Gericht** Weil er Coronaimpfungen auf Facebook mit dem Holocaust gleichsetzte, fand sich ein 44-jähriger Liechtensteiner am Freitag vor dem Landgericht in Vaduz wieder.

VON SEBASTIAN ALBRICH

**E**in gelber Stern, mit dem die Nazis jüdische Menschen kennzeichneten, der statt mit «Jude» mit dem Wort «Ungeimpft» versehen ist, und ein Tor des Konzentrationslagers Sachsenhausen, auf dem der Satz «Arbeit macht frei» durch «Impfen macht frei» ersetzt wurde. Mit diesen Bildern versuchte der 44-jährige Beschuldigte, seinem auf Facebook oft und lautstark kundgetanen Missmut über die Coronamassnahmen Luft zu machen. Damit habe er jedoch die Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes und den

Holocaust mit den heute geltenden Hygiene- und Abstandsregeln, den Impfkampagnen und der Maskenpflicht gleichgesetzt und dadurch stark verharmlost, so der Strafantrag der Staatsanwaltschaft, die ihn wegen Diskriminierung anklagte. Von der Maskenpflicht ist der beschuldigte Liechtensteiner zumindest befreit - wie er mit ärztlichem Attest und ohne Maske am Freitag vor Gericht erklärte.

## «Faktischer Schaden»

Direkte Einsicht, dass er mit seinen Beiträgen einen Fehler gemacht hat, zeigte der 44-jährige im Gerichtssaal nicht und bekannte sich weder schuldig noch nicht schuldig. Er werde jedoch für jeden «faktischen Schaden» aufkommen, der Fürstenhaus, Justiz, Landespolizei und Verwaltung durch seine Facebook-Beiträge entstanden ist, erklärte der Beschuldigte in einer schriftlichen Erklärung an das Ge-

richt. Unterzeichnet war das Dokument mit Unterschrift und rotem Fingerabdruck, wie man ihn sonst aus deutschen «Reichsbürger»-Prozessen kennt. Kein Wort über jene Bevölkerungsgruppe, deren Leid und Ermordung er mit seinen Beiträgen den heutigen Coronamassnahmen gleichsetzte und dadurch diskriminierte.

Auf die Fragen des Richters, ob er sich bewusst sei, dass diese Fotos und der Vergleich von NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Nürnberger Rassegesetze mit Abstandsregel und Einschränkungen der Reisefreiheit eine grobe Verharmlosung darstellen, wollte sich der Beschuldigte nicht äussern. Grundsätzlich verwies er auf seine schriftliche Erklärung und, dass er den «faktisch entstandenen Schaden» gutmache, verweigert sonst aber jede weitere Antwort. «Wissen sie es gibt auch Schäden, die lassen sich nicht mit Geld beziffern», ver-

suchte ihm der Richter daraufhin bewusst zu machen.

## Aussergerichtlich erledigt

Am Ende lief es dennoch auf einen Geldbetrag hinaus, denn da der Beschuldigte bislang unbescholten war und sich bereit erklärte, den Schaden gutzumachen, bot ihm die Staatsanwaltschaft eine diversionelle Erledigung an. Nimmt er die Verantwortung für sein Handeln an, so muss er binnen vier Wochen 1500 Franken plus 300 Franken für die Verhandlungskosten bezahlen, damit das Verfahren gegen ihn eingestellt wird.

Auf seinen Wunsch wird ihm der Einzahlungsschein via Post zugestellt. «Spielen Sie keine Spielchen, holen Sie den Brief bei der Post ab und zahlen sie den Betrag ein», mahnte der Richter. Denn sonst sehe man sich erneut vor Gericht wieder. Für sein weiteres Postverhalten gab der Richter ihm auch noch eine Warnung mit auf den Weg: «Es gilt hierzulande die freie Meinungsäusserung. Aber mit diesen Beiträgen wurde die Linie überschritten.»



## Kommentar

### Eine Impfung ist keine Gaskammer



**D**er Nationalsozialismus ist ein universales Symbol für das absolut Böse. Damit bietet er die trügerische Möglichkeit, einer mit ihm verglichenen mutmasslichen Unge- rechtigkeit einen sofort verständlichen Stempel aufzudrücken: X =

Nationalsozialismus, also X = böse. Dass in der Gleichung «X = Der Tod von rund sechs Millionen Juden, Homosexuellen, Behinderten und Andersdenkenden» ebenfalls mitschwingt, wird dabei vergessen und von vielen sogar bewusst in Kauf genommen. Der erzielte Schockeffekt und die eigene Unzufriedenheit wiegen schwerer. Und so werden die Leiden jener Menschen, die mit der Kennzeichnung als «Jude» in den 1930er- und 1940er-Jahren in Todesgefahr waren und die in Konzentrationslagern verhungerten, vergast wurden und sich zu Tode arbeiten mussten, mit persönlichen Unannehmlichkeiten gleichgesetzt. Im Falle der Coronapandemie: Die Einschränkungen persönlicher Freiheiten zum Schutz anderer - zum Beispiel immunschwacher Personen vor einer Er-

krankung. Wenn solche Vergleiche nicht einmal vor dem historisch «absolut Bösen» haltmachen, ist es nicht verwunderlich, dass auch aktuelle Ereignisse nicht vor Massnahmen-Kritikern gefeit sind: So wird aus den letzten Worten des unter dem Knie eines US-Polizisten sterbenden George Floyd - «I can't breathe» - nicht nur ein berechtigter Schlachtruf gegen Polizeigewalt, sondern auch ein geflügelter Satz für Maskengegner, die nur an ihre persönliche Situation denken. Angeregt von den Sozialen Medien verbreiten sich diese aufs Stärkste hinkenden Vergleiche als leicht verständliche «Memes» durchs Netz, werden regelmässig geteilt und wiedergekäu-  
Zu Anklagen oder gar Schuldsprüchen wegen solcher Verharmlosungen im Netz kommt es hierzulande

jedoch sehr selten. Dabei wäre bei einer Höchststrafe von zwei Jahren gerade in solchen Fällen zumindest eine Verurteilung aus generalpräventiver Sicht erstrebenswert. Selbst wenn schlussendlich keine Einsicht, sondern nur die Erkenntnis bleibt, dass auch das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Denn im Gegensatz zu Maskenpflicht und Abstandsregeln kann die konstante und wiederholte Verharmlosung rassistischer Gewalttaten und des Holocausts durchaus dazu führen, dass dem zugrunde liegende Ideologien plötzlich nicht mehr so schlimm erscheinen. Die Gleichung «Mund-Nasen-Schutz und Impfung = Gaskammern und Todesmärsche» kann und darf einfach niemals aufgehen.

salbrich@volksblatt.li

# Fassade des Nachbarn mit Kot beschmiert

Wüste Beleidigungen und eine Fassade voller Katzenkot. Dieser Nachbarschaftsstreit endete gestern vor Gericht mit einem Schuldspruch.

Julia Kaufmann

Der Angeklagte hatte augenscheinlich nichts für seinen Nachbarn, der im Erdgeschoss zwei Stöcke unter ihm wohnte, übrig. Er beschimpfte diesen über einen abgeänderten WLAN-Namen nicht nur als «SchweissgrusigeSchwuchtlä», sondern ging sogar so weit, von seinem Balkon aus ein Gemisch aus Fäkalien hinunterzuschütten, womit er die Markise und Fassade der Nachbarswohnung beschädigte. Der 26-Jährige musste sich deswegen gestern vor Gericht verantworten. Ihm wurden allerdings nicht nur Sachbeschädigung und Diskriminierung zur Last gelegt. Der 26-Jährige wurde auch des Besitzes eines Schlagrings – einer absolut verbotenen Waffe – und der pornografischen Darstellung Minderjähriger beschuldigt.

Obwohl sich der Angeklagte lediglich in Sachen unbefugten Waffenbesitzes schuldig bekannte, folgte am Ende der vierfache Schuldspruch. Zur Verurteilung hatte einer seiner zwei besten Freunde, die beide als Zeugen geladen waren, sowie diverse Auszüge aus WhatsApp-Chats beigetragen.

## Damit gebrüstet, in den Garten «gepisst» zu haben

Weshalb sich die beiden Nachbarn in einen Streit verstrickten,

der vergangenes Jahr derart aus den Fugen geriet, wurde gestern nur am Rande thematisiert. Der Angeklagte behauptete, dass sein 40-jähriger Nachbar seine Oma schlecht behandelt hätte. Dieser wiederum äusserte die Vermutung, dass der Angeklagte homophob sei. Dennoch gab der 26-Jährige vor Gericht an, nichts von den Attacken und Beschimpfungen gewusst zu haben, die sein Nachbar über sich ergehen lassen musste. Es könne der 40-Jährige selbst oder auch jeder andere gewesen sein, verteidigte er sich. Allerdings lagen dem Richter stichhaltige Beweise vor: Unter anderem Auszüge von WhatsApp-Nachrichten, in denen sich der 26-jährige IV-Bezügler vor seinen Kollegen damit brüstete, der «Schwuchtlä» in den Garten «gepisst», auf dessen Fensterscheibe gespuckt und gegen dessen Auto getreten zu haben. Der Angeklagte gab daraufhin zu, diese Nachricht verfasst zu haben. Jedoch sei er stark alkoholisiert gewesen. «Ich habe es nicht so mit dem Reden und reagiere mich lieber über das Schreiben ab.» Er habe zwar eine rüde Schreibweise, was aber nicht gleich bedeuten würde, dass er auch alles mache, was er seinen Kollegen per Whatsapp mitteile, protestierte der Angeklagte.

Einer seiner beiden Kollegen zeichnete allerdings ein anderes



Der 26-Jährige erhielt eine Geldstrafe von 2250 Franken. Bild: Archiv

Bild. Der 26-Jährige sei eine ehrliche Haut und würde seine Freunde nicht belügen. Ausserdem gab er auf Nachfrage der Staatsanwältin zu, dass der Angeklagte ihm in einem privaten Gespräch alles gestanden habe. Mit «alles» meinte der Zeuge nicht nur die Attacke mit den Fäkalien, die dieser dem Katzenklo seiner Hauskatze entnommen hatte, sondern auch die hinterlistige Beleidigung des Nachbarn über ein WLAN-Netzwerk. Während der 26-Jährige

behauptete, nicht zu wissen, wie man den Namen ändert, sagte sein Freund, dass dieser es gewesen sei. Ebenfalls dafür sprach, dass die Ausdrucksweise den Nachrichten in den Chats gleiche und der Name des Netzwerkes dann wieder umbenannt wurde, als der Vermieter den Angeklagten auf die Beleidigung ansprach. Der Tatbestand der Diskriminierung war für die Staatsanwaltschaft wie auch den Richter dadurch gegeben, weil der Netzwerk-Name für jeden

Gast und Bewohner des Wohnblocks einsehbar war, wenn sich diese in ein lokales WLAN-Netzwerk eingeloggt haben – und damit also öffentlich war.

## Kinderpornos angeblich in dubiosen Chats erhalten

Im Rahmen einer polizeilichen Durchsuchung der Wohnung des Angeklagten wurden ausserdem ein Schlagring sowie auf dessen Laptop eine Datei gefunden, die eine minderjährige Person in einer sexuellen Handlung mit einem Tier zeigt. Weitere ähnliche Dateien, die auf dem Gerät des 26-Jährigen gefunden wurden, stufte die Staatsanwaltschaft zwar als grenzwertig ein, wurden aber nicht zur Anzeige gebracht. Auch hiervon will der Angeklagte allerdings nichts gewusst haben. Er habe sich früher in einigen «komischen Chats» aufgehalten, in denen wohl solche Dateien versendet wurden. «Auf meinem Laptop müssen sie gelandet sein, als ich ein Back-up gemacht habe», erklärte der 26-Jährige und gab zu bedenken, dass jeder, der in seiner Wohnung war, Zugang zu seinem Laptop und Handy gehabt hätte. Eine Ausrede, die ihm der Richter nicht abkaufte.

## Vier Delikte: Allesamt keine Bagatellen

Der Angeklagte wurde schliesslich in allen vier Anklagepunkten schuldig gesprochen und

der Richter verhängte eine Geldstrafe in Höhe von 2250 Franken, die auf eine Probezeit von drei Jahren bedingt nachgesehen wird. Ausserdem muss der 26-Jährige seinem Nachbarn – der mittlerweile umgezogen ist – 120 Franken für die Reinigung der Fassade und Markise bezahlen. Des Weiteren wurden der Schlagring und Laptop eingezogen. Für die restlichen Ansprüche – 500 Franken wegen der Diskriminierung und 1000 Franken als Schmerzensgeld – wurde der 40-Jährige auf den Zivilrechtsweg verwiesen.

Als mildernd wertete der Richter die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten. Erschwerend war aus seiner Sicht, dass der 26-Jährige gleich für vier verschiedene Delikte angeklagt war, bei denen es sich allesamt um keine Bagatellen handelt. Vor allem beim Vergehen der pornografischen Darstellung Minderjähriger würden die Gerichte und Gesetzgeber keinen Spass verstehen. «Normalerweise werden hier keine bedingten Strafen ausgesprochen. Jedoch wurde in diesem Fall nur eine Datei zur Anzeige gebracht», erklärte der Richter. Der 26-Jährige entschuldigte sich am Ende der Verhandlung. «Ich sehe ein, dass ich es übertrieben habe», sagte er. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

# Schwerpunkt UNICEF-Umfrage unter Kindern und Jugendlichen

## Aufholbedarf in Sachen Kinderrechte

**Studie** Liechtenstein hat die UN-Kinderrechtskonvention 1996 ratifiziert. Bei der Umsetzung gibt es aber sowohl im Fürstentum als auch in der Schweiz noch Luft nach oben, zeigt eine kürzlich erschienene Studie von UNICEF.

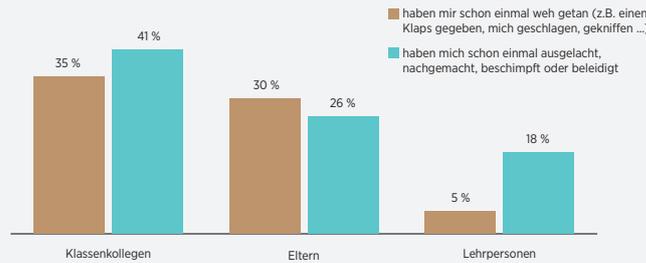
VON DANIELA FRITZ

Einem Kind bewusst schaden wollen wohl die wenigsten. Und doch gibt es in Liechtenstein und der Schweiz noch Aufholbedarf in Sachen Kinderrechte. Dies zeigt eine Studie von UNICEF. Ziel war es, zu erfahren, wie es um die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der Schweiz und Liechtenstein steht. 1715 Kinder und Jugendliche im Alter von 9 bis 17 Jahren haben dazu an einer Onlineumfrage teilgenommen. Dem «Volksblatt» liegt zudem eine Sonderauswertung für Liechtenstein vor, wo 287 Heranwachsende befragt wurden. Die Antworten aus dem Fürstentum decken sich weitgehend mit den Gesamtergebnissen.

**Gewalt gehört für viele zum Alltag**  
Besonders ins Auge sticht, dass das Recht auf Schutz und gewaltfreies Aufwachen nicht für alle Kinder selbstverständlich ist. Zwar fühlt sich eine Mehrheit der Befragten sicher in ihrer Umgebung, trotzdem sind Gewalt und Strafen für viele Kinder und Jugendliche trauriger Alltag. Das Risiko ist gemäss UNICEF höher, wenn Kinder von Armut betroffen sind. In Liechtenstein geben 30 Prozent der Befragten an, dass ihre Eltern ihnen schon einmal wehgetan haben, sie also beispielsweise einen Klaps bekommen haben, ge-

### Gewalterfahrung von Kindern

Gewalterfahrung von Kindern aus Liechtenstein\*



\*Mehrfachantworten möglich

Quelle: UNICEF-Studie «Kinderrechte aus Kinder- und Jugendsicht», Zahlen aus FL; Grafik: «Volksblatt», df

### Was Kinder wollen

Die Kinder und Jugendlichen wurden befragt, was sich verbessern sollte:

- Mehr Plätze und Angebote für Kinder und Jugendliche
- Schulsituation (weniger Hausaufgaben, anderes Schulsystem, etc.)
- Mehr politische Mitbestimmung
- Eine gerechtere Gesellschaft
- Keine Drogen
- Besserer Umweltschutz und Nachhaltigkeit
- Mehr Freizeit, weniger Druck
- Sicherer Umgang mit digitalen Medien
- Finanzielle Unterstützung und Kindergeld
- Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum
- Weniger Gewalt, Mobbing und Rassismus

kniffen oder geschlagen wurden. 26,1 Prozent sind von Vater oder Mutter schon einmal ausgelacht, nachgemacht, beschimpft oder beleidigt worden. Knapp ein Fünftel hat diese Form von psychischer Gewalt auch schon bei Lehrern erlebt. Von physischer Gewalt durch Lehrpersonen hingegen berichteten nur 4,7 Prozent.

Ganz anders unter Mitschülern, wo Gewalt am häufigsten vorkommt. 35 Prozent der Kinder und Jugendlichen wurden schon einmal Opfer von gewalttätigen Mitschülern, 41 Prozent sind von anderen Schülern ausgelacht, beleidigt, beschimpft oder nachgemacht worden. Ein Fünftel litt unter Mobbing und Ausgrenzung durch andere Schüler. Auch Diskriminierung war ein Drittel schon einmal ausgesetzt, der Grossteil habe sich auf das Aussehen bezogen. Gemäss UNICEF hätten zu-

dem Mädchen doppelt so häufig wie Jungen angegebene, wegen ihres Geschlechts schlechter behandelt zu werden. Zudem zeige sich auch hier, dass Kinder, die von Armut betroffen sind, häufiger unter Diskriminierung leiden.

### Ein Fünftel hat zu wenig Freizeit

Auch das Recht auf Freizeit und Erholung bedarf gemäss UNICEF dringend einer besseren Umsetzung. Viele Kinder und Jugendliche seien einem hohen Leistungsdruck ausgesetzt und finden zu wenig Zeit, sich zu erholen. Wie die Studie zeigt, hat ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen unter der Woche nur über «wenig» oder «gar keine» Zeit zu verfügen, um sich zu entspannen und zu erholen. Dies ist gemäss UNICEF vor allem bei den 15- bis 17-jährigen zu beobachten. «Wenig Freizeit und zu hoher Leistungsdruck sind zudem

die Hauptthemen, bei welchen sich die Kinder und Jugendlichen eine Veränderung wünschen, heisst es in der Studie.

Am meisten wünschen sich die Befragten aber mehr Angebote und Plätze (siehe Kasten). Zwar finden drei Viertel, dass es in Liechtenstein tolle Orte gibt, um zu spielen, entspannen und Freunde zu treffen. Immerhin 15 Prozent empfinden allerdings das Gegenteil. Weitere 16 Prozent bekommen von Erwachsenen vermittelt, dass sie draussen stören, während 12 Prozent manche Orte eher meiden, weil es dort schmutzig, laut oder unsicher ist. «Die Studienergebnisse zeigen sehr deutlich, wie wichtig es aus Kinder- und Jugendsicht ist, bestehende kinderfreundliche Lebensräume zu erhalten, neue zu schaffen und die Kinder und Jugendlichen stärker in die Planung und Gestaltung der Lebensräume einzubeziehen», schreiben die Autoren. Kinder und Jugendliche sollten dabei als Experten für die für sie vorgesehenen Räume verstanden werden.

### Wenig Mitspracherecht

Diesbezüglich gibt es in Liechtenstein noch Verbesserungsbedarf. Während Kinder und Jugendliche in ihrer Familie relativ viele selbst bestimmen oder zumindest mitentscheiden dürfen, ist das in der Schule und am Wohnort nur selten der Fall. So gab etwa die Hälfte an, dass die Lehrpersonen entscheiden, neben wem die Schüler sitzen, wie die Klasse aussieht oder welche Regeln gelten. Auch in den Gemeinden fehlen Partizipationsmöglichkeiten. Über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen gibt an, dass die Entscheidung über Spielplätze, Freizeitangebote oder den Schulweg in der Hand von Erwachsenen liegt.

### Bericht an UN-Ausschuss Handlungsfelder und Empfehlungen

**VADUZ** Liechtenstein hat die UN-Kinderrechtskonvention 1996 ratifiziert. Regelmässig muss über deren Umsetzung berichtet werden. Im Hinblick auf das bevorstehende Staatenberichtsverfahren zeigten die liechtensteinische Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche (OSKJ) und UNICEF Schweiz und Liechtenstein im März 2021 dem UN-Kinderrechtsausschuss Handlungsfelder und Themenbereiche auf. Laut den Organisationen seien in den vergangenen Jahren zwar erfreuliche Fortschritte gemacht worden, etwa in der Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen oder in der Frühen Förderung. Trotzdem herrscht noch Luft nach oben, finden die beiden Organisationen. Defizite erkennen sie beispielsweise bei der Akzeptanz von jungen LGBTI-Menschen, die an Schulen häufig gemobbt würden. Auch das Recht des Kindes, dass es in allen es betreffenden Entscheidungen gehört werden muss, sei noch nicht vollständig umgesetzt. So würden beispielsweise Richtlinien zur Anhörung von Kindern und Jugendlichen in Gerichtsverfahren fehlen, und auch im Bildungs- und Gesundheitsbereich müsste dies gewährleistet werden. Bei Trennungskonflikten der Eltern müsse das Kindeswohl ebenfalls besser berücksichtigt werden. Oftmals würden sich Verfahren zu Obsorge, Besuchs- und Unterhaltsregelungen lange ziehen. Zudem fürchten die Organisationen, dass bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zu bezahltem Eltern- und Vaterschaftsurlaub wirtschaftliche Interessen höher gewichtet werden als das Kinderrecht auf Familie. (df)

## Sele: «Es gibt einen grossen Graubereich, was Gewalt an Kindern betrifft»

**Interview** Margot Sele leitet die Ombudsstelle für Kinder- und Jugendliche (OKSJ) und setzt sich seit Jahren für deren Rechte ein. Die UNICEF-Studie bestätigt ihre Praxiserfahrung.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Welche Ergebnisse der Kinderrechtsstudie haben Sie besonders überrascht?

Margot Sele: Es hat mich eigentlich nichts besonders überrascht. Die Ergebnisse decken sich mit meinem Eindruck, dass Kinder häufig unter Leistungsdruck leiden, sich mehr Freiräume und auch Mitbestimmung wünschen würden. Dass die Studienergebnisse aus Liechtenstein separat ausgewertet werden konnten, ist äusserst hilfreich für uns. Ein Vergleich der Ergebnisse zeigt, dass die Situation in Liechtenstein durch die von UNICEF veröffentlichte Studie sehr gut abgebildet wird. Erfreulich ist, dass sich eine grosse Mehrheit der Kinder doch grundsätzlich wohlfühlt in Schule und Familie.

Fast ein Drittel der Kinder gibt allerdings an, schon von den Eltern Gewalt erfahren zu haben. Deckt sich das mit Ihren Erfahrungen? Körperliche und seelische Gewalt, Vernachlässigung, Mobbing und sexueller Missbrauch sind immer wieder Anlass für Beschwerden und Fragen, mit denen sich Menschen an die Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche richten.

Was muss diesbezüglich noch getan werden?

Im Gegensatz zu eher selten vorkommenden schweren Kindesmisshand-

lungen gibt es einen grossen Graubereich, was Gewalt an Kindern betrifft. Die Kinderlobby wird im Herbst in ihrer Kampagne «Gewalt-FREI erziehen» dieses Thema aufgreifen. Frisch gebackene Eltern haben häufig viele gute Vorsätze und Ideale. Sie lieben ihre Kinder über alles und wollen nur das Beste für sie. Doch dann kommen der stressige Alltag und persönliche Probleme hinzu, und schon fühlt man sich ziemlich überfordert. Das passiert uns allen. Doch wie gehen wir damit um? Wo beginnt Gewalt an Kindern? Wichtig ist, dass man darüber nachdenkt, darüber spricht und sich bei Bedarf Rat und Hilfe holt. Dass wir unsere beruflichen Kompetenzen mittels Weiterbildung und Supervision verbessern, ist selbstverständlich. Auch Elternkompetenzen werden einem nicht einfach so in die Wiege gelegt.

Die OSKJ und UNICEF regen in ihrem Bericht an den UN-Kinderrechtsausschuss weitere Verbesserungen an. Wo gibt es aus Ihrer Sicht heute noch die grössten Defizite bei der Umsetzung der Kinderrechte in Liechtenstein?

Die Verbesserung der Umsetzung der Kinderrechte ist ein stetiger Prozess. Ein wesentlicher Punkt ist aus meiner Sicht die Stärkung der Familien. Wir müssen die Rahmenbedingungen noch mehr verbessern, die es Eltern ermöglichen, in Ruhe für ihr Kind da zu sein, ihm mit Respekt

und auf Augenhöhe zu begegnen. Die frühe Kindheit spielt hier eine zentrale Rolle. Deshalb braucht es eine grosszügige Umsetzung der EU-Richtlinie betreffend Einführung einer bezahlten Elternzeit. Besonders Kinder in belasteten Familien haben schwierige Startbedingungen. Mehr frühe, gut koordinierte und vor allem niederschwellige Hilfen, Beratung und Begleitung für Familien mit besonderen Herausforderungen können die Situation für Kinder verbessern. Auch sollten wir uns in Liechtenstein verstärkt darum bemühen, dass sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene alle Kinder und Jugendlichen an sie betreffenden Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen altersgemäss teilhaben können. Es geht grundsätzlich darum, dass die Kinderperspektive - und das beinhaltet insbesondere auch die Aspekte Gesundheit und Nachhaltigkeit - bei der Gestaltung und Weiterentwicklung unseres Landes konsequent mit einbezogen wird.

Gerade in der Schule, aber auch im Wohnort und in der Politik haben Kinder und Jugendliche aber wenig zu melden. Wie wichtig wäre hier ein Mitspracherecht und wie könnte dies verbessert werden?

Kinder, die angehört und nach ihrer Meinung gefragt werden, die mitwirken und auf diese Weise etwas bewegen und gestalten können, werden in



«Die Verbesserung der Umsetzung der Kinderrechte ist ein stetiger Prozess», so Margot Sele, Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche. (Foto: Paul Trummer)

ihrer Persönlichkeit gestärkt und übernehmen auch mehr Verantwortung. Und sie lernen enorm viel dabei. Es könnte untersucht werden, wie die Schulen in Liechtenstein das Recht auf Mitwirkung umsetzen. Dabei würden sich sicherlich manche Beispiele guter Praxis zeigen, und bestehendes Potenzial könnte ausgebaut werden. Auf Gemeindeebene zeigen Erfahrungen in Ruggell und Eschen, dass im Zusammenhang mit dem Prozess zum Erwerb des UNICEF-Labels «Kinderfreundliche Gemeinde» Mitsprache und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie eine kinderfreundliche Raumgestaltung/Raumplanung vorangebracht werden können. So wird der Fokus beispielsweise darauf gerichtet, wie bestehende kinder- und generationenfreundliche Lebensräume erhalten, neue geschaffen und Kinder und Jugendliche stärker in die Planung und Gestaltung miteinbezogen werden können. Wie wäre es mit einem Label «Kinderfreundliches Liechtenstein»?

### Zur Person

Ombudsfrau Margot Sele leitet die OSKJ-Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche und koordiniert die Kinderlobby Liechtenstein. Mehr dazu unter oskj.li.

# «Impfdruck ist schwer zu rechtfertigen»

Die Ethikerin Ruth Baumann-Hölzle kritisiert, dass die ethischen Dilemmata der Covid-Impfung nicht diskutiert werden.

Interview: Dorothea Alber

**Der Impfdruck steigt. Politiker brachten in den vergangenen Tagen verschiedene Vorschläge vor, um die Impfwillingkeit zu erhöhen. Wie schätzen Sie dies ein?**

**Ruth Baumann-Hölzle:** Druck erzeugt auch Gegendruck und ist für mich angesichts der komplexen Situation schwer zu rechtfertigen. Ungeimpfte zu kennzeichnen, wie es etwa der Präsident der Grünliberalen, Jürg Gosson, forderte, sehe ich als hochproblematisch. Es treibt die Spaltung der Gesellschaft weiter voran. Schon jetzt sehen wir in der Schweiz starke Spaltungstendenzen. Der Druck und massive Drohungen sorgen dafür, dass sich gewisse Splittergruppen radikalisieren und der Extremismus weiter vorangetrieben wird. Dies fördert Gewalt. Mich stört es, dass ethische Dilemmata um das Impfen ausgeblendet werden, anstatt darüber zu diskutieren.

**Wie und worüber sollte die Gesellschaft konkret diskutieren?**

Zum Beispiel darüber, warum die Impfkommision in der Schweiz und in Deutschland unterschiedliche Positionen vertreten. Die Kommission in Deutschland empfiehlt die Impfung für Kinder nicht generell, sondern nur für Risikogruppen. In der Schweiz wird die Impfung von Kindern und Jugendlichen generell empfohlen. Es gibt ein Spannungsverhältnis in Bezug auf den Nutzen und die Risiken, doch dies wird in der Schweiz nicht thematisiert. Auch wenn die Impfung das Risiko für die Erkrankung und schwere Verläufe verhindern kann, gibt es gute Gründe, warum sich Menschen trotzdem dagegen entscheiden. In



Ruth Baumann-Hölzle kritisiert, dass zu wenig über ethische Dilemmata diskutiert wird.

Bild: pd

Anbetracht der Tatsache, dass der Impfstoff sehr schnell entwickelt wurde und wir wenig über eine längerfristige Schutzwirkung oder Langzeitfolgen wissen, ist eine Abwägung absolut legitim. Die Phase-3-Studie zum Impfstoff von Pfizer-Biontech etwa wird erst 2022 abgeschlossen sein, d. h. wir befinden uns immer noch in der Forschungsphase.

**FDP-Nationalrat Kurt Fluri regt an, dass Ungeimpfte, die sich hätten impfen können,**

**bei einer Covid-Erkrankung die Kosten selber tragen. Ist das für Sie solidarisch?**

Solidarität ist stets freiwillig. Erzwungene Solidarität ist eine Zwangsmassnahme. In einer Pandemie stellt sich die Frage, in welchen Situationen und unter welchen Bedingungen Zwang gegenüber der Bevölkerung ethisch vertretbar ist. Staatlicher Zwang ist bei Fremdgefährdung erlaubt, doch muss dabei die Fremdgefährdung verhältnismässig sein. Autofahren zum Beispiel oder der

Verkauf von Tabakwaren sind stets auch fremdgefährdend und trotzdem sind sie zugelassen.

**Die Zahl der Neuinfektionen steigt wieder. Die Frage ist, ob die Pandemie beendet werden kann, wenn die Impfquote zu niedrig ist.**

Der WHO-Generalsekretär gab vor zwei Tagen ein Statement ab, wonach die Pandemie schon lange beendet wäre, wenn die reichen Länder den armen Länder für deren Risiko-

gruppen die Impfung zur Verfügung stellen würden. Diese Aussage zeigt, dass die Meinungen bezüglich der wirksamen Massnahmen um die Pandemie zu beenden, sehr breit ist. Auch ist der Wissensstand aktuell zu gering, als dass sich Zwangsmassnahmen rechtfertigen liessen. Bevor gravierende Eingriffe in ein Grundrecht des Menschen durch einen indirekten oder direkten Impfwang verantwortbar wären, müssen zuerst alle anderen niederschweligen Möglichkeiten aus-

geschöpft werden. Die evidenzbasierte Auseinandersetzung über die Fakten und transparente ethischen Güterabwägungen kommen meiner Ansicht nach in dieser Diskussion zu kurz. Bei staatlichen Empfehlungen geht es darum, dass der Entscheidungsfindungsprozess transparent und nachvollziehbar gemacht wird und Entscheidung begründet werden.

**Denken Sie dabei an ein konkretes Beispiel?**

Das Beispiel der Impfung von Kindern und Jugendlichen bringt das Problem auf den Punkt. Oder bei der Situation in Israel wüsste man gerne mehr, wie gross zum Beispiel das Verhältnis von Geimpften und Ungeimpften ist, die ins Krankenhaus müssen.

**Könnte der Druck zum Impfen bewirken, das Vertrauen der Menschen aufs Spiel zu setzen?**

Ja, sollte die Impfung nicht die gewünschten Erfolge bringen, haben wir gesamtgesellschaftlich ein schwerwiegendes Problem. Wir sind aktuell in akuten Dilemmasituationen. Ein Dilemma kann man nie lösen, sondern nur besser oder schlechter damit umgehen. Dabei gilt es, unter Einbezug aller – gerade auch sich widersprechenden – Perspektiven gemeinsam nach einem angemessenen Handeln zu suchen. Die Kommunikation zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe ist wichtig. Für gutes Vorgehen braucht es stets unterschiedliche Positionen, die miteinander um einen Konsens ringen und sich gegenseitig als Bereicherung der eigenen Vorstellungen wahrnehmen und respektieren. Nur so bleibt der soziale Frieden längerfristig gewahrt.

Elias Quaderer

Kaum ein Thema wird derzeit so kontrovers diskutiert wie die Corona-Schutzimpfung. Weder im Berufs- noch im Privatleben entkommt man der Frage, wie man zur Impfung steht und ob man bereits die beiden Pikse erhalten hat. In Zeiten des Zweifels dient vielen Menschen die Kirche als Ratgeber für wichtige Lebensentscheide. Dies gilt auch für Liechtenstein – selbst wenn die Zahl der regelmässigen Kirchgänger abnimmt.

**Papst: «Es ist ethisch, dass man sich impfen lässt»**

Aber wie hält es die Kirche mit der Impfung? Die Spitze der katholischen Kirche zeigt sich als Unterstützerin der Impfkampagne. Das Oberhaupt der katholischen Kirche – Papst Franziskus – ist ein Impfbefürworter der ersten Stunde. Bereits im Januar, kurz bevor er die erste Dosis erhielt, erklärte der Papst im Fernsehinterview: «Es ist ethisch, dass man sich impfen lässt.» Und mit Blick auf die Impfgegner hielt Franziskus fest: «Es gibt da eine selbstmörderische Verweigerung, die ich nicht erklären kann, aber man muss sich heute impfen lassen.» Der Vatikan selbst gilt in puncto Impfung zudem als der strengste Staat Europas: Bereits im Februar stellte der Mikrostaat klar, dass die Pforten zum Heiligen Stuhl allen verschlossen bleiben, die sich nicht immunisieren lassen.

**Priester sollen sich nicht in Medizinbereich einmischen**

Und welche Position nimmt das Erzbistum Vaduz zur Impfung ein? Auf Anfrage wollte sich Generalvikar Markus Walser dazu nicht äussern.

Dennoch ist die Impfung im kirchlichen Umfeld durchaus ein Thema. Ein Leser trug dem «Vaterland» zu, dass sich der Triesner Kaplan Sebastian Harwardt jüngst in einer Predigt kritisch zur Impfung geäussert habe. Ein zweiter Leser bestätigte, dass die 3G-Regel am besagten Gedenkgottesdienst mit



dem «Bösen» verglichen wurde. Als das «Vaterland» Harwardt damit konfrontiert, widerspricht der Kaplan: Er habe weder dafür noch dagegen gesprochen, sondern das Thema lediglich in die Predigt eingebaut. Der Triesner Kaplan hält jedoch wenig von jenen Priestern, die meinen, es sei eine Sünde, unsolidarisch oder gegen die Nächstenliebe, wenn man sich nicht impfen lasse. «Es ist nicht die Aufgabe von Priestern, sich in den medizinischen Bereich einzumischen», betont Harwardt.

**«Jeder muss selbst abwägen.»**



**Sebastian Harwardt**  
Kaplan in Triesen

**«Nur zu empfehlen, wenn sich die Medizin einig ist»**

Doch wäre aus moralischer Sicht eine Impfung nicht angebracht, um die Gesellschaft vor einem weiteren Ausgreifen der Pandemie zu schützen? Sebastian Harwardt meint, dass eine Impfempfehlung nur herausgegeben werden dürfe, wenn sich die Medizin einig sei. Aber es gebe in

puncto Impfung «ein Pro- und ein Kontra-Lager. Jeder muss nach einer Risikoabschätzung selbst abwägen, ob er sich impfen lassen will.»

Tatsächlich herrscht medizinischer Konsens darüber, dass

die Risiken einer Infektion mit dem Coronavirus deutlich höher sind als die Risiken einer Covid-19-Impfung. So weist die Webseite des Schweizer Bundesamtes für Gesundheit darauf hin, dass eine Covid-Erkrankung ge-

fährliche Ausmasse annehmen und mit langfristigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen (Long Covid) verbunden sein kann. Im Gegensatz dazu wurden die in der Schweiz und Liechtenstein angewandten Impfstoffe bereits Millionen von Menschen verabreicht. «Wenn signifikante schwere Nebenwirkungen auftreten würden, wäre das bei einer so hohen Anzahl von Geimpften inzwischen bekannt», so das Bundesamt.

**Covid-Mythen und Skeptiker-Idol Bhakdi**

Darauf angesprochen, verweist der Kaplan auf angebliche Experten, die sich kritisch zur Impfung äussern, über die aber die «Mainstream-Medien» nicht berichten würden. Er nennt unter anderem den umstrittenen Mikrobiologen Sucharit Bhakdi. Bis 2012 war Bhakdi Professor für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene an der Universität Mainz. Mehrere seiner Thesen zur Covid-Pandemie wurden von Experten – darunter sein ehemaliges Institut an der Universität Mainz – als irreführend oder falsch eingestuft. Allerdings gilt Bhakdi als Ikone unter den Gegnern staatlicher Coronamassnahmen und der Querdenker-Bewegung. Auf die Frage, was denn Alternativen zu «Mainstream-Medien» seien, antwortete Kaplan Harwardt: «Im Internet kann man sich auf vielen Portalen informieren. Und ich schaue häufig «AUF1.TV». Dort wird objektiver berichtet.»

**Obskurer Onlinesender mit rechtem Hintergrund**

Bei «AUF1.TV» handelt es sich um ein Onlinemedium, das Ende Mai dieses Jahres startete. Als Chefredaktor fungiert Stefan Magnet, ein bekannter Kopf der rechten Szene Österreichs. Gemäss dem Nachrichtenmagazin «Profil» betätigte sich Magnet einst beim rechtsextremen Bund freier Jugend. Vor vier Jahren machte der

Werbeunternehmer auf sich aufmerksam mit dem Online-Versandhandel «Heimatmode», der Kleidung für die rechte Szene bewarb. Auf «AUF1.TV» werden neben anderen typischen Agendapunkten der neuen Rechten auch Corona-Verschwörungstheorien verbreitet. So widmet sich Stefan Magnet in einem Interview mit

dem in der coronakritischen Szene bekannten Youtuber Oliver Janich den Fragen: «Ist die Impfung eine Bio-Waffe? Gibt es ein Erwachen oder werden sich die Menschen unterdrücken lassen?» Somit scheint «AUF1.TV» vor allem eine Plattform von und für rechte Verschwörungstheoretiker zu sein. (equ)

# Triesner Kaplan wehrt sich gegen «Mainstream-Presse»

Sebastian Harwardt distanziert sich von Rechtsextremismus, verortet aber «kommunistische Tendenzen» bei den Medien.

«Wenn ihr wüsstet, was für eine Verantwortung ihr habt.» Mit diesen mahnenden Worten begann der Triesner Kaplan Sebastian Harwardt nach seiner Sonntagspredigt eine Schelte gegen diese Zeitung und die «Mainstream-Medien» im Allgemeinen. Das geht aus einem Video hervor, das derzeit auf Whatsapp kursiert. Der Kaplan erhebt zum Schluss des Gottesdienstes den Vorwurf, dass in einem «tendenziösen Bericht» versucht worden sei, ihn «auf ganz billige, primitive Art und Weise in die rechte Schublade» zu stecken. «Das ist ein typisches Zeichen heutiger Mainstream-Medien, um Menschen mundtot zu machen, die sich zum einen oder anderen Thema kritisch äussern», meinte der Geistliche.

## «Ich lasse mir nicht den Mund verbieten»

Hintergrund für die kritischen Worte ist ein «Vaterland»-Artikel von vergangener Woche. Gemäss zwei Gottesdienstbesuchern hatte sich der Triesner Kaplan skeptisch über die Coronaimpfung geäussert. Damit konfrontiert, widersprach Harwardt. Er sei lediglich dagegen, dass andere Priester meinen, sich nicht impfen zu lassen sei

eine Sünde oder widerspreche der Nächstenliebe. Daneben erwähnte er auf Anfrage, dass er sich betreffend Corona auf Plattformen jenseits der «Mainstream-Medien» informiere. So schaue er häufig «AUF1.TV». Hier handelt es sich um einen Onlinesender, dessen Chefredaktor der in der rechten Szene Österreichs bekannte Stefan Magnet ist.

Diesen Hinweis wertet Sebastian Harwardt in seiner Rede am Sonntag als Versuch, ihn als Rechtsextremisten zu brandmarken. Dagegen führt der Kaplan an, dass er seinen Grossvater nicht kennenlernen durfte, weil er im Zweiten Weltkrieg an der Ostfront ums Leben kam. «Darum versteht es sich von selbst, dass ich mich von jeder Form von Rechtsextremismus deutlich distanzieren», argumentiert Harwardt. Gleichzeitig spricht der Kaplan aber auch von «gleichgeschalteten Journalisten». Der Begriff «Gleichschaltung» erinnert dabei unweigerlich an das NS-Regime, wird damit doch die erzwungene Ausrichtung aller Gesellschaftsbereiche auf die Weltanschauung des Nationalsozialismus bezeichnet.

Weiter erzählt der Priester von seiner Kindheit in der real-



Mit einer Medienschelte macht der Triesner Kaplan erneut von sich reden.

Bild: Elma Velagic

sozialistischen DDR: «Dort durfte man in der Schule auch nicht alles sagen, was zu Hause besprochen wurde.» Er habe aber nicht zu träumen gewagt, dass dreissig Jahre nach dem Mauerfall «genau diese kommunistischen Tendenzen wieder auftauchen.» Harwardt behauptet weiter, dass sich viele

Leute gegenwärtig nicht mehr trauen, zu sagen, was sie denken, weil sie fürchten, in die rechte Ecke gestellt zu werden. «Ich lasse mir den Mund weiterhin nicht verbieten. Wenn ich heute gegen etwas immun bin, dann sind das kommunistische Tendenzen, wie man sie hier erleben kann.» Er wünsche

sich auch, dass – sollte es Kritik an ihm geben – man nach der Messe das Gespräch sucht «und nicht feige zur Mainstream-Presse rennt».

## «Sie sollen trotzdem nicht vom Blitz getroffen werden»

Abgesehen von den verorteten «kommunistischen Tenden-

zen», bleibt die konkrete Kritik des Kaplans am Artikel von vergangener Woche vage. Er teilt seiner Gemeinde lediglich mit, dass er unglücklich über die Bildauswahl war. Und bestimmte Argumente von ihm seien nicht abgedruckt worden. Um welche Argumente handelte es sich dabei? Das «Vaterland» versuchte gestern, Harwardt zu kontaktieren. Nachdem sich der Redaktor aber namentlich vorgestellt hatte, hängte der Priester das Telefon auf.

Damit handelt er konsequent im Sinne seiner Stellungnahme vom Sonntag. Denn Sebastian Harwardt erklärte der Kirchgemeinde gegenüber, dass er aus dem Artikel seine Konsequenzen ziehe und keine Fragen des «Vaterlands» und der «Mainstream-Presse» mehr beantworten werde.

Zum Schluss betonte der Triesner Kaplan allerdings, dass der Christ nicht nachtragend sein soll. Deshalb würden auch die Journalisten in den Wettersegen miteinbezogen. «Sie sollen trotzdem nicht vom Blitz getroffen werden – obwohl, der eine oder andere hätte es mittlerweile verdient.»

Elias Quaderer

# Gemeinde Triesen sieht ihren Ruf durch Verhalten des Kaplans beschädigt

Kaplan Harwardt entschuldigt sich für seine verbale Entgleisung. Derweil will die Gemeinde Triesen den Fall mit dem Erzbischof besprechen.

Elias Quaderer

In einem Schreiben entschuldigt sich der Triesener Kaplan Sebastian Harwardt öffentlich «für die emotionale und verbale Entgleisung am Ende des Gottesdienstes vom vergangenen Sonntag». Explizit meint er seine Aussage, «dass gleichgeschaltete Journalisten nicht vom Blitz getroffen werden sollen, obwohl einige es verdient haben».

Anstoss für die Brandrede des Kaplans gegen Journalisten war ein «Vaterland»-Artikel von vergangener Woche. Es wurde berichtet, dass sich der Kaplan in einer Predigt skeptisch gegenüber der Coronaimpfung geäußert habe. Auf Nachfrage der Zeitung erklärte Harwardt, dass er sich auf «alternativen Medien» zur Pandemie informiere. Er nannte dabei eine Plattform, die von einem in Österreich bekannten Rechtsextremisten geführt wird. Der Triesener Kaplan wertete den Zeitungsbericht als Versuch, ihn in die rechte Ecke zu stellen.

## Derartige Aussagen dienen dem sozialen Frieden wenig

Die Gemeinde Triesen nimmt zur Angelegenheit ebenfalls öffentlich Stellung. Dabei hält sie sich mit Kritik am Kaplan nicht zurück. So stellt die Gemeinde klar, dass es nicht Aufgabe eines



Vorsteherin Daniela Wellenzohn-Erne nimmt die Entgleisungen von Kaplan Harwardt ernst. Die Gemeinde tritt in Kontakt mit dem Erzbistum, um den Fall mit dem Erzbischof zu besprechen. Bild: T. Schnalzgger

Geistlichen sei, über medizinische Aspekte zu sprechen. «Ebenso ist es nicht die Aufgabe eines Geistlichen, emotionale Reaktionen in Predigten zu verarbeiten und diese einer Öffentlichkeit kundzutun», hält die Stellungnahme fest. Der Gemeinde sei der soziale Frieden

wichtig. «Und mit derartigen Aussagen von Kaplan Harwardt ist diesem sozialen Frieden wenig gedient. Unsere Begeisterung für dieses Verhalten tendiert gegen null», hält das Schreiben fest.

Gleichfalls wird betont, dass der Kaplan bei der Ge-

meinde auf der Lohnliste stehe. «Ob derartige Aussagen in der Öffentlichkeit und in Ausübung ihres Amtes von anderen Mitarbeitern der Gemeinde zu akzeptieren wären, erscheint mir fragwürdig», meint Vorsteherin Daniela Wellenzohn-Erne. Zumindest

empfinde man als Gemeinde das Verhalten des Kaplans als Schaden: «Der gute Ruf unse-

«Unsere Begeisterung für dieses Verhalten tendiert gegen null.»

Daniela Wellenzohn-Erne  
Vorsteherin von Triesen

rer Gemeinde wird durch solche Aussagen geschädigt.»

Wohl bezahlt die Gemeinde den Lohn des Priesters. Doch Personalfragen obliegen dem Erzbistum Vaduz. Die Gemeinde trete jetzt aber mit dem Erzbistum in Kontakt, um den Fall mit dem Erzbischof zu besprechen. «Ob es Konsequenzen aus diesem Verhalten seitens der Gemeinde gibt, werde ich nicht beantworten, ehe ein allfälliges Verfahren eingeleitet oder gar abgeschlossen wird; das sind Interna», schliesst die Gemeindevorsteherin.

Das Erzbistum Vaduz hat sich zur Angelegenheit noch

nicht geäußert. Eine Anfrage des «Vaterlands» an das Erzbistum blieb bisher unbeantwortet, wie auch in jüngster Zeit das Bistum in der Regel nicht auf Medienanfragen einging. Generalvikar Markus Walser teilte gestern Abend lediglich mit, dass er den ganzen Tag nicht erreichbar war.

## Kaplan Harwardt ist kein unbeschriebenes Blatt

Bereits in der Vergangenheit sorgte das Verhalten des Triesener Kaplans Harwardt für Unmut. So erregte 2017 ein Brief, den er an die Eltern von Firmkindern sandte, die Gemüter. Darin erklärte Harwardt, dass Katholiken, die am Sonntag nicht die Messe besuchen, eine schwere Sünde begehen. Demnach sollen nur jene Kinder in der Sonntagsmesse eine Hostie empfangen dürfen, die auch am vorhergehenden Sonntag in der Kirche waren.

Allerdings richtete sich der Brief ebenfalls an die Eltern der Firmlinge: «Auch katholische Eltern, die zum Beispiel nicht kirchlich verheiratet sind beziehungsweise in einer wilden Ehe leben, dürfen die Kommunion so lange nicht empfangen, bis der Zustand bereinigt wurde.» Nach diesem Vorfall wurde Kaplan Harwardt auf Anfang 2018 vom Religionsunterricht für die Primarschule Triesen abgezogen.

# «Der Stammtisch regiert!»

Mathias Ospelt hat sich eine Zeit des Rückzugs gegönnt. Für das «Vaterland» macht er eine Ausnahme und haut auf den Tisch.

Interview: Desirée Vogt

Kabarettist, Autor, Veranstalter – der 58-jährige Mathias Ospelt ist vieles. Was er definitiv nicht ist: auf den Mund gefallen. Doch im vergangenen Jahr ist es ruhiger um ihn geworden. Er hat sich zurückgezogen. Glücklicherweise gibt es Social Media. Denn dort ist er trotzdem erneut mit seiner spitzen Zunge aufgefallen. Der Grund: Coronaleugner, Verschwörungstheoretiker, Impfverweigerer. Genau sein Fall. Am liebsten sind ihm aber die Leserbriefschreiber, die ihren «Senf» gebetsmühlenartig dazugeben und nur darauf warten, provoziert zu werden ...

**In diesem Jahr haben Sie zwei Lesungen gemacht – sonst war es ruhig um Sie. Ist das der Pandemie geschuldet?**

**Mathias Ospelt:** Nicht nur, aber auch. Irgendwie hat eins zum anderen geführt und mir kam die Zeit des Rückzugs grad recht. Ich hatte mir wieder einmal zu viel aufgeladen, dann war gerade mein Vater gestorben und meine Autoimmunkrankheit meldete sich heftig zurück. Da tat mir der auferlegte Rückzug aus der Arbeitswelt und dem Sozialleben sehr gut.

**Kam die Kreativität abhanden?**

Nein, das nie. Ich hatte ja keine Mühe mit dem Rückzug. Im Gegenteil. Die letzten 25 Jahre habe ich fast immer «auf Auftrag» gearbeitet. Aber wirklich für mich konnte ich nur ganz selten etwas machen. Das konnte ich wieder und werde das auch in Zukunft öfter tun. So ist es auch zu dem Kurzkrimi «Ebaholz» gekommen, aus dem ich dieses Jahr im Literaturhaus lesen durfte. Der Krimi entstand aus einer spannenden Meldung, die ich in den Zeitungsarchiven gefunden hatte: Ein Junge, der im Jahr 1965 vom Pausenplatz der Schule Ebenholz entführt wurde. Mein Bruder ging mit dessen Cousin zur Schule. Die Geschichte hat mich so fasziniert, dass ich dazu weitere Recherchen durchgeführt und Interviews gemacht habe. Irgendwann hatte ich dann zu viel Material für einen Kurzkrimi beisammen, weshalb ich beschloss, dass hieraus mein erster, schon vor vielen Jahren angekündigter Liechtenstein-Krimi entsteht. Ab 1. Januar werde ich ja arbeitslos sein und dann habe ich Zeit, mich um dieses Projekt zu kümmern.

**Inwiefern arbeitslos?**

Seit viereinhalb Jahren arbeite ich zu 50 Prozent an dem auf fünf Jahre beschränkten Familienchronik-Projekt der Gemeinde Vaduz. Nach Abschluss des Projektes hätte ich weiter daran arbeiten können. Allerdings unter gänzlich anderen Bedingungen. Nicht zuletzt deswegen bewarb ich mich um die im Frühjahr ausgeschriebene Stelle eines Leiters des «Vadozner Huus». Als ich nicht für die zweite Runde der Bewerber berücksichtigt wurde, war dies für mich das Signal, meine Zusammenarbeit mit der Gemeinde zu beenden.

**Sie haben aber auch noch eine Schreibwerkstatt ...**

Ja. Aber auch hier haben sich die Umstände sehr verändert. Der Markt ist jünger, vernetzter, digitalisierter als vor 20 Jahren. Und für alles braucht es einen Bachelorstitel oder ähnliches. Deshalb lasse ich es momentan sein und konzentriere mich auf mich. Irgendwann geht sicher wieder eine Tür auf.

**Sie haben auch keine Lust mehr auf die grosse Bühne?**



Ist zwar ruhiger geworden, aber weiterhin nicht auf den Mund gefallen: Autor und Kabarettist Mathias Ospelt. Bild: Daniel Schwendener

Nein, im Moment nicht. Ich wüsste auch gar kein Thema für ein cooles Programm. Vieles haben wir ja mit unserem letzten Programm eh schon vorweggenommen: Zwar nicht Corona, aber die ganzen Verschwörungstheorien. Die Leserbriefe. Die Rechthaberei. Damals fanden es die Leute allerdings noch lustig ...

**Corona bzw. die dadurch eröffneten Nebenschauplätze würden sich doch für ein Programm eignen ...**

Mit einem Freund habe ich darüber nachgedacht, ein Theaterstück zu schreiben, wie Menschen in einer kleinen Gemeinschaft wie Liechtenstein mit einer globalen Krise umgehen. Kein Kabarett. Eher Dürrenmatt-mässig. Eine allgemeine Schilderung von besonderen Zuständen. Wer weiss, vielleicht kommt das ja noch.

**Wie gehen die Leute denn um mit dieser Pandemie?**

In der ersten Zeit ganz gut, fand ich. Aber wenn ich mir gewünscht hätte, dass sich noch mehr Leute auf Dauer «zurückziehen» bzw. etwas entschleunigen. Schön war auch die gelebte Solidarität im Frühjahr, da die meisten die Notwendigkeit der Massnahmen erkannten. Dann wurden leider die Ersten ungeduldig und andere wiederum haben sich schlicht die falschen Dinge auf Social Media angesehen. Damit war auch der Solidaritätszauber weg.

**Wo ist der gewohnte Fingerzeig auf die Politik?**

Es ist sicher ungewohnt, dass ich die Regierung verteidige, aber ich finde, sie hat lange alles richtig gemacht. Die Landtagswahlen haben dies auch bestätigt. Sie musste Verantwortung übernehmen und hat dies getan. Zu behaupten, eine Regierung fährt neun Monate vor den Wahlen mit Fleiss die Wirtschaft an die Wand, ist Irrsinn! Niemand wusste, was auf uns zukommt. Aber man musste reagieren. Im Vergleich zu anderen Ländern sind wir doch wirklich gut weggekommen. Man muss ja auch ein gewisses Vertrauen haben. Ich wüsste jedenfalls nicht, warum die Regierung Hasler bzw. jetzt die Regierung Risch ein Interesse daran hätte, dass ich elendiglich an einer Impfung zugrunde gehe. Auch wenn es sicher den einen oder anderen in der Vergangenheit gab, der froh gewesen wäre, wenn es mich nicht mehr gegeben hätte. (lacht)

**Wie haben Sie die Verschwörungstheorien um die Pandemie wahrgenommen?**

Als die ersten verschärft coronakritischen Filme in Social Media auftauchten, habe ich sie mir genauer angesehen und ihre Herkunft überprüft. Und festgestellt: Das kam und kommt ausschliesslich aus der dunkelsten rechten Ecke oder ist Big Conspiracy Business. Natürlich sind nicht alle Nazis, die von solchen Theorien fasziniert sind oder daran glauben. Es gibt aber leider viel zu viele, die solche Botschaften gezielt verbreiten und die Coronamüdigkeit der Leute und ihren Wunsch nach Normalität missbrauchen.

**Mit welchem Ziel?**

Es gibt eine globale antidemokratische Bewegung, für die eine solche Pandemie und der z. T. ungeschickte Umgang damit ein Geschenk ist. Die Pandemie wird zu einem Vehikel, auf dem schon lange vorherrschende Unzufriedenheiten deponiert werden können. Dies zeigt sich überspitzt formuliert auch daran, wie inzwischen jeder Gemeinderatsbeschluss oder jeder Landtagsbeschluss angefochten wird. Es heisst zwar, dies sei gelebte Demokratie, es wird dadurch aber auch sehr viel Misstrauen gegenüber Vertrauensträgern gesät. Ärzte gelten nichts mehr. Wissenschaftler gelten nichts mehr. Lehrer auch nicht und Journalisten sowieso nicht. Wer gilt denn noch etwas? Jene, die maulen, aber keine Verantwortung übernehmen wollen? Soll der Stammtisch künftig entscheiden, wie der Hase läuft? Als 2019 die Hängebrücke bachab geschickt wurde, bat das «Vaterland» die Bevölkerung um Alternativvorschläge. Die sollte man sich hin und wieder mal anschauen. Da hiess es nur «Ich will, ich möchte, ich hätte gern». Nirgends stand: «Es wäre toll für das Land». Jeder denkt nur noch an sich. Diese Ich-Bezogenheit wird über die Social Media bedient. Solidarität wird zu einem Begriff des Kommunismus. Und der Stammtisch regiert!

**Oder Leserbriefschreiber ...**

Mein Lieblingsthema! Da heisst es, man solle sich zwar eigene Gedanken machen, aber sich gleichzeitig über dubiose Kanäle informieren. Ich habe mir durchaus meine eigenen Gedanken gemacht. Nicht aufgrund von Filmen aus dem Internet, sondern indem ich die Inhalte der Warner und Leugner genau lese und ihr Verhalten beobachte. Für diese eigene Meinung werde ich dann wohl im Sinne der freien Meinungsäusserung in der Luft zerfetzt.

**Warum ärgern Sie sich so über die Leserbriefschreiber?**

Leserbriefe hätten eine wichtige Funktion, da sie das Meinungsbild massiv beeinflussen können. Doch seit langer Zeit melden sich immer wieder dieselben Leute mit den stets gleichen Inhalten zu Wort, gefallen sich dabei unglaublich gut in der Rolle des Kämpfers und Helden, sind aber nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen. Die Zeitungen drucken diesen Wiederholungsbrei zwar brav ab, werden dann aber als Dank dafür beschimpft, dass sie Zensur ausüben. Dabei wird die Meinungsfreiheit doch genau von jenen Leserbriefschreibern unterdrückt, die behaupten, es herrsche keine. Ich kenne einige, die sich gerne an Leserbrief-Debatten beteiligen würden, dies aber nicht tun, da sie keine Lust darauf haben, dass sich die üblichen Verdächtigen wie Aasgeier auf sie stürzen. Kommentiert man einen, schlagen sie geballt zurück. Wäre ich Zeitungsvleger, würde ich bei den Leserbriefen, die permanent dasselbe Thema aufgreifen und sich dabei massiv im Ton vergreifen, aussieben. Eine Zeitung darf doch den Anspruch stellen, dass Leserbriefe etwas Gehaltvolles beinhalten. Ausserdem bin ich überzeugt: Wenn jemand mehr als einen Leserbrief pro Woche schreibt, gehört er in die Therapie. So jemand hat definitiv ein Problem.

**Das sagen Sie, obwohl sie selber eigentlich auch passionierter Leserbriefschreiber sind bzw. wären?**

Die Vorgabe meiner Frau ist klar: Ich darf nur einen Leserbrief pro Jahr schreiben.

**Weil?**

Weil – das sieht man ja – Leserbriefschreiben süchtig macht! Und Sucht ist etwas Privates, das Unheil für die Allgemeinheit bringt. (lacht) Meine Frau machte deutlich: Ich möchte nicht mit einem Leserbriefschreiber zusammen wohnen – egal ob du recht hast oder nicht.

**Sie haben die Grenze von nur einem Leserbrief aber auch schon überschritten ...**

Das waren Ausnahmen. Die mussten einfach sein. (lacht) Wenn die Selbstgefälligkeit zu gross wird, muss man sie hin und wieder korrigieren. Konkret: Da wurde ein Verfassungsartikel falsch ausgelegt, indem nur die Hälfte zitiert wurde. Eigentlich eine Form von Zensur. (lacht) Und einmal habe ich zu Testzwecken einen sehr provokativen Leserbrief geschrieben, um zu sehen, ob die berühmten Vielschreiber tatsächlich klassisch konditioniert wie pawlowsche Hunde reagieren. Beissen sie in die Karotte, die ich ihnen hinhalte? Oh ja. Und wie! Ich erhielt sogar private Post. (lacht) Das wird nach diesem Interview nicht anders sein.

**Sie haben dazu ja Ihre ganz persönliche Verschwörungstheorie. Wie sieht diese aus?**

Wie schon erwähnt, bin ich überzeugt, dass es globale Bewegungen gibt, denen das Funktionieren der demokratischen Systeme ein Dorn im Auge ist. Da reichen sich Hardcore Neoliberale und Ultrarechte die Hände. Sie agieren geschickt, indem sie die zahllosen Social Media nutzen und ihr Gedankengut über die grosse Zahl der Unzufriedenen gesellschaftsfähig machen. Vielleicht liege ich damit ja falsch – aber so sehe ich das. Sorry! Meine Meinung! So propagieren die Unzufriedenen individuelle Freiheit, möchten aber die Freiheit anderer einschränken (Frauen, Homosexuelle, Flüchtlinge etc.). Dabei orientieren sie sich an Autokraten wie Trump, Putin, Orban etc., denen die Freiheit des Individuums letztlich am verlängerten Rücken vorbeigeht. Das ist schizophren vorbeigekommen. Und ich befürchte: Wir alle haben ihn längerfristig nicht bestanden.

# Impfskeptiker zahlte Diversion nicht: Nun folgt der Schuldspruch

**Justiz** Weil er Coronaimpfungen auf Facebook mittels zweier Bilder mit dem Holocaust gleichgesetzt hatte, stand ein Liechtensteiner schon Ende Mai wegen Diskriminierungsvorwürfen vor Gericht - mit eigentlich gütlichem Ausgang: Da er die Diversionzahlungen aber nicht leistete, wurde der Impfskeptiker nun vom Landgericht zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt.

VON HANNES MATT

**E**in gelber Stern, mit dem die Nazis jüdische Menschen kennzeichneten, der statt mit «Jude» mit dem Wort «Ungelimpft» versehen ist, sowie ein Tor des Konzentrationslagers Sachsenhausen, auf dem der Satz «Arbeit macht frei» durch «Impfen macht frei» ersetzt wurde: Mit diesen Bildern versuchte der Beschuldigte, seinem auf Facebook oft und lautstark kundgetanen Missmut über die Coronamassnahmen Luft zu machen. Dafür stand er bereits Ende Mai vor Gericht - angeklagt wegen Diskriminierung. Denn damit habe er die Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes und den Holocaust mit den heute geltenden Hygiene- und Abstandsregeln, den Impfkampagnen und der Maskenpflicht gleichgesetzt und dadurch stark verharmlost, so der Straf-antrag der Staatsanwaltschaft. Zu einem Urteil kam es im Mai aber nicht, da die Staatsanwaltschaft dem Beschuldigten eine diversionelle Erledigung anbot. Das Verfahren wäre eingestellt worden, wenn dieser Verantwortung für sein Handeln übernommen und die entsprechenden 1500 Franken plus 300 Franken für die Verhandlungskosten bezahlt hätte.

## Diversion nicht gezahlt

«Spielen Sie keine Spielchen, holen Sie den Brief bei der Post ab und zahlen Sie den Betrag ein», hatte der Richter am Ende der ersten Behandlung des Falls bereits gemahnt - als

## «Impfen macht frei»: Liechtensteiner wegen Diskriminierung vor Gericht

**Aus dem Gericht** Weil er Coronaimpfungen auf Facebook mit dem Holocaust gleichsetzte, fand sich ein 44-jähriger Liechtensteiner am Freitag vor dem Landgericht in Vaduz wieder.

VON SEBASTIAN ALBRICH

**E**in gelber Stern, mit dem die Nazis jüdische Menschen kennzeichneten, der statt mit «Jude» mit dem Wort «Ungelimpft» versehen ist, und ein Tor des Konzentrationslagers Sach-

senhausen, auf dem der Satz «Arbeit macht frei» durch «Impfen macht frei» ersetzt wurde: Mit diesen Bildern versuchte der Beschuldigte, seinem auf Facebook oft und lautstark kundgetanen Missmut über die Coronamassnahmen Luft zu machen. Dafür stand er bereits Ende Mai vor Gericht - angeklagt wegen Diskriminierung. Denn damit habe er die Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes und den Holocaust mit den heute geltenden Hygiene- und Abstandsregeln, den Impfkampagnen und der Maskenpflicht gleichgesetzt und dadurch stark verharmlost, so der Straf-antrag der Staatsanwaltschaft. Zu einem Urteil kam es im Mai aber nicht, da die Staatsanwaltschaft dem Beschuldigten eine diversionelle Erledigung anbot. Das Verfahren wäre eingestellt worden, wenn dieser Verantwortung für sein Handeln übernommen und die entsprechenden 1500 Franken plus 300 Franken für die Verhandlungskosten bezahlt hätte.

## «Faktischer Schaden»

Direkte Einsicht, dass er mit seinen Beiträgen einen Fehler gemacht

hatte und die entsprechenden 1500 Franken plus 300 Franken für die Verhandlungskosten bezahlen, damit das Verfahren eingestellt werden konnte. Am Ende lief es dennoch auf einen Geldbetrag hinaus, denn da der Beschuldigte bislang unbescholten war und sich bereit erklärte, den Schaden gutzumachen, bot ihm die Staatsanwaltschaft eine diversionelle Erledigung an. Nimmt er die Verantwortung für sein Handeln an, so muss er binnen vier Wochen 1500 Franken plus 300 Franken für die Verhandlungskosten bezahlen, damit das Verfahren gegen ihn eingestellt wird. Auf seinen Wunsch wird ihm der Einzahlungsschein via Post zugestellt. «Spielen Sie keine Spielchen,

suchte ihm der Richter daraufhin bewusst zu machen.

## Aussergerichtlich erledigt

Am Ende lief es dennoch auf einen Geldbetrag hinaus, denn da der Beschuldigte bislang unbescholten war und sich bereit erklärte, den Schaden gutzumachen, bot ihm die Staatsanwaltschaft eine diversionelle Erledigung an. Nimmt er die Verantwortung für sein Handeln an, so muss er binnen vier Wochen 1500 Franken plus 300 Franken für die Verhandlungskosten bezahlen, damit das Verfahren gegen ihn eingestellt wird. Auf seinen Wunsch wird ihm der Einzahlungsschein via Post zugestellt. «Spielen Sie keine Spielchen,



Am 29. Mai berichtete das «Volksblatt» von der ersten Verhandlung des Falls mit der diversionellen Einigung. (Faksimile: VB)

ob er es geahnt hätte: Die entsprechende Zahlung binnen vier Wochen blieb aus. Somit musste der Fall erneut aufgerollt werden. Am Dienstagmorgen wurde wieder verhandelt - jedoch ohne den Angeklagten, der dem Prozess trotz zugestellter Einladung ferngeblieben war. Die Vorwürfe blieben dieselben. «Impfskeptiker kann man selbstverständlich sein und Unmut über die Pandemie sowie die Massnahmen der Regierung kundtun», erklärte der Staatsanwalt nochmals. «So gilt in Liechtenstein die Meinungsfreiheit, wobei Meinungen auch zynisch oder dumm sein dürfen.» Das finde aber seine Grenze, wenn dies die Sicher-

heit gefährde oder wie in diesem Fall Gräueltaten verharmlose. «Der Vergleich, den der Angeklagte mit den Bildern gewählt hat, sei - in einem der rechtsstaatlichsten Ländern der Welt - nicht nur einfach absurd», so der Staatsanwalt. «Es ist insbesondere eine Verhöhnung des Opfer und eine Verharmlosung des Völkermords an den Juden im Dritten Reich.»

## «Eindeutiger Straftatbestand»

Das sah auch der Richter so und wies auf die massvollen bzw. niederschweligen Massnahmen Liechtensteins im Vergleich zu anderen Ländern, wo es tatsächlich richtige

Lockdowns gegeben hatte und die Menschen ihre Wohnungen nicht mehr haben verlassen dürfen. Ebenfalls betonte er, dass man die Bilder nicht mit Meinungsfreiheit argumentieren könne. «Der Straftatbestand ist eindeutig», so der Richter. «Der Angeklagte hat den Holocaust gröblich verharmlost.» Er verurteilte den Abwesenden nach kurzer Verhandlung zu einer Geldstrafe in Höhe von 10 000 Franken (200 Tagessätze à 50 Franken) - bedingt auf drei Jahre, da dieser bislang unbescholten war. Bezahlen muss er jedoch die Gerichtskosten von 1000 Franken. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

# Keine Zwischenfälle an Coronademo

500 Teilnehmer nahmen gestern Abend an der Demonstration gegen die Coronamassnahmen auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz teil.

**Manuela Schädler**

Ab 17 Uhr versammelten sich immer mehr Menschen auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz. Zwischen 500 und 600 Personen waren gekommen, um friedlich gegen die Coronamassnahmen zu demonstrieren. Auslöser war die Ankündigung, dass die Zertifikatspflicht auch in Liechtenstein ausgeweitet wird. «Wir sind überwältigt, wie viele Teilnehmer den Weg vor das Regierungsgebäude gefunden haben, obwohl die Demo sehr kurzfristig geplant wurde», sagte ein Vertreter des coronakritischen liberalen Forums, das sich für

die Organisation der Demonstration verantwortlich zeigte. Aber nach der Demonstration vom Mittwoch in Bern wollte man auch in Liechtenstein eine durchführen.

## Bewilligung kam eine Stunde vor Beginn

Die Kundmachung wurde kurz vor Beginn von den Behörden bewilligt. Der Antrag sei an die falsche E-Mail-Adresse gesendet worden, so die Veranstalter. Die Polizei war vor Ort präsent. Am Ende vermeldete sie: «Die Organisatoren hielten sich an die Vorgaben der Regierungskanzlei. Aus polizeilicher Sicht kam es zu keinen Zwischenfällen.»

Unter den Teilnehmern waren bekannte massnahmen-skeptische Gruppen aus Liechtenstein und der Schweiz.

Eröffnet wurde die Demonstration durch die sogenannten «Freiheitsrychler», die bereits von zahlreichen Coronademonstrationen in der Schweiz bekannt sind und mit Kuhglocken auftreten. Allgemein hat es neben liechtensteinischen auch viele Schweizer Teilnehmer nach Vaduz gezogen. «Frieden, Freiheit, Volk ist souverän», riefen die Teilnehmer sodann mit den «Freiheitsrychlern». Dann sprachen die Teilnehmer auf dem «Corona-Mobil» und taten ihren Unmut

über die Coronamassnahmen und die geplante Zertifikatspflicht kund. Dies sei ein Angriff auf die Grundrechte, sagte beispielsweise Tarik Hoch, Beisitzer beim Liberalen Forum. «Wir lehnen das Zertifikat ab», rief er ins Mikrofon. Applaus und Zustimmungsrufe waren immer wieder zu hören.

## Viele Teilnehmer griffen zum Mikrofon

Es waren nicht wenige Demonstranten, die gestern zum Mikrofon griffen. Es sprachen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aller Altersklassen aus der Schweiz und Liechtenstein. Die Gesellschaft werde wesentlich

gespalten, so eine Meinung. Viele äusserten ihre Sorge um die Zukunft der Kinder. Sie habe Angst vor Langzeitfolgen der Impfung, sagte eine Mutter. Eine Lehrerin äusserte ihre Bedenken betreffend den Massnahmen an den Schulen. Einige Sprecher hinterfragten die Einschränkungen und die Fakten rund um Corona. Es gab auch solche Teilnehmer, die dazu aufriefen, die Masken nicht mehr zu tragen und auch in Zukunft ohne 3G-Nachweis (genesen, getestet oder geimpft) das Restaurant zu besuchen. Nicht nur einmal wurden Regierungsvertreter als Schwerverbrecher bezeichnet oder mit dem Nazi-

regime verglichen. Gerade gegen Ende der Demonstration heizte sich die Stimmung auf und die Kundgebungen wurden lauter.

Pünktlich um 19 Uhr, die Demonstration war für zwei Stunden bewilligt, fand die Veranstaltung schliesslich ein Ende. Die Veranstalter bedankten sich für das zahlreiche Kommen, auch wenn sie sich «einen genagelt vollen Platz» gewünscht hätten. Die Kundgebung wurde schliesslich so beendet, wie sie begonnen hatte. Die «Freiheitsrychler» schwenkten ihre Kuhglocken und zogen Richtung Städte ab. Die Demonstration löste sich daraufhin auf.



Mit dem Einzug der «Freiheitsrychler» startete die Coronademo in Vaduz.

Bilder: Daniel Schwendener



Auf dem «Corona-Mobil» vor dem Regierungsgebäude wurde der Unmut kundgetan.

Weitere Bilder: [www.vaterland.li/fotogalerie](http://www.vaterland.li/fotogalerie)

# «Rote Linie überschritten»

Regierungschef Daniel Risch findet klare, aber auch versöhnliche Worte zur Demonstration.

Julia Strauss

Vergangenen Freitag wurde vor dem Regierungsgebäude gegen die Coronamassnahmen demonstriert, morgen führt Liechtenstein grossflächig die 3G-Zertifikatspflicht ein. Im Interview mit Radio L ging Regierungschef Daniel Risch auf zahlreiche Fragen aus der Zuhörerschaft ein. Ihm sei klar, dass die strengeren Massnahmen nicht zu einem Freudensturm in der Bevölkerung führen, aber er betonte: «Wir müssen vor allem schauen, wie es im Gesundheitswesen aussieht. Und dort haben wir sealarmierende Zahlen aus den Intensivstationen der Region.» Man dürfe die Augen nicht davor verschliessen, dass momentan die Hälfte aller Patienten auf den Intensivstationen wegen Corona behandelt werden.

## Druck wegnehmen, statt Druck aufbauen

Moderatorin Tanja Cissé sprach Regierungschef Risch auf die Demonstration in Vaduz an und die Aussagen einiger Teilnehmer, dass die Auslastung der Intensivstationen nur ein Gerücht sei und die Mitarbeitenden der Spitäler zu falschen Aussagen gezwungen werden. «Mit solchen Aussagen habe ich grösste Mühe», so Risch und er



Regierungschef Daniel Risch fand auch positive Aspekte an der Coronademonstration. Bild: Daniel Schwendener

versuchte zu erklären: «Wenn man den Ärzten und Spitalern nicht vertraut, dann muss man ja eine grössere Verschwörung dahinter vermuten.» Niemand hätte ein Interesse daran, die Zahlen zu erfinden. Er habe persönlich mit Personen aus dem Gesundheitswesen gesprochen: «Ich bekam nicht den Ein-

druck, dass man mir einfach etwas erzählt, was ich hören will. Ich bekomme sehr persönliche Schicksale von den Leuten mit, die auf den Intensivstationen arbeiten und unter Druck sind.» Der Druck entstehe aber nicht in erster Linie von den Patienten, die auf der Intensivstation liegen, sondern, weil das Ge-

sundheitspersonal nach 1,5 Jahren einfach müde und ausgebrannt ist. Die Motivation der Regierung sei keineswegs, Druck aufzubauen, sondern den Druck vom Gesundheitswesen wegzunehmen.

## Demo als Ventil, um Frust abzulassen

Auf die Beleidigungen angesprochen, welche seitens der Coronakritiker zu hören sind, fand Risch auch versöhnliche Worte: «Natürlich fühlt es sich nicht gut an. Aber mit Kritik kann man grundsätzlich umgehen und die Leute brauchen ein Ventil, um den Frust herauszulassen.» Risch verwies im Radiointerview aber auch auf die positiven Aussagen an der Demonstration: «Es gab viele Voten, die sagten, dass wir uns nicht trennen dürfen und zusammenhalten sollen – und zwar die Geimpften und die Ungeimpften.» Und das wolle er bestärken: «Es wird Leute geben, die sich bis zum Schluss nicht impfen lassen werden. Aber auch sie gehören zu unserer Gesellschaft.» Keine versöhnlichen Worte fand Risch zu Holocaust-Verharmlosungen: «Dann ist für mich die rote Linie weit überschritten. Und das sollte auch dem Veranstalter einer solchen Demonstration nicht gefallen.»

## Kommentar

# Es reicht!

«Es reicht!», wiederholte **Tarik Hoch** in seiner Ansprache an der Kundgebung der Massnahmenkritiker auf dem Peter-Kaiser-Platz am letzten Freitag mehrmals. Und bei dieser Aussage muss ich ihm recht geben. Es reicht mit den andauernden Vergleichen mit der Zeit des Nationalsozialismus oder, noch schlimmer, mit dem Holocaust. Die Massnahmen gegen das Coronavirus oder die neuen 3G-Regeln mit dem schlimmsten Verbrechen der Menschheit zu vergleichen, ist strafbar. Es ist eine Verharmlosung nationalsozialistischen Völkermords an bis zu 6,3 Millionen europäischen Juden und anderen Minderheiten.

Es ist absolut geschmacklos, unter ein Foto von Gesundheitsminister Manuel Frick auf Facebook zu schreiben: «Führerrentner» oder «Wenn man das Bild anschaut, die Verwechslungsgefahr ist gegeben, fehlt nur ein kleines Accessoire im Gesicht.» Und es wird mir übel, wenn Redakteure wegen eines «Sapperlot» Mails bekommen mit Aussagen wie: «Hättest wohl vor mehr als 75 Jahren auch die Gashöhne geöffnet.» Leider könnte die Liste noch fortgesetzt werden.

Ich kann durchaus Verständnis dafür aufbringen, wenn es auch in Liechtenstein Leute



Die «Gegen-Kundgebung» gestern vor dem Impfzentrum. Bild: ds

gibt, die ihren Frust herauslassen wollen – auch wenn ich ihm meistens nicht verstehe. Doch mit solchen Vergleichen ist eine rote Linie überschritten. Sie ist auch überschritten, wenn die liechtensteinische Regierung als «Diktatoren» oder gar als «Kriegsverbrecher» bezeichnet werden. Oder wie von Ulrich Hoch, Mitorganisator der Kundgebung am letzten Freitag, als «Psychopathen».

Es war nämlich genau diese Regierung, welche diese Kundgebung überhaupt in diesem Rahmen ermöglicht hat. Dies im Sinne der Demokratie – diese muss solche Aktionen aushalten. In einem diktatorischen Regime wäre es

nie möglich gewesen, vor dem Regierungsgebäude zwei Stunden jede Meinung herauszuhauen. Und schon gar nicht auf einer Bühne, welche mit der Schweizerfahne dekoriert war und Sprechgesängen wie «das Volk ist souverän». Von den Kuhglocken-Trägern aus der Schweiz ganz zu schweigen.

Wenn also die Organisatoren der Kundgebung sagen, dass die Regierung bewusst die Bevölkerung spaltet, sollten sie sich angesichts dieser Aussagen besser selbst an der Nase nehmen. Mit solchen Nazi-Vergleichen steht man doch sehr gerne auf der anderen Seite.

Glücklicherweise darf bei uns jeder eine andere Mei-

nung zu allen politischen Entscheidungen haben. Es gibt sogar Wahlen und demokratische Mittel, um etwas zu verändern. Bring man für seine Meinung Mehrheiten hinter sich, dann ist alles möglich. Als Minderheit kann aber in einer Demokratie auch nie behauptet werden: «Wir sind das Volk.»

Und die Massnahmegegner sind in der Minderheit. Es hat sich bereits eine Mehrheit in Liechtenstein impfen lassen, um die Pandemie endlich zu beenden und das C-Thema aus den Gesprächen zu verbannen. Und es werden immer mehr. Der gestrige Spontan-Impf-abend kann schon fast als «Gegen-Kundgebung» zum letzten Freitag gesehen werden. Die Mehrheit glaubt noch an die Wissenschaft und die Politik. Und das ist doch ein Lichtblick. Denn: «Jeder hat das Recht auf seine eigene Meinung, aber nicht das Recht auf seine eigenen Fakten.»



Patrik Schädler

## «Nicht akzeptabel»: Wenn Massnahmengegner zu weit gehen

Nicht nur für den Regierungschef sind gewisse Aussagen bei der Corona-Demo unannehmbar: Die Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen auf.

Über 500 Coronamassnahmen-Gegner versammelten sich vergangenen Freitag auf dem Peter-Kaiser-Platz. Zwar blieb nach Angaben der Landespolizei die erste bewilligte Coronademonstration Liechtensteins friedlich. Doch auf der Rednerbühne liessen mehrere Votanten ihrer Wut freien Lauf. So verkündete ein älterer Herr, dass alle Regierungen mit «Schwerverbrechern» besetzt seien. Demo-Organisator Ulrich Hoch meinte, dass alle Politiker, welche die Schutzmassnahmen erliessen, «Psychopathen» seien. «Wenn sie so weitermachen, müssen sie verschwinden!» Ein anderer Redner zog Vergleiche zum Regime der Nationalsozialisten: «Es ist wie vor 80 Jahren während der Zeit der Nazis.»

Müssen sich Vertreter der Regierung solche Beleidigungen gefallen lassen? Regierungschef Daniel Risch stellte gestern im Interview auf Radio L klar, dass mit den Bezügen zu den Verbrechen der Nationalsozialisten eine Grenze überschritten wurde. «Es gibt Dinge, die ich nicht akzeptieren kann. Zum Beispiel die Verglei-

che mit dem Holocaust. Hier wurde die rote Linie weit überschritten», unterstrich der Regierungschef.

Und auch die Staatsanwaltschaft schaut sich die Aussagen auf der Corona-Demo genauer an. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, dass Polizei und Staatsanwaltschaft Ermittlungen in der Angelegenheit aufgenommen haben.

### Zuerst hasserfüllte Worte, dann Taten

Nicht nur in Liechtenstein wird der Ton zunehmend rauer. In der Schweiz zeichnet sich eine Radikalisierung der Coronamassnahmen-Gegner ab, seit der Bundesrat die 3G-Ausweitung beschloss: Das Restaurant eines Thurgauer Gastronomen, der sich für die Impfpflicht aussprach, wurde mit Blut verschmiert. In Freiburg drangen einige Massnahmengegner ins Spital ein. Und in Luzern wurde ein Journalist an einer Coronademo tätlich angegriffen.

Sozialwissenschaftler Marko Kovic erklärte gegenüber «20Minuten», dass die Massnahmengegner ein neues Level der Radikalisierung erreicht ha-



Ein Plakat an der Vaduzer Corona-Demo: Schutzmassnahmen werden in Zusammenhang mit Völkermord gesetzt. Bild: D. Schwendener

ben. Die Ursache dafür sei in einer immer hasserfüllteren Sprache zu suchen. «Aus dieser Rhetorik sind nun Taten gewachsen, der Hass ist in die Realität übergeschwappt», sagte der Sozialwissenschaftler.

### Öffentliche Beleidigung und Aufruf zu Ungehorsam

Ab wann bewegt sich eine Beleidigung aber im strafbaren Bereich? Das liechtensteinische Strafgesetzbuch hält hierzu fest: Wer jemanden in der Öffentlichkeit beschimpft, verspottet, am Körper misshandelt oder mit einer körperlichen Misshandlung bedroht, muss mit einer Geldstrafe von bis zu 180 Tagssätzen oder einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Monaten rechnen.

Allerdings: Die Strafverfolgung gegen den Beleidiger wird nur dann aufgenommen, wenn dies vom Beleidigten verlangt wird. Anders sieht es aber bei Ehrverletzungen gegen Fürst, Landtag und Regierung aus. Diese sind von Amts wegen zu verfolgen. An der Kundgebung auf dem Peter-Kaiser-Platz riefen auch einige Teilnehmer dazu auf, sich nicht an die Be-

stimmungen der Covid-19-Verordnung zu halten. Damit bewegen sie sich aber ebenfalls auf rechtlich heiklem Grund. Denn Artikel 281 des Strafgesetzbuchs hält fest, dass, wer im Rahmen einer breiten Öffentlichkeit zum Ungehorsam gegen ein Gesetz auffordert, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr rechnen muss.

### Nazi-Verharmlosung bereits vor Gericht

Im Falle der Vergleiche zu den Gräueln des Nationalsozialismus könnte der Straftatbestand der Diskriminierung vorliegen. In Liechtenstein ist es strafbar, Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu leugnen oder gröblich zu verharmlosen. Im Mai stand bereits ein 44-jähriger Liechtensteiner vor Gericht, weil er Coronaimpfungen mit dem Holocaust gleichsetzte. Zunächst kam der Angeklagte mit einer Diversion davon. Aber weil er die ausstehenden Geldbeträge nicht bezahlte, wurde er letzte Woche in Abwesenheit zu einer Geldstrafe in Höhe von 200 Tagessätzen à 50 Franken verurteilt. (equ)

# Rucksack für die nächsten Jahre ist gepackt

Anlässlich des 20. Jubiläums der OJA Ru-Ga-Sch (Offene Jugendarbeit Ruggell, Gamprin, Schellenberg) haben sich am letzten Donnerstag Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Organisationen sowie zahlreiche Jugendliche im Gemeindesaal in Ruggell eingefunden.

Gegründet wurde der Zusammenschluss vor 20 Jahren unter dem Namen Jugendarbeitsgemeinschaft - JAG. Norman Wohlwend, Gemeindevorsteher Schellenberg ging in seiner Ansprache auf die Anfänge der offenen Jugendarbeit in den drei Gemeinden ein. Drogenkonsum und Rassismus waren bei den Jugendlichen stark verbreitet und erschwerten die Arbeit der damaligen Jugendarbeiter Gabi Greiner-Robin und Hamid Lechhab, der bis heute im Dienst der OJA Ru-Ga-Sch steht. Ihrem Motto «Integrieren statt Ausschliessen» blieben sie auch in der schwierigen Anfangszeit immer treu und so wuchs auch das Vertrauen der Eltern.

## Mehrwert dank Austausch

Maria Kaiser-Eberle, Gemeindevorsteherin Ruggell hob hervor, dass der Austausch eine grosse Bereicherung nicht nur für die Jugendarbeiter, sondern auch für die Jugendlichen bedeutet. Der Zusammenschluss galt auch als positives Beispiel für die Gründung der Offenen Jugendarbeit im Jahr 2014, bei der nun zehn Gemeinden zusammengeschlossen sind. Noch heute besteht innerhalb der drei Gemeinden Ruggell, Gamprin und Schellenberg eine verstärkte Zusammenarbeit.

Aufgrund dieser Vernetzung blickt Johannes Hasler, Gemeindevorsteher Gamprin,



Vorsteherin Maria Kaiser-Eberle (Ruggell), Norman Wohlwend (Schellenberg) und Johannes Hasler (Gamprin) zusammen mit den Jugendarbeitern Hamid Lechhab (3. v. r.) und Selin Kammann (l.) sowie den zahlreichen Jugendlichen.  
Bild: Eddy Risch

optimistisch in die Zukunft: «Für die nächsten Jahre hat die Jugendarbeit einen Rucksack voller Erfahrungen gepackt». Auch während der Coronapandemie blieb die Jugendarbeit aktiv und ging mit der aufsuchenden Jugendarbeit im ganzen Gemeindegebiet auf die Jugendlichen zu. Dafür bedankt sich Johannes Hasler

nicht nur bei den Jugendarbeitern, sondern vor allem auch bei den Jugendlichen, da dies für alle keine einfache Zeit war.

## Ehrung für die Jugendlichen

Stephan Marxer, Vorsitzender der Jugendkommission betont, dass die Kinder und Jugendli-

chen unsere Zukunft sind. Beim Jubiläumsanlass wurden deshalb 14 Jugendliche aus den drei Gemeinden für ihren Einsatz beim Sommer-Camp und dem Jugendmitwirkungstag geehrt. Die Jugendarbeiter Hamid Lechhab und Selin Kammann bedankten sich bei ihnen für die Mitgestaltung der vielen Aktivitäten und ihren

Einsatz bei verschiedenen Projekten.

Nach den offiziellen Ansprachen folgte die Vorstellung der Jubiläumsbroschüre, welche mit vielen Bildimpressionen auf die letzten 20 Jahre OJA Ru-Ga-Sch zurückblickt. Speziell fürs Jubiläum erstellten die Jugendarbeiter einen Film, der anhand von vielen In-

terviews die Geschichte der OJA Ru-Ga-Sch aufzeigt. Der Film kann von allen Interessierten auf den Webseiten der Gemeinden Ruggell, Gamprin und Schellenberg angeschaut werden. Die Liechtensteiner Band Prince Vince sorgte im offiziellen Teil sowie beim anschliessenden Apéro für eine lockere Stimmung. (pd)

# Geschlossen, versiegelt, verzeigt: Rössle reizt die Konsequenzen aus

**Durchgesetzt** Wegen vorsätzlichem Verstoß gegen die Coronaverordnung haben die Behörden die Schliessung des Restaurants Rössle in Ruggell verfügt. Angereiste Massnahmegegner wurden dennoch ausgiebig bewirtet - bis die Polizei kam.

VON DAVID SELE

Zwei Tage lang hatten Coronamassnahmen-Gegner grenzüberschreitend mobil gemacht. Man wolle sich den Behörden entgegenstellen und dem Regierungschef «befehlen», die Coronaverordnung aufzuheben.

Das Rössle sperrte sich bereits Anfang Sommer gegen die Umsetzung der damals geltenden Maskenpflicht. Auch jetzt hatte Wirtin Doris Öhri an einer Demonstration in Vaduz angekündigt, die 3G-Pflicht zu ignorieren. Bei einer ersten Kontrolle des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen (ALKVW) am Montag bestätigte sich dies, wie das Rössle von sich aus publik machte. Man werde den Einlass der Gäste in Innenräume nicht auf Genesene, Geimpfte und negativ Getestete beschränken. Am Donnerstag wurde nun ein weiterer Besuch des ALKVW erwartet.

Doch die Landespolizei kam dem zuvor. Laut einer Nachricht der Wirtin Doris Öhri, die am Mittwochabend via Telegramm verbreitet wurde, seien die Wirte bei der Polizei vorgelesen worden. Diese habe ihnen die behördliche Schliessung kommuniziert. Die Pressesprecherin der Landespolizei, Sibylle Marxer, bestätigte die Schliessung gegenüber dem «Volksblatt». Auf Ersuchen des ALKVW sei am Mittwochnachmittag der Rössle-Wirtin eine Verfügung zur Schliessung der Gaststätte polizeilich zugestellt worden. Die Schliessung wurde «bis auf Weiteres» verhängt. Dass die Verfügung durch die Polizei und bereits einen Tag früher überreicht wurde, sei eine taktische Massnahme der Landespolizei gewesen, um möglichen Konflikten vorzubeugen.

## Grösserer Polizeieinsatz

Dieser Plan ging nur bedingt auf. Zu einem Anlauf von Massnahmegegner



Bereits am Vormittag war die Terrasse gut gefüllt, als die Polizei kam, waren fast alle Tische besetzt. (Foto: Paul Trummer)

nern kam es nämlich dennoch. Am Donnerstagvormittag versammelten sich auf der Terrasse des Restaurants zahlreiche Personen. Augenscheinlich handelte es sich dabei auch um viele Gäste aus dem Ausland. Wie auf Bildern und Videos in den sozialen Medien zu sehen war, wurden die Gäste trotz verfügbarer Schliessung mit Speis und Trank bewirtet.

Am Nachmittag kam es schliesslich zu einem grösseren Polizeieinsatz beim Rössle. Auch die Schweizer Grenzwaache war vor Ort. Man habe festgestellt, dass der Landgasthof Rössle trotz der Schliessungsverfügung geöffnet ist und zahlreiche Gäste im Innen- und Aussenbereich bewirtet werden, teilte die Landespolizei am Abend in einer Aussendung mit. Demnach hätten sich im Verlaufe des Tages immer mehr, auch über soziale Medien mobilisierte Gäste beim Landgasthof Röss-

le eingefunden. «Im Rahmen der Polizeiaktion wurden zahlreiche Personenkontrollen durchgeführt, die Gaststätte geschlossen und amtlich versiegelt», schreibt die Landespolizei. Bei den Kontrollen seien «mehrere Angehörige der Reichsbürgerbewegung» festgestellt worden. «Eine Person wurde zur Identitätsfeststellung ins Polizeigebäude verbracht», so die Polizei. Der Einsatz sei aber ruhig und ohne Zwischenfälle abgelaufen.

## Öhri will zum ICC

Die Restaurant-Eigentümerin werde von der Landespolizei beim ALKVW verzeigt. Durch den Verstoß gegen die Schliessungsverfügung droht der Wirtin nun weiteres Ungemach. Die Konsequenzen könnten bis zum Entzug der Gewerbebewilligung reichen. Für Doris Öhri scheint das alles aber keine reale Bedrohung zu

sein. Sie ist überzeugt, dass es keine rechtliche Grundlage für die 3G-Regel gibt. Dem widersprach Gesundheitsminister Manuel Frick zuletzt am Mittwoch an einer Medienkonferenz: Die Bestimmungen in der Coronaverordnung seien klar und auf gesetzlicher Ebene breit abgestützt. «Etwa auf dem Gesundheitsgesetz, dem Epidemiengesetz und weiteren Gesetzen. Diese sind in der Verordnung aufgelistet», so Frick.

Das «Volksblatt» meldete sich am frühen Nachmittag telefonisch beim Landgasthaus Rössle, um zu erfahren, ob die Wirte ein Rechtsmittel gegen die Schliessungsverfügung einlegen wollen. Öhri behauptete auf Anraten eines Gastes im Hintergrund, es gebe gar keine Verfügung. «Weil es gegen die Menschenrechte verstösst.» Man werde vor den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) ziehen.

## **Rössle International gesuchter Mann verhaftet**

**VADUZ/RUGGELL** Im Zuge des Polizeieinsatzes beim Ruggeller Restaurant Rössle ging der Landespolizei am Donnerstag ein international gesuchter Deutscher ins Netz. Der 61-Jährige sei von Österreich zur Verhaftung ausgeschrieben, teilte die Landespolizei am Freitag mit. Gesucht werde er wegen der Verbrechen der Gründung einer staatsfeindlichen Verbindung, der Anstiftung zum Missbrauch der Amtsge-

walt, der Erpressung, des schweren gewerbmässigen Betruges und weiterer Tatbestände. Er befindet sich nun in Haft.

### **20 bis 30 Personen kontrolliert**

Der Landgasthof Rössle war am Mittwoch wegen vorsätzlichem Verstoss gegen die 3G-Pflicht behördlich geschlossen worden. Trotz der zugestellten Verfügung wurden am Donnerstag aber weiterhin Gäste bewir-

tet. Die Landespolizei setzte daraufhin die Schliessung des Lokals durch. Im Rahmen der Polizeiaktion wurden zahlreiche Personen kontrolliert. Wie Polizeisprecherin Sibylle Marxer auf «Volksblatt»-Anfrage erklärte, seien zum Zeitpunkt des Eintreffens der Landespolizei noch 20 bis 30 Personen vor Ort gewesen. Darunter mehrere Personen mit Wohnsitz in Österreich, Deutschland und der Schweiz. (red/pd)

# «Die Tonalität ist aggressiver geworden»

Drohmails an Politiker und Nazi-Vergleiche an der Coronademo: Polizeichef Jules Hoch erklärt, wie das die Polizeiarbeit derzeit prägt.

Interview: Valeska Blank

**Coronademos, Impfgegner und Hass auf den sozialen Medien: Herr Hoch, ist die Polizeiarbeit in den vergangenen Monaten schwieriger geworden?**

**Jules Hoch:** Ja. Seit ein paar Wochen ist die Landespolizei mit einer neuen Lage konfrontiert. Die Pandemie war in unserem Land bis nach den Sommerferien von Themen wie dem Schutz von Risikogruppen und der Gefahr einer Überlastung des Gesundheitswesens geprägt. Die öffentliche Sicherheit spielte eine untergeordnete Rolle und die Landespolizei war daher im polizeilichen Tagesgeschäft nur am Rande von der Pandemie tangiert. Doch mit der Verfügbarkeit der Impfung und der Lancierung der Impfkampagne hat sich die Situation geändert.

**Ist die Stimmung gekippt?**

Ja, absolut. Bevor die Impfung verfügbar war, waren alle quasi im selben Boot. Alle waren gleich betroffen von Lockdown und «Winterruhe». Seit die Impfung als Weg aus der Pandemie zur Verfügung steht und auch unsere Regierung den Impfdruck mit der Einführung der 3G-Regelung und dem voraussichtlichen Ende der staatlichen Übernahme der Testkosten erhöht hat, steigen auch bei uns die gesellschaftlichen Spannungen. Es ist in der Liechtensteiner Bevölkerung eine starke Polarisierung feststellbar.

**Am lautesten bemerkbar machen sich Personen, die gegen die Impfung sind. Wer sind diese Menschen?**

In der massnahmenkritischen und impfskeptischen Bewegung beobachten wir eine bunte Mischung an Personen und Ideologien. Das geht von Staatskritikern, die jegliche Einmischung und staatliche Intervention ablehnen, über Libertäre hin bis zu Esoterikern und religiösen Eiferern. Andererseits sind auch ganz normale Leute dabei, die dem Impfstoff misstrauen, einfach verunsichert sind und sich darum nicht impfen lassen wollen. All diese fühlen sich jetzt aufgrund der 3G-Regel ausgegrenzt, sozial isoliert und stigmatisiert. Das führt natürlich zu starken Emotionen.

**Wie spüren Sie das in der täglichen Arbeit?**

Der Unmut entlädt sich beispielsweise in den sozialen Medien – oder auch in Droh- und Schimpfmails an politische Exponenten unseres Landes.

**Wie geht die Polizei damit um?**

Solche Äusserungen und Schreiben werden überprüft, etwa durch unser Bedrohungsmanagement. Dieses Team ist derzeit dabei, solche Fälle anzuschauen und das Gewalttrisiko zu bewerten.

**Wie viel Arbeit bescheren Ihnen die Coronademos, die derzeit jeweils montags auf dem Peter-Kaiser-Platz vor**



«Sprachliche Entwertungen und Hassbotschaften können konkreten Gewalttaten den Weg bereiten»: Jules Hoch. Bild: D. Schwendener

**dem Regierungsgebäude stattfinden?**

Auch diese beschäftigen uns natürlich stark. Vor allem die erste Demonstration am 10. September war für uns eine Herausforderung, da wir nicht wussten, was uns erwartet. Sie verlief dann erfreulicherweise friedlich, wobei sie den Organisatoren aus dem Ruder gelaufen ist. Das Mikrofon unkontrolliert für Beschimpfungen und Hassreden freizugeben, leistet definitiv keinen Beitrag zu einer kritischen, aber konstruktiven Auseinandersetzung.

**Was ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?**

Unsere Regierung wider besseres Wissen als Kriegsverbrecher und Psychopathen zu beschimpfen und «Nazi-Vergleiche» anzustellen, ist böswillig und gefährlich. Die Tonalität hat sich verschärft, ist aggressiver und respektloser geworden. Dies aber nicht nur an Demonstrationen, sondern wie gesagt auch in den sozialen Medien.

**Macht Ihnen das Sorgen?**

Ja. Wenn man unseren demokratischen Rechtsstaat als Diktatur und gewählte Regierungsmitglieder als Diktatoren, Psychopathen und Kriegsverbrecher betitelt, so impliziert man ja damit quasi ein Widerstandsrecht. Diese bewusste Umdeutungen der Wirklichkeit und das Befeuern von Emotionen in den Chats bzw. Echoräumen sozialer Medien ist gefährlich, kann diese verzerrte Wahrnehmung doch bei einzelnen durchaus einen Radikalisierungsprozess in Gang setzen. Sprachliche Entwertungen und Hassbotschaften können konkreten Gewalttaten den Weg bereiten.

**Wie geht die Polizei mit dieser Gefahr um? Haben Sie potenzielle Gefährder auf dem Radar?**

Ja, wir beschäftigen uns mit einigen Personen intensiver. Allerdings können wir nicht alle sozialen Medien und Chatrooms permanent kontrollieren. Die Landespolizei ist daher auch auf Hinweise von kritischen Nutzern und Nutzerinnen angewiesen. Wie in der realen Welt gilt auch hier: «Bei Verdacht Anruf».

**Werden diese Menschen von Ihnen kontaktiert?**

Ja, unser Bedrohungsmanagement kontaktiert Personen, die uns aufgrund ihre Aussagen in den sozialen Medien aufgefallen oder gemeldet worden sind. Mit diesem Ansprechen wollen wir verhindern, dass ein Prozess in Gang kommt oder sich fortsetzt und verbale Aggressionen in tatsächliche Gewalt mündet.

**Was macht die Polizei, wenn sie auf einen heiklen Beitrag stösst, von dem eine potenzielle Gefahr ausgehen könnte?**

Dann schreiben wir den Verfasser oder die Verfasserin an und weisen darauf hin, dass der Beitrag aus polizeilicher Sicht problematisch ist. Allenfalls wird der Beitrag auch der Staatsanwaltschaft zur rechtlichen Prüfung weitergeleitet.

**Post von der Landespolizei – das ist für viele Verfasser sicher ein Schuss vor den Bug.**

Diese Wirkung ist erwünscht. Wir wollen klarstellen, dass die sozialen Medien und Chatgruppen keine rechtsfreien Räume sind, in denen man sagen kann, was man will. Wir wollen die Verfasser, die zu weit gehen, darum schriftlich darauf hinweisen, dass sie eine Grenze überschritten haben, dass wir ihre Beiträge allenfalls an die Staatsanwaltschaft wei-

terleiten und möglicherweise mit einem Strafverfahren zu rechnen ist.

**Verlassen wir den virtuellen Raum. Musste die Polizei auch schon im «echten Leben» eingreifen – beispielsweise in einem Restaurant, weil ein Gast die 3G-Regel nicht befolgen wollte?**

Der Fall des Hoteldirektors in Malbun, der tätlich von einem Gast angegriffen wurde, ist ja bekannt, genauso wie der «Fall Rössle». Ansonsten ist uns kein Fall von Widerstand gegen die 3G-Regel aus der hiesigen Gastronomie bekannt.

**Stichwort «Rössle»: War Ihnen schon im Vorfeld bekannt, dass Vertreter aus gewissen Gruppierungen anreisen werden, um gegen**

**«Das Mikrofon für Hasstiraden freizugeben, leistet keinen Beitrag zu einer kritischen, aber konstruktiven Auseinandersetzung.»**

**die Schliessung zu protestieren?**

Ja, uns war bekannt, dass im Hinblick auf eine erneute Kontrolle der Behörden im Internet mobilisiert wurde. Darum mussten wir davon ausgehen, dass unterstützende Personen vor Ort sein würden – auch aus dem Ausland.

**Letztlich ist in Ruggell alles mehr oder weniger friedlich abgelaufen. Hätte es auch zur Eskalation kommen können?**

Möglich ist das immer – es gibt ja auch militante Coronakritiker und -kritikerinnen. Darum sind wir auch in entsprechender Personalstärke aufgetreten. Als wir feststellten, dass mehrere Exponenten der sogenannten Reichsbürgerbewegungen vor Ort sind, haben wir noch zusätzlich Unterstützung des Grenzwachkorps angefordert.

**Letztlich wurde ein Mann festgenommen, der jetzt in vorläufiger Auslieferungshaft in Vaduz sitzt. Warum ist er der Polizei in Ruggell aufgefallen?**

Das Spezielle an Vertretern der genannten Bewegung ist, dass sie oft keinen Identitätsnachweis bei sich tragen, sondern eine «Lebenderklärung». Von daher war es naheliegend, dass wir diese Personen genauer überprüfen. Bei einer Person ergab sich dabei der Verdacht, dass es sich um eine gesuchte Person handeln könnte, weshalb sie zur Identitätsfeststellung auf den Polizeiposten in Vaduz verbracht wurde. Es stellt sich dann heraus, dass es tatsächlich die von der österreichischen Justiz gesuchte Person war.

**Mit den Demonstrationen auf dem Peter-Kaiser-Platz soll es noch weitergehen. Blickt man beispielsweise auf die Stadt Bern, können solche Demos auch eskalieren. Wäre die Landespolizei auf so etwas vorbereitet?**

Natürlich sind wir entsprechend aufgestellt und wären auch parat, falls es zu unfriedlichen Zwischenfällen kommen sollte. Bis jetzt haben wir die Kundgebungen vor dem Regierungsgebäude aber als grundsätzlich friedlich erlebt. Die Veranstalter haben sich an die Vorgaben der Regierungskanzlei gehalten. Wir haben auch jeweils Kontakt zu den Veranstaltern. Wir haben darum im Moment keine Veranlassung, von einer Eskalation auszugehen und mit Gewalttätigkeiten zu rechnen.

**Sie sind schon über 20 Jahre bei der Landespolizei. Diese Demo-Kultur ist neu für unser Land, oder?**

Ja, das ist auch für mich neu und speziell. Bei uns in Liechtenstein ist es nicht so üblich, dass man seinen Standpunkt auf der Strasse vertritt. Dass sich die Menschen jetzt so öffentlich zeigen und äussern, zeigt, wie emotional geladen die Lage im Moment ist und wie sehr die aktuelle Pandemie auch die Menschen in Liechtenstein bewegt.

# Reichsbürger-Anführer wollte Ableger in Liechtenstein gründen

Die Polizei verhaftete während der «Rössle»-Schliessung die zentrale Figur einer staatsfeindlichen Bewegung.

Dorothea Alber, Elias Quaderer

An dem Tag im September, an dem das «Rössle» seine Türen vorläufig schliessen musste, klickten die Handyschellen für einen 61-Jährigen. Seit Juni des vergangenen Jahres wird er per europäischem Haftbefehl gesucht. Doch wer ist der ominöse Mann? Der Landespolizei ging ein dicker Fisch ins Netz: Sie hat den deutschen Carl-Peter Hofmann verhaftet, Gründer und zentrale Figur einer staatsfeindlichen Bewegung namens Global Court of the Common Law – kurz GCCL. Seine Anwesenheit in Liechtenstein war – anders als viele vermuten würden – kein Zufall. Dem Vernehmen nach wollte der gebürtige Münchner einen Ableger seiner Bewegung im Land gründen und organisierte dafür im September mindestens ein Treffen unter Gleich-

gesinnten im Landgasthof Rössle in Ruggell. Für die Ideologien, die Hofmann vertritt, findet er auch in Liechtenstein glühende Anhänger. Konkret erkennt die Gruppierung, die auf einer rechten Schiene fährt, souveräne Staaten und ihre Institutionen nicht an. Stattdessen lehnt sich der Pseudo-Gerichtshof «stark an biblische Grundsätze» und stellt diese über die staatlichen Gesetze», wie das Bundesministerium für Inneres und der Verfassungsschutz in Österreich auf Anfrage erklären.

## GCCL-Mitglieder in Salzburg verurteilt

Im Fall Carl-Peter Hofmann, der in Vaduz auf seine Auslieferung wartet, besteht eine Verbindung zu vier Staatsverweigerern in Österreich, die sich dem GCCL angeschlossen hatten und vom Salzburger Landesgericht im

Frühling verurteilt wurden. Den Ermittlern zufolge plante der Pseudo-Gerichtshof, staatliche Entscheidungsträger, Beamte, Politiker oder Privatleute durch selbst ernannte «Sheriffs» gefangen zu nehmen, zu entführen und durch eigene Richter zu verurteilen. Während dieses Ansinnen für die vier Österreicher mit einer bedingten Haftstrafe endete, konnte Hofmann als GCCL-Anführer untertauchen. Unbehelligt soll er sich in der Schweiz aufhalten oder in abgelegenen Landgasthöfen munter über seine Ideologien referiert haben. Die Ermittlungen gegen Hofmann führt – wie bei den Staatsverweigerern in Salzburg auch – die Staatsanwaltschaft in Graz. Sie legt Hofmann einige mutmassliche Verbrechen zur Last: Gründung einer staatsfeindlichen Verbindung, Erpressung und schwerer gewerbsmässiger

Betrug zum Beispiel. Das sind nicht die einzigen Tatbestände. Mediale Aufmerksamkeit war ihm vor allem durch seinen Fantasiegerichtshof gewiss.

## «Eine Überstellung wurde veranlasst»

Hofmann hat sein «internationales Gericht» 2016 in Deutschland mit rund 20 Anhängern gegründet. Heute zählt die staatsfeindliche Bewegung aktive Gruppierungen in mehreren Ländern Europas. Neben Österreich und England gab es zeitweise alleine in der Schweiz bis zu sechs «Ableger». Der Reichsbürger-Anführer wartet nun in Vaduz auf seine Auslieferung. «Der Antrag wurde gestellt. Eine Überstellung nach Österreich wird auf justizieller Ebene veranlasst bzw. durchgeführt», bestätigen österreichische Behörden. 3

# Staatsverweigerer organisieren sich

Die Bewegung des Pseudogerichts «GCCL», welche alle staatlichen Institutionen und Gesetze ablehnt, findet Unterstützer in Liechtenstein.

Elias Quaderer

«Liebe Freunde, wir vom GCCL Liechtenstein treffen uns am Sonntag um 17 Uhr im Rössle Ruggell zum Informationsaustausch und Fragerunde. CP ist auch dort.» Diese Nachricht kursierte vor gut einem Monat – just in der Woche, bevor das «Rössle» von der Polizei geschlossen wurde – auf den Plattformen der Coronamassnahmengegner Liechtensteins.

Hinter der Einladung steckt eine Gruppierung der Staatsverweigerer – in Deutschland und der Schweiz auch als «Reichsbürger» bekannt. Diese Bewegung erkennt weder staatliche Strukturen noch Justiz oder Gesetze an.

Für viele handelt es sich bei Staaten nur um Firmen oder Vereine. Besonders eifrig sind die Staatsverweigerer bei der Gründung eigener Gerichtshöfe. Und um ein solches Pseudogericht handelt es sich beim «GCCL» – dem «Global Court of Common Law». Hinter der Abkürzung «CP» steht der Gründer des Gerichtshof: Carl-Peter Hofmann. Er ist der 61-jährige Deutsche, den die Landespolizei im Zuge der «Rössle»-Schliessung verhaftete.

## Von Bern über Salzburg nach Liechtenstein

Ursprünglich soll Hofmann 2016 sein Gericht mit 20 weiteren Anhängern in Deutschland gegründet haben. Doch zwischenzeitlich ist die Bewegung

in zahlreichen Staaten Europas aktiv. Carl-Peter Hofmann selbst tauchte ein Jahr nach der Gründung seines Pseudogerichts im Kanton Bern auf.

Der «Bund» berichtete damals, wie der Deutsche Referate darüber hielt, wie sein Gericht die Strafverfolgung gegen Journalisten, Bankangestellte, Staatsanwälte und Richter aufnehmen werde. Dabei wurde Hofmann nicht müde zu behaupten, dass die Mehrzahl der Richter und Staatsanwälte pädophil sei.

Vier Jahre später: Im Frühjahr 2021 standen vier Anhänger des GCCL vor dem Salzburger Landesgericht. Sie planten, Staatsanwälte, Richter und Politiker zu entführen und vor ihrem «eigenen» Gerichtshof zu verurteilen. Die vier Angeklagten erhielten bedingte Haftstrafen, während Carl-Peter Hofmann untertauchte.

Im September lenkte der GCCL-Chef nun offenbar seine Aufmerksamkeit auf Liechtenstein. In einer Sprachnachricht, die Hofmann unter dem Pseudonym «Charly Polo» in den Chats der Massnahmengegner des Landes verbreitete, erklärte der 61-Jährige, dass er die Liechtensteiner Verfassung studiert habe. «Wir haben die Möglichkeit, etwas dagegen (gegen die Coronamassnahmen, Anm. d. Redaktion) zu un-



Der Gründer des «GCCL» wurde vor drei Wochen im Ruggeller Gasthaus Rössle verhaftet. Bild: Marco Ritter

nehmen», erklärte Carl-Peter Hofmann.

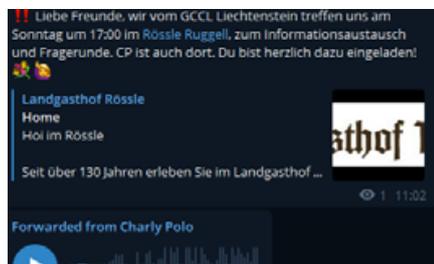
## GCCL-Anhänger und «Richter» in Liechtenstein

Die Legitimation für seinen eigenen Gerichtshof leitet der GCCL-Gründer aus kruden Interpretationen des englischen Gewohnheitsrechts und Bibelpassagen ab. Analog zu anderen Reichsbürger-Gruppierungen unterscheiden die GCCL-Anhänger zwischen «Menschen» und «Personen». Während

«Personen» an Staaten gebunden seien und damit zum Beispiel Steuern zahlen müssten, hätten sich «Menschen» quasi vom Staat abgemeldet und sich damit auch der Steuerpflicht entledigt. Um den Übergang zum «Menschen» zu belegen, soll das GCCL eigene Dokumente ausstellen: die «Lebend-erklärung», welche Fingerabdrücke, Blut und Speichel einer Person umfasst. Daneben verfügt der Pseudogerichtshof auch über eigene «Amtsträger» wie

«Sheriffs» und «Richter». Laut «Salzburg 24» ziehe der GCCL auch «Solidaritätsbeiträge» seiner Mitglieder ein.

Wie es aus informierten Kreisen heisst, habe das «globale Gericht» in Liechtenstein bereits eine Unterstützergruppe von schätzungsweise zwanzig Personen gefunden. Einige davon sollen sich auch bereits der Ämterhierarchie Hofmanns untergeordnet haben und bezeichnen sich nun selbst als «Richter».



Werbung für das Pseudogericht «GCCL» auf den Plattformen der Coronamassnahmengegner. Bild: zvg

# Verschwörer im Visier der Ermittler

Die Landespolizei ermittelt im Fall der Reichsbürger-Bewegung GCCL, welche in Liechtenstein Fuss fassen wollte – oder weiterhin will.

Dorothea Alber

Es war ein Tag im September. Ein Internetvideo mit dem Titel «Eines Tages im schönen Liechtenstein» zeigt, wie der Gründer und die zentrale Figur einer Reichsbürger-Bewegung vor dem «Rössle» in Ruggell von der Landespolizei verhaftet wird. Als die Beamten den Mann mit weissem Bart und rotem T-Shirt zum Auto geleiten, will eine Gruppe – es sind offenbar Anhänger dieser Bewegung – sanften Widerstand leisten. «Alle herkommen und vor das Auto stehen», ruft jemand. Der Polizeiwagen manövriert langsam, vorsichtig im Schritttempo an den aufgebracht Menschen vorbei. Die idyllischen Berge im Hintergrund, der sonnige Herbsttag und das saftige Grün der Wiesen können nicht darüber hinwegtäuschen, welche Gallionsfigur am 23. September verhaftet wurde, die in Ruggell aktiv werden wollte. Es geht um Carl-Peter Hofmann, Gründer der staatsfeindlichen Bewegung namens Global Court of the Common Law – kurz GCCL. Er wurde per europäischem Haftbefehl gesucht.

## Landespolizei ermittelt in Liechtenstein

Der gebürtige Münchner war offenbar nicht einfach nur auf der Durchreise. Dem Vernehmen nach wollte er mit einem GCCL-Ableger im Land Fuss fassen. Für die Ideologien, die Hofmann vertritt, findet er auch in Liechtenstein glühende Anhänger. Konkret erkennt die Gruppierung souveräne Staaten und ihre Institutionen nicht an. Stattdessen lehnt sich der Pseudo-Gerichtshof stark an biblische Grundsätze und stellt diese über die staatlichen Gesetze. Die Staatsverweigerer beschäftigen nun auch Ermittler in Liechtenstein. «Die Staatsanwaltschaft hat die Landespolizei mit Vorerhebungen wegen des Verdachts des Verge-



In Deutschland beteiligen sich Reichsbürger-Bewegungen an Coronaprotessen. Die Pandemie war ein Treiber für Reichsbürger und andere Bewegungen – auch in Liechtenstein. Bild: Keystone

hens der staatsfeindlichen Bewegung beauftragt», bestätigt Frank Haun, Stellvertreter des Leitenden Staatsanwalts. Die Vorerhebungen sind noch nicht

abgeschlossen. Bei den Staatsverweigerern drängt sich dabei die Frage auf: Sind sie harmlose Querulanten oder geht eine ernst zu nehmende Gefahr von

ihnen aus? Ein Fall in Deutschland zeigt eine gewisse Gewaltbereitschaft: Ein Reichsbürger in Nürnberg hat 2016 einen SEK-Beamten erschossen, als

die Polizei ihm seine Waffen abnehmen wollte. Journalist Uwe Ritzer berichtete damals für die «Süddeutsche Zeitung». Er sagt heute: «Die Gewaltberei-

## Die Reichsbürger-Szene wächst

In Deutschland zeigt sich: Das Personenpotenzial der Reichsbürger ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Das geht aus dem aktuellsten Verfassungsschutzbericht hervor. Dabei haben die Coronamassnahmen zu einer erhöhten Dynamik und Aktivität in Teilen der Reichsbürger- und Selbstverwalter-Szene geführt. Mitunter begnügen sie sich laut Be-

richt aber nicht mehr damit, im Zusammenhang mit «Hygiene-Demonstrationen» ihren Protest zu äussern, sondern wenden teilweise auch zumeist einfache körperliche Gewalt an, beispielsweise gegen eingesetzte Polizeikräfte. Reichsbürgern und Selbstverwaltern wurden in Deutschland im vergangenen Jahr 772 politisch motivierte Straftaten zugerechnet.

## Wofür der GCCL stehen will

Der Global Court of the Common Law (GCCL), der in mehreren Ländern aktiv ist, war für eine Stellungnahme bisher nicht zu erreichen. Carl-Peter Hofmann hielt im Jahr 2017 gegenüber der Tageszeitung «Der Bund» fest, dass der GCCL eine «völkerrechtliche Körperschaft» und «kein Fantasiegericht» sei. Staaten seien lediglich «Konstrukte» und

«eingetragene Firmen». Hofmann schreibt zudem, dass sich Richter entmenslicht hätten. «Daher ist die logische Schlussfolgerung, dass sie nicht mehr Menschen im biblischen Sinne sind.» Die Überzahl der Richter und Staatsanwälte seien pädophil. Der GCCL hat daher sein eigenes Gericht ausgerufen. Dieses basiert auf einer sieben-seitigen Verfassung. (dal)

schaft solcher Bewegungen nimmt im Zuge der Pandemie einigermassen rasch zu.»

## Welche Gefahr geht von Reichsbürgern aus?

Das bestätigen auch Extremismus-Experten. «Reichsbürger sind durchaus auch bereit, Gewalt einzusetzen, um die Demokratie und ihre Institutionen wie beispielsweise die Polizei zu bekämpfen», sagt etwa der Schweizer Rechtsextremismus-Experte Dirk Baier. Er ist Professor an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Jugendkriminalität, Gewaltkriminalität und Extremismus.

Doch zurück nach Ruggell: Warum kommt ein kleiner Landgasthof in einer Gemeinde mit knapp 2300 Einwohnern für den Treffpunkt des GCCL infrage? Ländliche Orte scheinen ein guter Nährboden zu sein. «Für die Schweiz lässt sich unter anderem auf Basis einer Jugendbefragung, die wir vor drei Jahren durchgeführt haben, folgern, dass rechtes Denken eher in den ländlichen Regionen, linkes Denken eher in den Städten verbreitet ist», sagt Baier. Wie Rechtsextremisten werden auch die Reichsbürger in der Schweiz existiert und vernetzt sein, «wenngleich wir das Ausmass derzeit nicht einschätzen können», sagt Baier.

Bei den Schweizer Behörden fliegen sie teilweise unter dem Radar. Das Bundesamt für Polizei «Fedpol» sagte auf Anfrage: «Wir sind nicht zuständig» und verwies auf den Nachrichtendienst des Bundes (NDB). Die Ermittlungen der Landespolizei könnten das Ausmass zumindest hierzulande aus dem Verborgenen holen. Wer eine staatsfeindliche Bewegung gründet oder sich in einer solchen führend betätigt, dem droht in Liechtenstein eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren.

## Nachgefragt

# «Die Gewaltbereitschaft ist zweifellos gegeben»

Dirk Baier ist Professor an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Der Schweizer Extremismus-Experte spricht über die Gewaltbereitschaft der Reichsbürger-Bewegungen.

## Sind die Schweizer «Reichsbürger» bloss harmlose Querulanten?

Dirk Baier: Reichsbürger sind nicht nur harmlose Querulanten. Von aussen betrachtet mögen die Ansichten dieser Personen als «Spinnereien» abgetan werden. Sie lehnen aber einerseits deutlich die bestehenden demokratischen Strukturen und Regeln ab; zudem sind sie – wenn nötig – auch bereit, Gewalt einzusetzen, um die De-

mokratie und ihre Institutionen wie beispielsweise die Polizei zu bekämpfen. Beides zusammen rechtfertigt, sie als extremistisch einzustufen. In Deutschland stehen die Reichsbürger und Selbstverwalter daher mittlerweile auch unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Und in Deutschland gibt es Vorfälle von schwerer Gewalt, welche die Gefährlichkeit der Reichsbürger unterstreichen. Ein zentrales Problem in dieser Hinsicht ist die hohe Affinität der Gruppierung zu Schusswaffen.

Gibt es eine Gewaltbereitschaft oder Affinität, seine Ideologien mit Gewalt zu verteidigen?

Die Gewaltbereitschaft ist zweifellos gegeben. Reichsbürger wollen ihre Ideologie aber nicht nur verteidigen, sondern auch andere für ihre Ideologie gewinnen, wofür Internet und soziale Medien eingesetzt werden. Dadurch, dass Reichsbürger die bestehende Ordnung nicht respektieren, kommt es immer wieder zu Konflikten, beispielsweise zwischen Behörden und Reichsbürgern – und diese Konflikte können eskalieren und zu Gewalt führen.

## Sind Reichsbürger-Gruppierungen Sammelbecken für Rechtsextreme oder Rechtsradikale?

Die Schnittmenge zwischen Reichsbürgern und Rechtsex-

tremen ist gross. Dies liegt u. a. in der Verklärung der Vergangenheit und im Bezug zum «Deutschen Reich». Zudem eint beide verschwörungstheoretisches, antisemitisches und völkisches Denken. Gleichwohl sind die Gruppen nicht deckungsgleich. Reichsbürger sind zum Beispiel im Durchschnitt ältere Personen, aktive Rechtsextremisten eher junge Personen.

## Welchen Einfluss haben die Coronamassnahmen auf solche Bewegungen, und waren diese ein Brandbeschleuniger?

Aus meiner Sicht hatten die Coronamassnahmen zunächst einen deutlichen Effekt auf die

Aktivierung und Verbreitung von Verschwörungstheorien. Viele Menschen konnten sich die neue Situation und die stark einschneidenden Massnahmen nicht erklären und haben dann Halt in Verschwörungstheorien gefunden. Diese wiederum sind aber nachweislich ein Treiber



Dirk Baier, Extremismus-Experte an der ZHAW. Bild: pd

für extremistisches Denken, weil sie klare Freund-Feind-Bilder liefern. So wurden die politischen Entscheidungsträger zu Feinden erklärt, weil sie sich bereichern wollen. Dadurch kommt es zu einer Abkehr von der Politik und der Demokratie, was letztlich auch den Zulauf zu extremistischen Bewegungen verstärken kann. Insofern ist die Pandemiezeit durchaus ein Treiber für die Reichsbürger und andere Bewegungen. Meines Erachtens sollten wir den Effekt der Pandemie in dieser Hinsicht aber auch nicht überschätzen; es ist immer nur ein sehr kleiner Teil der Menschen, der sich dann in Reichsbürger und anderen Bewegungen engagiert. (dal)

# Reichsbürger kommt nächste Woche vor Gericht

Am 28. Oktober wird die Auslieferung des Staatsverweigerers Carl-Peter Hofmann verhandelt.

Elias Quaderer

Im Rahmen der behördlichen Schliessung des Ruggeller Gasthofs Rössle nahm die Landespolizei auch eine Person fest, die seitens Österreichs international zur Verhaftung ausgeschrieben wurde. Ihm wird eine Reihe von Straftaten vorgeworfen: Gründung einer staatsfeindlichen Verbindung, Anstiftung zum Missbrauch der Amtsgewalt, Erpressung und schwerer, gewerbsmässiger Betrug. Derzeit befindet sich der Deutsche in Vaduz in Auslieferungshaft.

Wie das Obergericht gestern mitteilte, wird seine Auslieferungsverhandlung nächste Woche, am 28. Oktober, stattfinden. Das Auslieferungersuchen stellte die Staatsanwaltschaft Graz.

## Polizei ermittelt wegen «GCCL Liechtenstein»

Vergangene Woche wurde öffentlich bekannt, dass es sich beim Verhafteten um eine bekannte Grösse in der Reichsbürger-Szene handelt: Carl-Peter Hofmann. Der 61-jährige



Der international gesuchte Deutsche befindet sich derzeit in Auslieferungshaft.

Bild: Elma Korac

Deutsche ist Gründer des Pseudogerichts «Global Court of the Common Law», kurz GCCL. Die Anhänger des «globalen Gerichts» erkennen souveräne Staaten und ihre Institution nicht an. Stattdessen leitet die Bewegung aus Bibelpassagen eine Legitimation ab, selbst Recht zu sprechen. Die Ideologie Carl-Peter Hofmanns findet

auch in Liechtenstein Anhänger. Auf den Coronamassnahmen-skeptischen Kanälen Liechtensteins wurde zu einer Versammlung des «GCCL Liechtenstein» eingeladen, an der auch Hofmann anwesend war.

Wie es aus informierten Kreisen heisst, soll im Fürstentum die Unterstützergruppe des

GCCL rund zwanzig Personen umfassen.

Seit vergangener Woche beschäftigt sich die Landespolizei mit den Staatsverweigerern. So bestätigte die Staatsanwaltschaft auf Anfrage, dass die Polizei mit Vorerhebungen beauftragt wurde – wegen des Verdachts des «Vergehens der staatsfeindlichen Bewegung».

**Versoben**

**«Reichsbürger»  
erst im November  
vor Gericht**

**VADUZ** Als die Landespolizei am 23. September den Landgasthof Rössle in Ruggell schloss, nahm sie vor Ort einen international gesuchten Deutschen fest (das «Volksblatt» berichtete ausführlich). Die Staatsanwaltschaft Graz beantragte die Auslieferung. Die entsprechende Verhandlung vor dem Obergericht wurde nun vom 28. Oktober auf den 2. November verschoben, wie das Obergericht am Donnerstag mitteilte. Dem 61-jährigen Carl-Peter Hofmann werden das Verbrechen der Gründung einer staatsfeindlichen Verbindung, Anstiftung zum Amtsmissbrauch, Erpressung und schwerer gewerbsmäßiger Betrug vorgeworfen. Hofmann ist ein bekanntes Gesicht aus dem «Reichsbürger»-Milieu. Er ist der Gründer des Fantasiegerichtshofs Global Court of the Common Law (GCCL). Seine Mitglieder anerkennen weder die Justiz noch die Gesetze des Staates, sondern berufen sich auf die Existenz von biblischen Grundsätzen und eines «Gesetzes der Natur». Vier GCCL-Mitglieder mussten sich im Frühjahr vor dem Landesgericht Salzburg verantworten. Sie wurden wegen Beteiligung an einer «staatsfeindlichen Verbindung» schuldig gesprochen und zu teilbedingten Haftstrafen verurteilt. Sie sollen geplant haben, Rechtsanwälte, Richter, Politiker und Beamte zu «verhaften» und vor ihr eigenes Pseudogericht zu stellen. Zu den Straftaten ist es aber nicht gekommen. Die Angeklagten sagten im Prozess aus, sie hätten sich stark vom GCCL-Gründer Hofmann beeinflussen lassen. Dieser war zu diesem Zeitpunkt untergetaucht. (red)

# Inland

Liechtensteiner Vaterland | Samstag, 23. Oktober 2021

## «Neinsagen als einziger Ausweg»

Der Fall des Landgasthofs Rössle sorgte in den vergangenen Wochen für Aufsehen. Der offene Widerstand von Einzelnen wirft Fragen auf. Ein Erklärungsversuch.



Demonstrierende auf dem Peter-Kaiser-Platz vor dem Regierungsgebäude in Vaduz am 17. September.

Bild: Daniel Schwendener

Dorothea Alber

Während sich die meisten an die Coronamassnahmen halten, regt sich bei einigen Missrauten und spätestens seit der Zertifikatspflicht offener Widerstand. Das zeigt sich am Fall des Restaurants Rössle in Ruggell. Die Behörden schlossen den Landgasthof, weil er gegen die 3G-Pflicht verstossen hatte. Doch warum gefährdet ein Gastronom und Unternehmer seine eigene Existenz? Der Schweizer Forscher **Florian Kaiser**, Professor für Sozialpsychologie an der Otto-von-Guericke Universität in Magdeburg, spricht über psychologische Muster.

**Sie sind überzeugt, es ist zu einfach, wenn man Coronaleugnern und Impfgegnern attestiert, sie seien eine Gruppe von Ausgeschlossenen, Dummen oder Fehlgeleiteten. Warum?**

**Florian Kaiser:** Wir sollten bei Entscheidungen von Menschen grundsätzlich davon ausgehen, dass es jeweils verschiedene Gründe gibt, weshalb unterschiedliche Menschen dasselbe tun. Das ist auch dann nicht anders, wenn wir nach Gründen für Impfverweigerung suchen. Um ein anderes Beispiel zu nehmen: Menschen springen mit Fallschirmen aus Flugzeugen, um sich zu retten, um anderen ihren Mut zu beweisen oder um den Adrenalinkick zu geniessen. Man sollte es entsprechend tunlichst unterlassen, von einem für alle verbindlichen Grund für ein und dasselbe Verhalten auszugehen.

**Was führt einen Menschen dazu, sich gegen die Mass-**

**nahmen offen zur Wehr zu setzen?**

Es geht zunächst weniger um die Gründe als um die Rahmenbedingungen und deren Änderung. Zu Beginn der Pandemie, als nicht klar war, wie wir diese als Gesellschaft überwinden können, wurde von uns allen einiges abverlangt: Wir sollten zu Hause bleiben, die Öffentlichkeit meiden und Gesichtsmasken tragen. Danach wurden Teststationen aufgebaut und kostenlose Tests als Hilfe angeboten, um uns zumindest ein Stück weit eine gewisse Freiheit zurückzugeben.

**Inzwischen hat sich einiges verändert?**

Ja, durch die rasche Entwicklung des Impfstoffs – vor allem seitdem ausreichend Impfstoff für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung steht – hat sich die Situation massiv verändert. Die Politik setzt in dieser jüngsten Phase der Pandemie aufs Impfen und auf Anreize fürs Impfen. Das geschieht aber mit

«negativen» Anreizen. Das sind Anreize, bei denen etwas Unangenehmes weggenommen wird. Dies geschieht zum Beispiel dann, wenn Geimpfte wieder Dinge tun dürfen wie früher, die Ungeimpfte weiterhin verwehrt bleiben.

**Diese «negativen» Anreize erachten Sie aber nicht als problematisch. Warum?**

Mit «negativen» Anreizen arbeiten auch Eltern, um ihre Kinder zu erziehen, zum Beispiel mit Sätzen wie «Wenn du etwas länger aufbleiben willst, musst du in der Küche beim Aufräumen mithelfen». Wir finden sie aber auch im Strassenverkehr; wenn man sich an die Geschwindigkeitsvorschrift hält, muss man kein Busgeld bezahlen. Interessant ist aber die Frage, wie diese negativen Anreize bei Ungeimpften ankommen. Subjektiv betrachtet, dürften diese solche Anreize als Bestrafung wahrnehmen, und diejenigen, die sich nicht an der Impfkampagne beteiligen können

oder möchten, fühlen sich zunehmend härter bestraft. Dieses Gefühl ist natürlich unangenehm und löst Reaktionen aus.

**Was führt aber Unternehmer dazu, sogar ihre Existenz aufs Spiel zu setzen?**

Die als zunehmend härtere Bestrafung erlebten Massnahmen führen dazu, dass Ungeimpfte sich verstärkt unter Druck gesetzt fühlen, sich auch impfen zu lassen. Weil einem die Entscheidungsfreiheit scheinbar genommen wird, fühlt man sich mit dem Rücken zur Wand, was wiederum zu Reaktanz führt.

**Was meinen Sie damit konkret?**

Wenn die einzige Freiheit, die mir bleibt, darin besteht, Nein zu sagen, dann sage ich halt Nein. Selbst dann, wenn es unlogisch erscheint, weil man die eigene Existenz gefährdet. Neinsagen als Ausweg aus einer scheinbar alternativlosen Entscheidung, zu der man sich genötigt fühlt. Das heisst, der Druck zum Impfen wird derart ausweglos wahrgenommen, dass man sich seiner Entscheidungsfreiheit beraubt fühlt. Das Fallbeispiel des Restaurants in Liechtenstein, das Sie geschildert haben, könnte ein Beispiel für eine solche Reaktanz sein. Die zweite Möglichkeit auf als Strafe erlebte Massnahmen zu reagieren, besteht darin, den vermeintlichen «Bestrafer» ins Visier zu nehmen. Es wird also Impfverweigerer geben, die die vermeintlich Verantwortlichen hinter dem Druck zum Impfen als ihre Gegenspieler erkennen und kritisieren.

**Warum sind manche derzeit anfälliger für radikale Strömungen oder den Einfluss von radikalen Gruppierungen?**

Dies dürfte wohl frei nach der Devise «der Feind meines Feindes ist mein Freund» erfolgen. An einem bestimmten Punkt sucht man sich Hilfe da, wo man sie kriegen kann, vor allem dann, wenn man zu einer Minderheit gehört. Je kleiner die Minderheit, die sich an ein gemeinsames Feindbild klammert, desto heterogener vermutlich die Überzeugungen innerhalb der Minderheit.

**Sie sprechen vom «erlebten Raub der Entscheidungsfreiheit»: Reagieren selbständige Unternehmen möglicherweise sensibler darauf?**

Gerade bei Unternehmern hätte ich erwartet, dass diese positiv auf zunehmend restriktive Massnahmen reagieren. In Deutschland hat man den Unternehmen beispielsweise die Verantwortung zurückgegeben, ob sie 3G oder 2G einführen wollen. Etliche Fussballvereine haben sich für die 2G-Regel entschieden, weil sie damit ihre Stadien höher auslasten können. Das heisst, gerade Betriebe, die vom Publikumsverkehr leben, müssten restriktivere Massnahmen, die zu einem schnelleren Rückgang zur Normalität führen, eigentlich mit offenen Armen empfangen. Wenn aber die persönliche Position, sich nicht impfen lassen zu wollen, wichtiger wird als das Wohlergehen des Betriebes, dann kann es schon zu einem für den Betrieb irrationalen Verhalten kommen.

**In einigen Ländern werden derzeit strengere Massnahmen ergriffen: Wenn der**

**Druck steigt, was können Betroffene tun?**

Wir müssen uns zunächst im Klaren darüber sein: Bei den Ungeimpften geht es um eine Minderheit. Diese Minderheit wird umso kleiner, je grösser der Druck wird. Irgendwann wird die Politik jedoch an einen Punkt gelangen, an dem sie eine weitere Erhöhung des Anreizdrucks auf Ungeimpfte gegen die zunehmende Radikalisierung der Widerstände abwägen muss. Um erst gar nicht einen Verlust der Entscheidungsfreiheit zu erleiden, lohnt es sich für Ungeimpfte vielleicht, etwas Abstand zu gewinnen und sich auf die Dinge zu fokussieren, die sie aktiv beeinflussen können. Dabei lohnt sich auch zu fragen: Wofür kämpfe ich eigentlich, was will ich damit bewirken, erreiche ich es mit meinen Methoden und nicht zuletzt, lohnt sich dieser Kampf?

**«Diejenigen, die sich nicht impfen lassen können oder wollen, fühlen sich zunehmend härter bestraft.»**



Florian Kaiser, Professor für Sozialpsychologie

## 36 Prozent der Selbstständigen wollen sich nicht impfen lassen

Das sich gerade selbstständige Unternehmer öfters gegenüber der Coronaimpfung kritisch zeigen, scheint kein Zufall zu sein. Denn die Daten der Covid-Umfrage des Liechtenstein-Instituts deuten zumindest gewisse Unterschiede zwischen Angestellten und Selbstständigen in der Impfhaltung an. Zwar ist der Anteil der doppelt Geimpften in beiden Gruppen etwa gleich gross: Bei den An-

gestellten beträgt die Durchimpfungsquote gut 59 und bei Selbstständigen rund 57 Prozent. Doch mit Blick auf den Anteil der Impfunwilligen zeigen sich doch merkbare Unterschiede. So sagen nur 28 Prozent der befragten Angestellten, dass sie momentan nicht im Sinn haben, sich impfen zu lassen. Bei den Selbstständigen steigt dieser Wert hingegen auf 36 Prozent. (equ)

## Schwerpunkt Politische und soziale Dimension der Impffrage

# «Mehr Druck löst zwangsläufig auch mehr Trotz aus»

**Interview** Die Impffrage polarisiert. Der Politologe Christian Frommelt über die Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft, vorhandenes Impfpotenzial, die 3G-Pflicht, Corona-Demos und die Rolle der Wissenschaft in der Pandemie.

VON DAVID SELE

«Volksblatt»: Herr Frommelt, das Liechtenstein-Institut hat im September eine grosse Umfrage zum Thema Corona und Impfung in der Bevölkerung durchgeführt. Im Ergebnis zeigt sich, dass sich Lager gebildet haben, die sich eigentlich in kaum einem Punkt noch einig sind. Bereitet so eine Entwicklung einem Politologen Sorgen?

Christian Frommelt: Tatsächlich zeigt die Umfrage bei Fragen im Zusammenhang mit der Pandemie nur wenig Übereinstimmung zwischen doppelt geimpften Personen und denjenigen, welche sich nicht impfen lassen möchten. Eigentlich nur bei der Aussage, dass die Coronapandemie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft stark belastet. In einer Demokratie ist es grundsätzlich nicht unüblich und auch nicht problematisch, wenn sich bei einer konkreten Sachfrage zwei Gruppen mit gegensätzlicher Meinung gegenüberstehen. Problematisch wird dies erst dann, wenn sich die Lagerbildung auf alle möglichen Bereiche erstreckt und somit zum eigentlichen politischen Programm wird. Diese Art der Polarisierung sehen wir aktuell vor allem in den USA zwischen Republikanern und Demokraten. Mit Blick auf die Coronapandemie und Liechtenstein sehe ich dies nicht. Die Umfrage hat gezeigt, dass es nicht «die» Geimpfte und «den» Ungeimpften gibt. Vielmehr durchzieht der Konflikt alle Schichten. Die Polarisierung beschränkt sich also auf den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit der Coronapandemie. Eine solche Polarisierung ist zwar unschön, sie gefährdet aber nicht das Funktionieren der Demokratie als Ganzes. Besorgt bin ich eher über die Radikalisierung einiger weniger, welche sich in dieser Pandemie gezeigt hat. Natürlich ist diese Radikalisierung zu einem gewissen Grad eine Folge der Polarisierung. Sie ist aber nicht mit ihr gleichzusetzen, denn die grossen Mehrheiten auf beiden Seiten der Impffrage mögen vielleicht eine klare Meinung haben, sie kämpfen deshalb aber nicht gegen die demokratische Ordnung als solches an.

Manch ein europäisches Land hat bereits eine Impfquote von mehr als 80 Prozent, andere hinken stark hinterher. Wie würden Sie die Polarisierung in Liechtenstein im Vergleich zu anderen Ländern bewerten?

Das sind für mich zwei unterschiedliche Dinge. Die Gründe für die unterschiedlichen Impffortschritte in den westeuropäischen Staaten werden in den kommenden Jahren sicherlich Gegenstand diverser Forschungsprojekte sein. Mögliche Erklärungen sind neben der organisatorischen Abwicklung und der Kommunikation sicher auch das Ausmass, in welchem ein Staat effektiv von der Pandemie betroffen ist, das Ausmass der in der Pandemie erfolgten Einschränkungen, das Vertrauen in das nationale Gesundheitssystem und die politischen Akteure sowie konkrete Wertemuster wie Liberalismus oder Etatismus. Auch der Unterschied Stadt-Land bzw. in grossen Ländern Zentrum-Peripherie hat womöglich einen Einfluss. Eine Polarisierung zwischen geimpften und ungeimpften Personen lässt sich aber eigentlich in fast allen Staaten erkennen, wo es (noch) verbindliche Massnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie gibt. Im Vergleich zu den meisten anderen westeuropäischen Staaten ist die Anzahl Ungeimpfter in Liechtenstein grösser. Auch ist es so, dass die Massnahmen über die ganze Pandemie betrachtet in Liechtenstein oft weniger einschneidend waren als in anderen Staaten. Das mag erklären, warum eine 3G-Pflicht zum Beispiel in Österreich anscheinend weniger bewegt als in Liechtenstein. Die aktuell zu beobachtende Polarisierung wird im Übrigen nicht nur von Ungeimpften angetrieben. Gemäss der Umfrage gibt es nämlich einige doppelt Geimpfte, welche schärfere Massnahmen wollen – sei es aus Sorge um die eigene Gesundheit oder um den Druck auf Ungeimpfte zu erhöhen.

«Besorgt bin ich eher über die Radikalisierung einiger weniger.»

mass der in der Pandemie erfolgten Einschränkungen, das Vertrauen in das nationale Gesundheitssystem und die politischen Akteure sowie konkrete Wertemuster wie Liberalismus oder Etatismus. Auch der Unterschied Stadt-Land bzw. in grossen Ländern Zentrum-Peripherie hat womöglich einen Einfluss. Eine Polarisierung zwischen geimpften und ungeimpften Personen lässt sich aber eigentlich in fast allen Staaten erkennen, wo es (noch) verbindliche Massnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie gibt. Im Vergleich zu den meisten anderen westeuropäischen Staaten ist die Anzahl Ungeimpfter in Liechtenstein grösser. Auch ist es so, dass die Massnahmen über die ganze Pandemie betrachtet in Liechtenstein oft weniger einschneidend waren als in anderen Staaten. Das mag erklären, warum eine 3G-Pflicht zum Beispiel in Österreich anscheinend weniger bewegt als in Liechtenstein. Die aktuell zu beobachtende Polarisierung wird im Übrigen nicht nur von Ungeimpften angetrieben. Gemäss der Umfrage gibt es nämlich einige doppelt Geimpfte, welche schärfere Massnahmen wollen – sei es aus Sorge um die eigene Gesundheit oder um den Druck auf Ungeimpfte zu erhöhen.

74 Prozent der Geimpften gaben an, dass ihr Verständnis gegenüber Un-

geimpften abgenommen habe. Derweil gaben nur 64 Prozent der Ungeimpften an, dass sie diesen Rückgang wahrnehmen. Was sagt uns das? Nicht alle Geimpften, deren Verständnis gegenüber Ungeimpften abgenommen hat, werden dies auch öffentlich zeigen. Im Gegenteil: Ich bin überzeugt, dass eine Mehrheit in beiden Lagern es im Alltag meidet, über das Impfen zu sprechen.

Auffällig ist auch, dass jene, die noch unschlüssig sind, mehr Unverständnis ihnen gegenüber wahrnehmen, als jene, die sich definitiv nicht impfen lassen wollen. Heisst das, mehr Druck auf Ungeimpfte bringt mehr zum Umdenken?

Die Umfrage zeigt teils starke Unterschiede in den Einstellungen von doppelt geimpften Personen und einfach geimpften Personen. Letztere sind oft deutlich weniger überzeugt von der Notwendigkeit einer Impfung zum Schutz der eigenen Gesundheit. Der Entscheid für die Impfung erfolgte dann vor allem aus Pragmatismus. Man lässt sich impfen, um unnötige Kosten und andere Aufwendungen zu vermeiden. Die Logik hinter den jüngsten Impffortschritten ist somit eher Anreiz als Druck. Klar wird man auch mit einer Erhöhung des politischen Drucks noch einige zusätzliche Prozent bei der Impfquote erzielen. Ich denke aber nicht, dass dadurch noch viel möglich ist, und der Preis ist mit Blick auf die eingangs genannte Radikalisierung auch sehr hoch. Mehr Druck löst zwangsläufig auch mehr Trotz aus. Ich würde also weiterhin vor allem auf sachliche Information setzen. Das Problem ist aber halt auch, dass von einem Grossteil der resoluten Impfgegner-schaft wohl alle Massnahmen und Kommunikationsanstrengungen als Druck angesehen werden.

«Das Problem ist auch, dass von einem Grossteil der Impfgegner alle Anstrengungen als Druck angesehen werden.»

Die 3G-Pflicht stand während des Umfragezeitraums zwar schon in Aussicht, wurde aber erst danach eingeführt. Gefühlt hat diese Massnahme die Polarisierung nochmals verstärkt. Nach meiner Meinung war beim Zeitpunkt der Durchführung der

Umfrage wohl bereits allen klar, dass eine 3G-Pflicht kommen wird. Insofern denke ich nicht, dass sich hier das Meinungsbild gross verändert hat. Aber ja, die Debatte hat aber seither sicher nochmals an Intensität gewonnen.

Politiker betonen gerne, dass trotz 3G-Pflicht die Wahlfreiheit zwischen Impfung und Test bestehen bleibe. Nun werden Tests auch noch kostenpflichtig. Kann hier noch von Wahlfreiheit die Rede sein?

In der Umfrage war die Haltung zum Covid-Zertifikat sehr unterschiedlich zwischen geimpften und ungeimpften Personen. Dies muss nicht zwingend so sein. So können geimpfte Personen das Zertifikat kritisieren, weil es sie zwingt, sich für die Inanspruchnahme diverser Dienstleistungen auszuweisen. Umgekehrt können ungeimpfte Personen den Einsatz des Zertifikats begrüssen, da es den Zugang zu verschiedenen Dienstleistungen ermöglicht, welche im Verlauf der Pandemie nicht mehr angeboten wurden und wohl auch bei einem erneuten hohen Anstieg der Fallzahlen wieder eingestellt würden, wie Kultur- und Freizeitveranstaltungen. Zudem profitieren sowohl geimpfte als auch ungeimpfte Personen von dem mit der 3G-Regelung einhergehenden Schutz vor einer Ansteckung. Natürlich ist es verständlich, dass sich Ungeimpfte eine Verlängerung von Gratis-tests gewünscht hätten. An der Legitimität und Notwendigkeit des Zertifikats ändert dies aber wenig.

«Ich bin überzeugt, dass eine Mehrheit in beiden Lagern es im Alltag meidet, über das Impfen zu sprechen.»

Aber die Teilnahme an so vielen gesellschaftlichen Aktivitäten an Impfung, Test oder Genesung zu knüpfen, ist aus demokratiepolitischer Sicht doch problematisch. Insbesondere dann, wenn die Hürden zu den einzelnen «G» nicht gleich hoch sind. Ja, schon. Entscheidend ist für mich aber, dass die 3G-Pflicht zeitlich auf die Pandemie befristet bleibt. Die skandinavischen Staaten haben dies ja bereits umgesetzt und dank der hohen Impfquote weitgehend alle Massnahmen aufgehoben. Einer liberalen Demokratie ist es meiner



Meinung nach nicht würdig, dass man sich ausserhalb von Krisensituationen ausweisen muss, um beispielsweise Zugang zu Kultur- oder Bildungsangeboten zu erhalten. Moment sind wir gemäss Gesundheitsexperten und -expertinnen aber noch nicht so weit, weshalb ich auch keine grundlegenden demokratiepolitischen Bedenken mit Blick auf die bestehenden 3G-Regeln sehe. Der aktuelle Normenkontrollantrag wird hier aber Klarheit bringen.

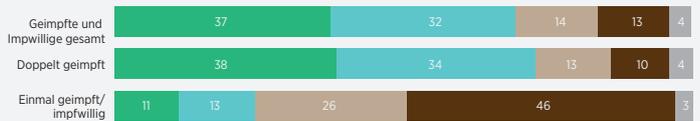
Die ganze Hoffnung liegt darauf, dass die Impfquote noch massiv erhöht werden kann und die 3G-Pflicht schon bald der Vergangenheit angehören wird. Was ist Ihre Prognose?

Es ist richtig, dass es noch ein gewisser Weg ist, bis man eine Impfquote erreicht, wie sie etwa in Dänemark besteht. Es ist aber auch so, dass in

## Erkenntnisse aus der Covid-19-Umfrage

Druck zur Erhöhung der Impfquote

Frage für Geimpfte und Impfwillige: Die Politik sollte den Druck auf Nicht-Geimpfte erhöhen.

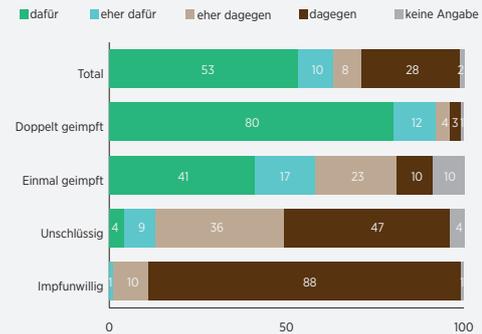


Frage für Ungeimpfte: Die Politik sollte den Druck auf Nicht-Geimpfte nicht erhöhen.



Angaben in Prozent, gerundet

Haltung zum Covid-Zertifikat





Politologe und Direktor des Liechtenstein-Instituts, Christian Frommelt: «Man sollte die eigene Position nicht moralisch überhöhen.» (Foto: IKR)

Liechtenstein bereits eine sehr stattliche Zahl von Personen geimpft ist. Immerhin sind in Liechtenstein zum Beispiel fast 90 Prozent der über 70-Jährigen doppelt geimpft. Das nimmt jüngere Leute in die Pflicht. Der hohe Anteil an geimpften Personen in den besonders gefährdeten Altersgruppen bei einer gleichzeitig sehr geringen Anzahl registrierter Nebenwirkungen relativiert für mich auch die in der Umfrage genannte Angst vor Nebenwirkungen und Zweifel an der Sicherheit des Impfstoffs als Gründe gegen die Impfung. Gemäss Umfrage gibt es auch zahlreiche Personen, welche bisher auf eine Impfung verzichtet haben, weil sie keine grosse Angst vor einer Infektion haben. Hier könnte man argumentieren, wer keine Angst vor einer Infektion hat, sollte noch viel weniger Angst vor einer Impfung haben. Und schliesslich könnte eine klare Exit-

strategie im Sinne einer Kopplung des Endes der politischen Massnahmen zur Pandemiebekämpfung an ein konkretes Impfziel noch einige Unschlüssige zu einer Impfung motivieren. Es gibt also sicher noch ein gewisses Potenzial zur Steigerung der Impfquote. Eine Prognose kann ich aber nicht abgeben.

**Wie könnte der Polarisierung auch unter Beibehaltung der 3G-Pflicht entgegengewirkt werden?**  
Die Situation ist im Moment schwierig. In erster Linie ist an den gegenseitigen Respekt zu appellieren. Wolfgang Merkel, ein anerkannter Demokratieforscher aus Deutschland, warnte kürzlich in einem Beitrag vor der Moralisierung der Politik und des öffentlichen Raums. Man sollte die eigene Position nicht moralisch überhöhen bzw. die politische Debatte nicht noch unnötig

moralisch aufladen. Diese Gefahr besteht, wenn man sich die Meinung über Ungeimpfte nur anhand einiger radikaler macht. Entgegenwirken kann man der Polarisierung wohl nicht gross. Man sollte sie aber auch nicht zusätzlich befeuern. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, wenn die Behörden ihre Kampagnen gezielter auf einzelne gesellschaftliche Gruppen ausrichten würden. So kann die Regierung die Kommunikation aufrechterhalten, der Corona-Pandemie aber etwas die Dauerpräsenz in den Medien nehmen. Die Corona-Müdigkeit ist inzwischen nämlich gross, was bei der immer gleichen Kommunikation leicht zu einem gewissen Trotz führen kann – auf beiden Seiten. Wenn sich die Regierung nun direkt an die Haushalte wendet, ist dies sicher eine gute Idee, um die oft geschundenen Medien etwas zu entlasten.

**Erwarten Sie, dass die Impfdiskussion und die damit verbundenen Massnahmen einen längerfristigen**

**Effekt auf die Politik in Liechtenstein haben werden?**

Wie eingangs erwähnt, glaube ich, dass die Polarisierung sich mehr oder weniger auf die Pandemie beschränkt. Die Umfrage hat gezeigt, dass das Vertrauen in die Regierung und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein auch bei den ungeimpften Personen weiterhin relativ hoch ist. Im Moment gibt es also wenig Anzeichen für eine stark wachsende Politikverdrossenheit. Da alle Parteien die Politik der Regierung unterstützen, denke ich auch nicht, dass die Krise zu grossen Verschiebungen unter den bestehenden Parteien führt. Und für die Gründung einer neuen Partei oder Bewegung durch Impfgegner, welche dann auch nachhaltigen politischen Erfolg haben würde, sind die Einstellungen und Merkmale der Gegner und Gegnerinnen einer Impfung zu heterogen.

**Bemerkenswert ist folgender Befund: DU- und DpL-Anhängerschaften haben zwar die tiefste Impfquote, aber jene, die geimpft sind, fordern mehr politischen Druck auf die Ungeimpften am vehementesten.**

**Wird so eine Partei langfristig stärker unter den Folgen der Coronapandemie leiden, als andere? Oder kann diese starke Lagerbildung auch positiv genutzt werden?**

Das kann ich nicht sagen. Zwar ist es so, dass die Corona-Skepsis rechts der Mitte etwas stärker ist, was grundsätzlich DU und DpL in die Hände spielen könnte. Bis zu den nächsten Wahlen ist es aber einfach noch zu lange hin. Und wie Sie bereits gesagt haben, sind die Wählerinnen und Wähler der einzelnen Parteien keinesfalls alle einer Meinung, weshalb wohl keine Partei eine klare Position einnehmen wird. Wenn man auf die letzten Wahlen schaut, dann war es so, dass die DpL von den unterschiedlichen Positionen ihrer Kandidaten in der Corona-Frage zumindest nicht profitiert hat.

**Herbert Elkuch (DpL) aus dem «Lager» der Impfbefürworter, versucht kürzlich einen Schritt auf die vehementesten Impfgegner zuzumachen, indem er an der Corona-Demo aufgetreten ist. Glauben Sie, auf dieser Ebene kann der Dialog hergeste-**

**Dialog ist in einer Demokratie immer wichtig. Allerdings weiss ich nicht, inwieweit man bei einer Corona-Demonstration tatsächlich einen Dialog führen kann. Hier ging es wohl mehr darum, Präsenz zu zei-**

gen und damit auch Respekt gegenüber den unterschiedlichen Meinungen. Nach meiner Meinung muss dies jeder Politiker und jede Politikerin selber entscheiden. Die Positionen liegen aber wohl meist so weit auseinander, dass die Präsenz bei solchen Demos schlicht nichts bringt oder die Fronten gar noch weiter verhärtet. Sehr vorsichtig wäre ich als Liechtensteiner Politiker bei Veranstaltungen mit bekannten Referenten und Referentinnen aus dem Ausland. Dies kann leicht zu einer unerwünschten politischen Instrumentalisierung führen.

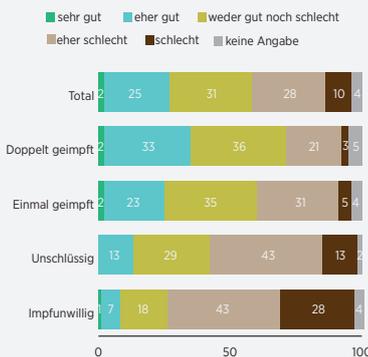
**Corona ist mittlerweile ein Glaubenskrieg geworden. Es scheint, dass es immer weniger Fakten gibt, die allgemein anerkannt werden und eine gemeinsame Basis für den Diskurs bilden. Sie sind auch Wissenschaftler. Wie gehen Sie damit um und kann die Wissenschaft dieser Entwicklung überhaupt etwas entgegensetzen?**

Selbstverständlich habe ich als Wissenschaftler ein hohes Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse und bin immer froh, wenn die Politik wissenschaftliche Erkenntnisse in die Entscheidungsfindung miteinbezieht. Gerade die Zweifel an der Sicherheit der Impfung kann ich – auch angesichts der hohen Anzahl bereits erfolgter Impfungen – deshalb nicht nachvollziehen. Im Kampf gegen Fake News und Verschwörungstheorien stehen für mich allerdings nicht die Wissenschaften in der Pflicht, sondern die Medien als Verbreiter und der Staat als Regulator. Auch ist es mir stets wichtig, das Wesen der Wissenschaft zu betonen. Wissenschaftlicher Fortschritt ist oft ein langwieriger Prozess, in dem Erkenntnisse auch widerlegt werden können. Ich denke, dass die Pandemie gezeigt hat, wie wichtig wissenschaftliche Forschung ist. Dabei denke ich nicht nur an die Naturwissenschaften, sondern auch an andere Disziplinen, welche sich den vielfältigen Folgewirkungen der Pandemie wie zum Beispiel auf die wirtschaftliche Ungleichheit, Genderfragen oder Grundfreiheiten gewidmet haben. Die Pandemie hat aber auch gezeigt, dass es ein schmaler Grat ist zwischen einer in vielerlei Hinsicht sinnvollen Verwissenschaftlichung der Politik und der Politisierung der Wissenschaft. Damit meine ich die sehr hohe Präsenz einzelner Wissenschaftler. Dies birgt immer die Gefahr der politischen Instrumentalisierung.

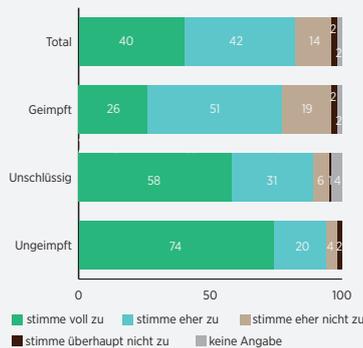
**«Die Positionen liegen wohl meist so weit auseinander, dass die Präsenz bei solchen Demos schlicht nichts bringt oder die Fronten gar noch weiter verhärtet.»**

Das Interview wurde schriftlich geführt.

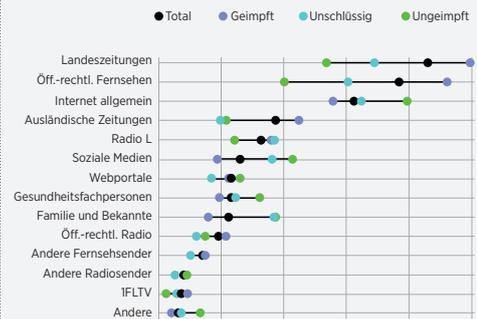
**Einschätzung der Stimmung in der Bevölkerung**



**Die Pandemie belastet das Zusammenleben in unserer Gesellschaft stark.**



**Hauptnachrichtenquelle nach Impfstatus**



Quelle: Liechtenstein-Institut/Covid-19-Umfrage; Grafik: «Volksblatt», df

# Coronakrise hat ihre Spuren hinterlassen

Toleranz, Kommunikation, Einfühlungsvermögen und Empathie sind menschliche Werte, die für ein Miteinander in der Gesellschaft wichtig sind. All das scheint aber häufig vergessen, sobald irgendwo über Corona oder die Impfung diskutiert wird.

Bianca Cortese

Es gibt Coronaleugner, Impfskeptiker, Maskenverweigerer oder Menschen, die übereifrig auf die Einhaltung von Regeln pochen. Es gibt Vorsichtige und Ängstliche ebenso wie Menschen, die auf die Coronamassnahmen entspannt oder aggressiv reagieren. Egal, zu welchen man sich zählt, die Pandemie stellt die Gesellschaft und die sozialen Kontakte auf eine harte Probe. Da die Meinungen dazu unterschiedlich sind, führt das Thema innerhalb des Familien-, Freundschafts- und Bekanntenkreises oft zu Diskussionen, die manchmal auch in grossen Streit ausarten. Der Ton untereinander ist rauer geworden, die Menschen dünnhäutiger. Woran das liegt, erläutern Psychologen von Helpchat.li.

## Inwieweit hat die Pandemie die Gesellschaft verändert?

Die Pandemie begleitet uns schon seit einiger Zeit und wir sehen uns nach einem Pandemie-Ende. Sie hat ihre Spuren hinterlassen, und bestimmt war sie für jeden in irgendeiner Form bedrohlich: die Angst vor einer Infektion, eine selbst durchlebte Erkrankung oder die eines Angehörigen. Und was früher vielleicht selbstverständlich war, kann durch die Massnahmen nicht mehr so einfach in die Lebensgestaltung integriert werden. Dieser andauernde Zustand kann sich in Form von Erschöpfung, Dünnhäutigkeit, Aggression, Resignation etc. bemerkbar machen. Jeder verbindet seine Geschichte mit der Pandemie und es hängen viele Emotionen daran. Von diesen werden wir in gewissen Situationen manchmal übermannt.

## Weshalb birgt denn diese Thematik ein so grosses Konfliktpotenzial?

Die coronabedingte Kategorisierung suggeriert eine Gruppenzugehörigkeit, beispielsweise geimpft versus ungeimpft. Diese definiert ein Stück weit unsere Identität. Dabei ist unser Bestreben darauf ausgerichtet, uns eine positive Identität zuzuschreiben. Die Eigengruppe in günstiger Weise von der Fremdgruppe zu unterscheiden, dient diesem Ziel. Abwertung und Ablehnung der Fremdgruppe können die Folge sein. Dieser



Individualismus versus Gemeinschaft: Die Pandemie führt oft zu Konflikten und zu verhärteten Fronten, in der Politik genauso wie in der Familie oder im Freundeskreis. Bild: Keystone

wird beispielsweise das Verzögern des Pandemie-Endes unterstellt, wohingegen die Gegenseite von einer Manipulation spricht. Solche Zuschreibungen machen wir insbesondere dann, wenn Ereignisse unerwartet sind, wir einen Kontrollverlust erleben und Ziele nicht erreicht werden. All das ist bei der Pandemie ja der Fall.

## Warum fällt ein fruchtbarer Diskurs schwer?

Corona ist ein sehr komplexes Thema mit vielen Facetten. Es ist ein natürlicher menschlicher Prozess, Informationen zu filtern und auf Zusammenhänge zu schliessen. So erhalten wir ein stimmiges Bild, das jedoch oft unzureichend, einseitig und von der eigenen Einstellung gefärbt ist. Insbesondere dann, wenn wir Emotionen wie Ärger und Traurigkeit erleben, wird eine Ursachenzuschreibung vorgenommen. Jemanden als schuldig für einen Umstand anzusehen, sorgt für Plausibilität und Orientierung. Wenn nun verschiedene inkompatible Anschauungen aufeinandertreffen,

wird Spannung erzeugt. Um die Spannung zu reduzieren, ist es oft einfacher, die andere Anschauung abzulehnen und zu entwerten, als diese in die eigene Sichtweise zu integrieren. Die Folge ist eine Aufrechterhaltung und Verfestigung der eigenen Anschauung. Auch zu merken, die Ansicht des Gegenübers nicht ändern zu können, kann Ärger auslösen und eine Schuldzuweisung nach sich ziehen. Die Gefahr besteht aktuell darin, dass die Sicht zu einer verzerrten Weltanschauung führen kann, wenn man sich nur noch mit seinesgleichen austauscht und sich einseitig Informationen beschafft. Zunehmende Polarisierung bis hin zu Radikalisierung kann die Folge sein.

## Ist es dann eine ganz natürliche Reaktion, auf gewisse Dinge mit Ablehnung zu reagieren?

In den letzten Jahrzehnten hat der Individualismus in unserer Gesellschaft zugenommen. Uns wurde vermittelt, dass uns alle Türen offen stehen und wir

uns selbst verwirklichen können. Dass dieses Gut durch die Massnahmen eingeschränkt wird, kann verschiedene emotionale Reaktionen zur Folge haben. Für die Akzeptanz der Massnahmen ist es essenziell, dass diese nachvollziehbar und in sich schlüssig sind. Auch spielt es eine Rolle, inwiefern diese mit der individuellen Lebensführung vereinbar sind. Allgemein gilt: Wenn jemandem etwas sehr wichtig ist, also zum Beispiel die Selbstbestimmung, und genau die individuellen Wege zur Erreichung dieses Ziels blockiert werden, dann werden starke Emotionen wie Frust erzeugt. Sind die Wege zur Zielerreichung rigide, also stehen keine alternativen Wege zur Verfügung, ist das psychische Wohl dieser Person besonders bedroht und der Druck zu handeln steigt.

## Was kann Menschen helfen, die sich stark unter Druck gesetzt fühlen?

Wer verschiedene Optionen hat und diese auch erkennt, ist nicht mehr so stark unter

Druck. Wer emotional aufgewühlt ist, hat oft einen eingeschränkten Blick und dem fällt eine klare Sicht manchmal schwer. Der Austausch mit neutralen Personen aus dem eigenen Umfeld kann helfen, aus den Emotionen raus in eine andere Perspektive zu gelangen. Das kann sehr entlastend sein. Vielleicht hilft ja auch, seine Gedanken und Ängste an [www.helpchat.li](http://www.helpchat.li) zu schreiben. Die professionelle Beratung kann dabei unterstützen, dem Druck ein Stück weit zu begegnen. Wer sich über längere Zeit unter Druck fühlt, sollte sich unbedingt seinem Hausarzt anvertrauen, welcher eine Überweisung zu einer Fachperson veranlassen kann.

## Wann ist es ratsam, nicht mehr über Corona zu sprechen und seine Meinung besser für sich zu behalten?

Grundsätzlich kann man sich die Frage stellen: Überwiegen die langfristigen positiven Konsequenzen eines Verhaltens gegenüber den negativen? Also lohnt es sich, dieses oft von Emotionen begleitete Thema anzusprechen? Oder gefährde ich damit beispielsweise eine Freundschaft? Was ist mir auf lange Sicht wichtiger? Folglich kann Schweigen also Gold sein. Sich vorab diese Gedanken zu machen, kann schon hilfreich sein, um nicht gleich seinen Emotionen zu verfallen. Eine Möglichkeit kann auch darin liegen, vorab die langfristigen, grundlegenden Wünsche zu äussern, also mitzuteilen, dass man mit einer Diskussion keinesfalls die Freundschaft riskieren möchte. Dies kann helfen, selbst wenn das Thema emotional wird, den gemeinsamen, übergreifenden Fokus nicht aus den Augen zu verlieren.

## Welche Strategien gibt es, um Konflikte zu lösen?

Dazu braucht es die Bereitschaft aller Beteiligten, die Perspektive des anderen einzunehmen und etwas zur Lösung beizusteuern. Vermutlich haben ja auch alle Beteiligten zur misslingenden Interaktion beigetragen. Ein gemeinsames Ziel zu formulieren kann Perspektiven bieten. Wichtig ist, dass jeder Beteiligte äussern kann, was der Konflikt oder die Anschuldigungen emotional in ihm ausgelöst haben. Dies bleibt während eines Konflikts oft unsicht-

bar und wir sehen nur die aufeinanderfolgenden Reaktionen. Das gegenseitige Mitteilen von Gefühlen und Gedanken schafft Verständnis und baut Missverständnisse ab. Soziale Beziehungen können sich durch eine konstruktive Konfliktlösung sogar festigen. Man macht die Erfahrung, ein Problem gemeinsam lösen zu können und weiss, dass man dieselben übergreifenden und langfristigen Ziele verfolgt.

## Was kann die Gesellschaft wieder verbinden?

Ein übergeordnetes Ziel und eine übergeordnete Kategorie fördert Kooperation und baut Feindseligkeit ab. Der Kontakt zwischen Gruppenmitgliedern unter geeigneten Bedingungen fördert die Friedfertigkeit.

## Und wie können wir dies in dieser vermeintlich verstrickten Situation erreichen?

Was sich zurzeit coronabedingt abspielt, steht stellvertretend für ein gesellschaftliches Problem. Die Tendenz hin zum Individualismus hat gemeinschaftliche, globale und ökologische Ziele in den Hintergrund rücken lassen. Akute Themen wie der Klimawandel werden zugunsten der eigenen Interessen ignoriert. Hinschauen bedeutet Veränderung, und diese kann bedrohend sein. Leugnung, Bagatellisierung und Wegschauen sind oftmals einfacher. Ein Wertewandel hin zu Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit kann uns einander wieder näherbringen: Ein gemeinsames Ziel zu verfolgen und zum Gemeinwohl etwas beizutragen – auch wenn dadurch vermeintliche persönliche Einbussen entstehen –, kann die Gesellschaft stärken. So können sich allmählich die positiven Seiten der Veränderung manifestieren: als Kollektiv etwas zu bewältigen. Dies ist ohnehin erfolversprechender und erfüllender als der ständige Versuch der Vermeidung.

# Verleumdet, verfolgt, verspottet: Rösslewirtin legt ihre Ansicht dar

**3G** Ungehört von Politik und Medien, überwacht durch die Polizei und von Passanten ausgelacht: Nach der Schliessung des Ruggeller Rössle wegen Missachtung der 3G-Pflicht schildert Jungwirtin Ramona Öhri die «miese Aktion» aus ihrer Sicht.

VON DAVID SELE

«Es geht nicht um die Pandemie, sondern um Gehorsam und Kontrolle», ist Ramona Öhri überzeugt, als sie vor etwa 300 Coronademonstranten das Wort ergreift. Die Jungwirtin des behördlich geschlossenen Landgasthofs Rössle sieht sich und ihre Familie als Schwerverbrecher gebrandmarkt und fühlt sich von der Polizei überwacht.

Eine Anfrage des «Volksblatts» für ein ausführliches Interview, um ihre Sicht der Dinge darzulegen, hatten die Rössle-Wirte zuletzt am vergangenen Donnerstag abgelehnt. An der Coronademo auf dem Peter-Kaiser-Platz vom Montagabend wollte Jungwirtin Ramona Öhri nun einmal «die Wahrheit über das Rössle» kundtun. In der Hoffnung, dass es «vielleicht auch die Medien interessiert», wie Öhri sagte.

## Auf 3G-Verstoss folgte Schliessung

Dort auf dem Peter-Kaiser-Platz nahm die Schliessung des Rössle einige Wochen zuvor quasi ihren Anfang. Es war die erste Coronademo, kurz vor Einführung der 3G-Pflicht, als Rösslewirtin Doris Öhri auf der Bühne ankündigte, ebendiese Regel in ihrem Gasthof nicht umzusetzen. Genauso wie man sich im Frühsommer bereits der damals geltenden Maskenpflicht in der Gastronomie verwehrt hatte.

Am 20. September, eine Woche nach Einführung der 3G-Pflicht, kontrollierten die Behörden erwartungsgemäss das Rössle und stellten das zu Erwartende fest. Eine weitere Kontrolle wurde für zwei Tage später angekündigt und die Schliessung des Betriebs angedroht. Die Rösslewirte mobilisierten über die sozialen Netzwerke - insbesondere über den Messengerdienst Telegram - Unterstützer, die ihnen beistehen sollten, wenn die Kontrolleure wieder auftauchen. Auf diese Konfrontation liessen sich die Behörden nicht ein. Bereits einen Tag früher wurden die Rösslewirte zur Polizei bestellt. Dort wurde ihnen die Schliessungsverfügung überreicht.

Es sei eine «miese Aktion» gewesen. «Man hat uns nicht einmal die Chance gegeben, zu beweisen, dass wir 3G umsetzen», sagte am Montag nun Jungwirtin Ramona Öhri vor den Coronademonstranten in Vaduz. Sie



Das Rössle in Ruggell, kurz bevor die behördliche Schliessung von der Polizei durchgesetzt wurde. (Foto: Paul Trummer)

benämgt zudem, die Schliessungsverfügung sei nicht unterschrieben gewesen und daher «nicht zulässig». Überdies sei den Wirten bis heute «weder ein gültiges Gesetz noch eine gültige Verordnung» vorgelegt worden, die die Rechtmässigkeit der Schliessung legitimierten.

Die Polizei habe die Wirte aber aufgefordert, den Unterstützungsaufruf im Internet zurückzunehmen. Dass dies kaum mehr machbar sei, habe man den Polizisten vergeblich versucht zu vermitteln, sagt Öhri.

Und so kamen die Unterstützer am Folgetag eben doch zum Rössle. «Wir konnten sie nicht wegschicken.» Die Gäste seien bewirtet worden. Dies aber kostenlos und mit Selbstbedienung. Es sei also eine «private Feier» daraus geworden.

Die Polizei löste die Feier bekanntlich auf und versiegelte den Gasthof. Dabei sind gemäss Mitteilung der Polizei mehrere Angehörige der sogenannten «Reichsbürger»-Szene angetroffen worden. Ein Deutscher wurde festgenommen. Es handelt sich um einen untergetauchten Anführer von Staatsverweigerern und Gründer eines Fantasiegerichtshofs, der mit internationalem Haftbefehl gesucht wurde. Unter anderem wegen der Verbrechen der

Gründung einer staatsfeindlichen Verbindung, der Anstiftung zum Missbrauch der Amtsgewalt, der Erpressung, des schweren gewerbsmässigen Betruges.

Doch der zwielichtige Gast rückte offenbar auch die Familie Öhri in ein schlechtes Licht. Sie sähen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, mit Reichsbürgern zu sympathisieren. «Es ist einfach Rufmord. Wir haben nichts mit Reichsbürgern oder Staatsverweigerern zu tun», stellte Ramona Öhri in Vaduz nun klar.

## Enttäuschung ist gross

Erst mit den Schlagzeilen über die Verhaftung des international gesuchten Deutschen sei ihr bewusst geworden: «Die Polizei wollte uns mit voller Absicht ins Messer laufen lassen. Sie haben das Rössle als ihren Spielplatz auserkoren. Anstatt uns zu warnen, konnten sie einen vermeintlich bösen Buben verhaften», sagte Öhri.

Das eigentliche Anliegen der Wirtefamilie - die Menschenrechte - sei in dem ganzen Tohuwabohu beinahe untergegangen, bedauerte die Jungwirtin weiter. Enttäuscht sei sie nicht nur von der Polizei und der Politik, sondern auch von «ehemaligen Stammgästen» und Freunden. Wenn

heute Menschen an ihrem Gasthof verbeiläufen, höre sie sie zum Teil, wie diese sie auslachten. «Aber ich stehe drüber, weil ich im Gegensatz zu vielen weiss, was richtig und was falsch ist», so Ramona Öhri.

## E-Mail löste Polizeieinsatz aus

Vergangene Woche fuhr die Landespolizei erneut vor dem Landgasthof vor. Wie es später in einer Mitteilung hiess, hätten die Wirte der Regierung per E-Mail angekündigt, den Betrieb unerlaubterweise wieder aufzunehmen.

Jungwirtin Öhri betonte an der Demo, dass dies eine leere Ankündigung gewesen sei - einzig geschuldet dem Umstand, dass frühere E-Mails ignoriert worden seien. Das Auftauchen der Landespolizei empfand Öhri als unangebrachte Überwachung. Und schliesslich wäre man ja nicht so dumm, eine illegale Öffnung per E-Mail anzukündigen.

Wie es mit dem Landgasthof Rössle in Zukunft weitergeht, liess Ramona Öhri vor den Demonstranten in Vaduz offen. Sie appellierte daran, in Frieden und ohne Angst zu leben. «Fangt an, selbst zu denken und Recht von Unrecht zu unterscheiden. Beginnt ein Leben ohne Masken und ohne Zertifikat.»

# Tour durch Ideenwelt des «Reichsbürgers»

Göttliches Recht, Affidavit der Wahrheit und «Vater der Lügen»: Der GCCL-Gründer erläuterte in der gestrigen Verhandlung seine Ideologie.

Elias Quaderer

«Das Interesse scheint doch nicht so gross zu sein wie angenommen», bemerkte ein Vertreter des Obergerichts zu Beginn der Verhandlung. Hintergrund dieser Äusserung war, dass gestern eine prominente Persönlichkeit vor Gericht stand: Carl-Peter Hofmann, Gründer des Pseudogerichts «Global Court of the Common Law», kurz GCCL. Diese Gruppierung wird in der Szene der Staatsverweigerer, in Deutschland und der Schweiz auch bekannt als «Reichsbürger», verortet. Hofmann wurde von Österreich international zur Verhaftung ausgeschrieben. Nachdem die Landespolizei den 61-jährigen Deutschen Ende September verhaftete, verhandelte gestern das Obergericht seine Auslieferung ins östliche Nachbarland.

Da der GCCL auch in der Schweiz und Liechtenstein über Anhänger verfügen soll, war mit einem grösseren Menschenauflauf zu rechnen. Doch letztlich fanden sich lediglich eine Handvoll Unterstützer des GCCL-Gründers im Verhandlungssaal ein.

## Frage, ob Delikte politischer Natur waren

Hofmann werden in Österreich eine Reihe von Straftaten vorgeworfen: Gründung und massgebliche Beteiligung bei einer



Das Obergericht genehmigte gestern die Auslieferung des GCCL-Gründers.

Bild: D. Schwendener

staatsfeindlichen Verbindung, schwerer gewerbmässiger Betrug, Erpressung und Anstiftung zum Amtsmissbrauch in insgesamt 65 Fällen.

Allerdings: Das Europäische Auslieferungsübereinkommen hält fest, dass Personen wegen politisch strafbarer Handlungen nicht ausgeliefert werden dürfen. Zu solchen politischen Delikten gehören beispielsweise Landes- oder Hochverrat. Doch abgesehen von diesen genann-

ten Fällen bestehen keine starren Regeln, welche Taten als politisch strafbare Handlungen gelten. Dies obliegt der Beurteilung des zuständigen Gerichts. Aufgrund dieses Auslieferungsverbots sah die Staatsanwaltschaft Graz bereits davon ab, bei ihrem Auslieferungsgesuch die Gründung und Mitwirkung einer staatsfeindlichen Verbindung aufzuführen. Die Verteidigung von Carl-Peter Hofmann wollte gestern nun auch die an-

deren vorgeworfenen Delikte – Betrug, Nötigung und Anstiftung zum Amtsmissbrauch – als politische Straftaten verstanden wissen. Denn alle diese Straftaten würden im Zusammenhang mit den Tätigkeiten des GCCL stehen.

## Nur den «Vorgaben des Schöpfers» unterworfen

Um ihre Argumentation zu untermauern, stellte die Verteidigung dem Angeklagten eine

Reihe von Fragen rund zur Organisation des GCCL. Damit begann ein Tour durch die Vorstellungswelt des GCCL-Gründers. So behauptete Hofmann, dass der GCCL eine von der UNO anerkannte NGO sei, die sich für den Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen, Verfassungsverstösse und Pädophilie einsetze. Und während er eine eigens mitgebrachte Bibel hochhielt, erklärte der 61-jährige, dass seine Gruppierung «eine Interessensgemeinschaft von Menschen» sei, «die ausschliesslich diesen Gesetzen unterworfen ist – den Vorgaben des Schöpfers».

## Vorwürfe entspringen «pathologischem Hirn»

Seitens der Grazer Staatsanwaltschaft wird dem «globalen Gerichtshof» vorgeworfen, seinen Anhängern mit eigens herausgegebenen Dokumenten vorgegaukelt zu haben, immun vor Strafverfolgung zu sein. Ein Dokument – das «Affidavit der Wahrheit» – soll der Gruppe quasi als «Muster-Drohschreiben» gegen Behörden gedient haben. Und für alle diese Fantsiedokumente habe Hofmann noch Gebühren verlangt.

Der Gründer des Pseudogerichts wehrte sich gegen diese Anschuldigungen. Die Dokumente seien gebührenfrei zur Verfügung gestellt worden und sollten seinen Anhängern

lediglich dazu dienen, ihre Rechte durchzusetzen.

Seine Ausführungen spickte Hofmann mit Ausfällen gegen die Grazer Staatsanwaltschaft. Die Vorwürfe gegen ihn können nur einem «pathologischen Hirn» entspringen sein, das durch ein «Affidavit der Wahrheit» gedemütigt wurde». Den zuständigen österreichischen Staatsanwalt bezeichnete er als Anhänger des «Vaters der Lüge – auch bekannt als Satan».

## Rechtsstaat kennt kein Vorrang göttlicher Rechte

Der Senat des Obergerichts wies Hofmann darauf hin, dass es nicht an ihm liege, über die Vorwürfe der Grazer Staatsanwaltschaft zu urteilen. Er habe lediglich über die Auslieferung zu befinden. Zwar räumte der Senat ein, dass die Delikte im Zusammenhang mit dem GCCL standen. «Aber der kriminelle Charakter überwiegt», urteilte das Obergericht. Darum stimmte es der Auslieferung Hofmanns zu.

Zum Abschluss der dreieinhalbstündigen Verhandlung merkte der Senat noch an: «In einem säkularen Rechtsstaat können weder natürliche noch göttliche Rechte Vorrang gegenüber staatlichen Gesetzen haben. Dem GCCL kommt keine Jurisdiktion zu.» Hofmann steht es aber frei, gegen die Abschiebung beim obersten Gerichtshof Berufung einzulegen.

### Jung und schon ausgereift totalitär

Die pubertierenden weissen Linken nehmen für sich am kommenden Montag den Peter-Kaiser-Platz in Anspruch, um zu verhindern, dass der öffentliche Raum einer von «Libertären, religiösen Fundamentalisten, Verschwörungsmythikern, Faschisten und Holocaustverharmlosern unterwanderten Bewegung überlassen wird» («Volksblatt», 3. November 2021). Diese alten «klappeten Schwurbler» sollen das Maul halten, schreiben sie. Die weissen Linken, offenbar noch jung, aber schon totalitär genug, um Andersdenkende nicht nur übel zu beschimpfen, sondern in totalitärer Manier auch entschieden, deren Meinungsäusserung zu verhindern. Dass diese Life-Style-Linken mit Drei-Tage-Bart und Designer-Brillen dank ihrer eingebildeten intellektuellen Überlegenheit den von uns Betroffenen die Leviten lesen, kann man hinnehmen, dass sie aber Andersdenkenden den öffentlichen Raum streitig machen und sie auffordern, das von ihnen als blödes Geschwätz abqualifizierte Reden zu beenden, müsste nachdenklich stimmen, würde man diese Feindseligkeit gegenüber anderen Meinungen nicht als unüberbietbare Arroganz selbstgerechter, linker Kulturkämpfer zur Seite legen. Überwunden geglaubte Ideologien erwachen zu neuem Leben.

Georg Kieber,  
Binzastrasse 8, Mauren

### Jetzt reichs ...

... was sich der Vorstand der Jungen Liste erlaubt (Forumsbeitrag im «Volksblatt» am 3. November 2021). Wer gibt Ihnen das Recht, Menschen, die sich gegen eine Impfung entschieden haben und die Massnahmen als übertrieben empfinden, als Libertäre, religiöse Fundamentalisten, Verschwörungsmythiker, Faschisten und Holocaustverharmloser zu bezeichnen? Wisst ihr jungen Leute überhaupt, was das alles heisst? Ihr legt ein sehr unreifes Verhalten an den Tag. Kennt ihr überhaupt das Wort Respekt (was ich nach Ihrem Forumsbeitrag bezweifle)? Darf man keine andere Meinung mehr haben und diese kund tun? Bei Demonstrationen von Homosexuellen und sonstigen Andersdenkenden wird auch kein solches Aufsehen gemacht. Meine Frau hat selber 34 Jahre als Dipl. Pflegefachfrau gearbeitet. Der Pflegenotstand war schon vor der Pandemie - warum wohl? Reduziertes Personal musste die gleiche Leistung bringen wie zuvor, über dies und jenes mussten Listen geführt werden, was wertvolle Zeit in Anspruch nahm, die dann dem Patienten verloren ging. Hingegen wur-

de im administrativen Sektor fleissig aufgestockt. Wertschätzung gab es nur wenig, egal ob von der «Obrigkeit» oder auch von Patienten. Und dass es jetzt noch weniger Personal gibt, wundert mich nicht - bei den jetzigen Bedingungen (Impfpflicht, Maskenpflicht, usw.). Zudem - es wird immer nur von so und so vielen Neuinfizierten geschrieben, aber nie davon, wie viele davon geimpft sind! Die Menschheit hat immer schon mit Bakterien und Viren gelebt und wird das auch weiterhin müssen. Bei einem gesunden Immunsystem und normaler Hygiene muss man keine Angst davor haben.

Johann Fessler,  
Churer-Str. 18, Nendeln

### Klarstellung der Jungen Liste

Da unser Aufruf in den letzten Tagen oft missverstanden wurde, hier eine kurze Klarstellung bezüglich der Stigmatisierung aller Ungeimpfter. Der kritisierte Forumsbeitrag im «Liechtensteiner Volksblatt» auf S. 4 vom 3. November erwähnt das Wort «Impfung» oder «geimpft» in keiner Zeile. Es ist die Rede von Zitat: «einer Bewegung, die von Libertären, religiösen Fundamentalisten, Verschwörungsmythikern, Faschisten und Holocaustverharmlosern unterwandert (!) ist». Das ist Fakt und lässt sich angesichts der Aussagen und Plakate an den letzten Kundgebungen schlicht nicht abstreiten. Impfungen werden mit NS-Armbändern verglichen, während in der Menge eine Hitler-Figur mit Aufschrift «Adolf Berset» und darüber «Impfen macht frei» in die Höhe gehalten wird.

Wer sich aus persönlichen Gründen oder Bedenken nicht impfen lassen möchte oder die Massnahmen total daneben findet, soll, ja muss das unbedingt an einer Demonstration sagen dürfen und ist deswegen weder dumm, geschweige denn faschistisch. Jedoch bitten wir alle, die an den kommenden Kundgebungen teilnehmen, sich genau zu überlegen, mit wem sie auf dem Peter-Kaiser-Platz stehen und welchen Aussagen sie gerade zuklatschen. Die Junge Liste freut sich auf viele interessierte Menschen am kommenden Montag, auf spannende Auseinandersetzungen mit allen und vor allem auf ein klares Statement gegen Extremismus.

Für die Junge Liste: Valentin Ritter

# Ermittlungen gegen einen Liechtensteiner Reichsbürger

Wegen des Verdachts auf Betätigung in einer staatsfeindlichen Bewegung nahm die Staatsanwaltschaft Vorerhebungen auf.

Im Rahmen des «Corona-Informations-Traktandums» stellte der Abgeordnete Wendelin Lampert (FBP) der Regierung eine Frage, «die nur indirekt mit Corona zu tun hat», wie der Abgeordnete einräumte. Lampert wollte wissen, wie die Regierung die Situation rund um Staatsverweigerer und Reichsbürger in Liechtenstein einschätze.

Hintergrund dieser Anfrage ist, dass die Landespolizei am 23. September im Rahmen der behördlichen Schliessung des Restaurants Rössle eine bekannte Persönlichkeit verhaftete: Carl-Peter Hofmann. Der 61-jährige Deutsche gilt als Gründer des Pseudogerichts «Global Court of the Common Law» – kurz GCCL. Diese Bewegung soll Teil der Staatsver-

weigerer- bzw. Reichsbürger-Szene sein. Wenige Tage, bevor Hofmann von der Landespolizei verhaftet wurde, kursierten in den Chat-Gruppen von Gegnern der Coronamassnahmen Einladungen zu einem Treffen des GCCL Liechtenstein.

## GCCL-Treffen war strafrechtlich nicht relevant

Innenministerin Sabine Monauni bestätigte gegenüber dem Abgeordneten Lampert, dass der Landespolizei diese Versammlung des GCCL Liechtenstein bekannt war. Aber «die Art der Versammlung hat den Tatbestand der staatsfeindlichen Bewegung nicht erfüllt und war deshalb strafrechtlich nicht relevant».

Allerdings: Die Hintergründe der Anwesenheit vom Carl-



Innenministerin Monauni bestätigt, dass gegen eine Person Vorerhebungen laufen. Bild: Tatjana Schnalzger

Peter Hofmann im Fürstentum haben laut der Innenministerin zu Vorerhebungen gegen einen im Land wohnhaften Liechtensteiner Staatsbürger geführt. Grund: Verdacht auf Betätigung in einer staatsfeindlichen Bewegung. Näher ging Monauni auf den Fall nicht ein. «Da es sich um laufende Ermittlungen im Auftrag der Staatsanwaltschaft handelt, können dazu keine weiteren Auskünfte erteilt werden.»

## Drei Personen mit Reichsbürger-Kontakten

Der Landespolizei seien zudem bereits drei in Liechtenstein wohnhafte Personen bekannt gewesen, die Kontakte zu Reichsbürger-Bewegungen im Ausland unterhielten. In Liechtenstein selbst seien diese Per-

sonen jedoch nicht polizeilich auffällig geworden.

Der GCCL-Gründer Carl-Peter Hofmann stand am Dienstag in Liechtenstein vor Gericht. Denn Österreich hat den 61-jährigen international zur Verhaftung ausgeschrieben. Gesucht wird er wegen einer Reihe von Verbrechen: Gründung einer staatsfeindlichen Bewegung, schwerer gewerbsmässiger Betrug und Anstiftung zum Missbrauch der Amtsgewalt. Vor zwei Tagen stimmte nun das Obergericht der Auslieferung Hofmanns nach Österreich zu. Der Deutsche hat aber die Möglichkeit, gegen das Urteil Berufung einzulegen und vor den obersten Gerichtshof zu ziehen.

Elia Quaderer

## Betätigung in staatsfeindlicher Bewegung

# Liechtensteiner im Visier der Ermittlungen

**VADUZ** Die Strafverfolgungsbehörden ermitteln gegen einen Liechtensteiner, der auch hierzulande wohnhaft ist, wegen des Verdachts auf Betätigung in einer staatsfeindlichen Bewegung. Das sagte Innenministerin Sabine Monauni am Mittwoch im Zuge der Corona-Fragestunde im Landtag. Hintergrund ist die Verhaftung eines international gesuchten Deutschen im Zuge der 3G-Proteste im Ruggeller Restaurant Rössle. Der Mann war unter anderem wegen der Gründung einer staatsfeindlichen Vereinigung von Österreich zur Verhaftung ausgeschrieben und wurde in Ruggell durch die Landespolizei festgenommen. Am Dienstag hatte das Gericht seine Auslieferung verfügt, wobei der Entscheid noch nicht rechtskräftig ist. Der Deutsche ist eine grosse Nummer in der Szene der sogenannten «Reichsbürger» und Staatsverweigerer. Er gilt als Gründer eines Pseudogerichtshofes – dem «Global Court of the Common Law (GCCL)». Dessen Mitglieder berufen sich auf «Gesetze der Natur» und die Bibel als oberstes Rechtsdokument, denen sich staatliches und internationales Recht unterzuordnet haben. Der «Pseudo-Gerichtshof» wird seitens Österreichs als staatsfeindliche Organisation eingestuft, da dieser durch seine Strukturen Selbstjustiz propagiere. Dem Deutschen wird unter anderem vorgeworfen, durch erstellte «Muster-Drohschreiben» zur Nötigung, Erpressung von Dritten,

darunter auch Behörden und Regierungen, beigetragen zu haben.

## Debatte im Landtag

Im Landtag thematisierten gestern mehrere Abgeordnete, dass es auch in Ruggell zu einem Treffen der Anhänger dieses Gerichtshofes gekommen sein soll. Innenministerin Monauni bestätigte das Reichsbürger-Treffen in Liechtenstein. Die Art dieser Versammlung habe aber den Tatbestand einer staatsfeindlichen Bewegung nicht erfüllt, weshalb nicht ermittelt werde. Insgesamt seien der Landespolizei drei in Liechtenstein wohnhafte Personen bekannt, die Kontakte zur «Reichsbürger»-Szene unterhielten. In Liechtenstein seien diese Personen diesbezüglich aber nicht weiter in Erscheinung getreten.

Der Abgeordnete Thomas Rehak (Dpl) regte an, der Reichsbürger-Thematik im Zusammenhang mit Corona keine allzu grosse Bedeutung zuzumessen. Es handle sich um Einzelpersonen, die Demonstrationen und das Internet nutzten, um ihre «abstrusen Weltansichten» kund zu tun, so Rehak. Dies sei zu verurteilen, dürfe aber nicht zu viel Raum einnehmen. Wendelin Lampert (FBP) widersprach: «Für mich geht das in Richtung Afghanistan. Wer den Rechtsstaat nicht akzeptiert, zieht andere Instrumente heran, um Gesetze auszuliegen – zum Beispiel die Bibel.» Der Landtag dürfe hier nicht wegsehen, sonst eliminiere er sich selbst. (ds)

LESERMEINUNGEN

### Coronapandemie Massnahmegegner und Mitläufer

Die Kritik der Jungen Liste an den Montagdemos ist berechtigt. Sie kritisieren jene, die in respektlosen Reden die Behörden verunglimpfen und jene, die Schweizer Freiheitstrychler und deutsche Reichsbürger auf den Peter-Kaiser-Platz einladen. Die JL hat in ihrem ersten Appell die Teilnehmenden als eine «Bewegung, die von Libertären, religiösen Fundamentalisten, Verschwörungsmythikern, Faschisten und Holocaustverharmlosern unterwandert ist, bezeichnet.» Das stimmt leider, selbst wenn auch Leute an den Demos mitlaufen, die dem Impfen mit grosser Skepsis begegnen.

Valentin Ritter von der JL verdeutlicht es in seinem Leserbrief vom Donnerstag, in dem er einige Ansichten, der Massnahmegegner/-innen aufzählt, «Impfungen werden mit NS-Armbändern verglichen, ... eine Hitler-Figur mit der Aufschrift «Adolf Berset» und darüber «Impfen macht frei...» Die Idee, mit einer Demo die Montagsdemonstrierenden für einmal zu vertreiben, finde ich genial. Für die Pflegeberufe eine Lanze zu brechen, ist auch richtig. Die Aussagen dazu mögen etwas zu wenig differenziert sein, aber Leute aus den Pflegeberufen werden am 8. November zur Klärung beitragen. In ihrem zweiten Aufruf bittet die JL, Personen, die sich nicht impfen lassen wollen oder die es verkehrt finden, dass die Tests nicht mehr

gratis sind, sich genau zu überlegen, mit wem sie demonstrieren und welche Aussagen sie applaudierend an weiteren Demos unterstützen. Das kann ich nur unterstreichen. Denn wer mitmacht, ist mit den Aussagen und Absichten einverstanden.

Helen Marxer  
Floraweg 19, Vaduz

### «Jung und schon ausgereift totalitär»

Ich kann Georg Kieber nur beipflichten. Als ich gesehen habe, dass ein derartiger Leserbrief, in dem es von Beschimpfungen übelsster Sorte gerade zu wimmelt, von den Landeszeitungen ohne mit der Wimper zu zucken abgedruckt worden ist, war ich doch mehr als erstaunt. Ich würde noch weiter gehen und sagen, es hat mir beinahe die Schuhe ausgezogen. Mehrere meiner Leserbriefe sind - ohne Kommentar der Redaktionen - nicht veröffentlicht worden. Darüber kann man durchaus geteilter Meinung sein. Ein derartiger Ausbund an unverschämten Beschuldigungen und Verleumdungen, wie es der «Leserbrief» der Jungen Liste darstellt, so etwas zu veröffentlichen, das zeugt von minimalsten Kenntnissen darüber, wie man in einer demokratischen Kultur miteinander umgeht. So geht das jedenfalls nicht.

Norman Wille,  
Auring 9, Vaduz

### Wenn Grundrechte zu Privilegien werden ...

Die Ungleichbehandlung von Geimpften und Ungeimpften soll also gerechtfertigt sein? Warum sollen diese Privilegien den Geimpften zustehen, wenn sowohl Geimpfte als auch Ungeimpfte eine «Gefahr für die Gesellschaft» darstellen? Sind die Geimpften nicht die grössere Gefahr, wenn sie von allen Schutzmassnahmen befreit sind und das Virus in sich tragen und weitergeben können? Die Fälle von Geimpften, die sich das Virus einfangen und es streuen, häufen sich nämlich gerade auch bei uns. Manche Fälle von «erkrankten» Geimpften werden gemeldet, aber längst nicht alle und das aus zwei Gründen:  
1. Der Geimpfte wiegt sich verständlicherweise in Sicherheit und macht keinen Test, auch wenn es im Hals kratzt - er muss ja nicht, er ist privilegiert. So merkt er nicht, dass er sich angesteckt hat und steckt andere an, ohne es zu merken.  
2. Der Geimpfte macht einen Test und stellt fest: positiv! Er isoliert sich ein paar Tage, meldet den Fall aber nicht unbedingt. Vor allem im Fall eines schweren Verlaufs - und

diese Fälle gibt es auch bei uns - werden die Zahlen vielleicht erfasst. Vielleicht. Die Dunkelziffer bekommt in diesem Zusammenhang eine ganz andere Dimension. Das Schlimme am Ganzen: Weiterhin werden allein die Ungeimpften an den Pranger gestellt. Und Menschen, die die Impfung und die damit verbundenen Massnahmen infrage stellen, werden mittlerweile von Politikern im eigenen Land in eine Schublade gesteckt und als Schwurbler, Verschwörungsmythiker und Holocaust-Verharmloser bezeichnet und belächelt. Die Spaltung der Bevölkerung wird proaktiv gefördert. Diese verfahrenere Situation wird zwangsläufig zu 2G und/oder 1G führen, denn solange Politiker und viele Menschen weiterhin der Meinung sind, dass die Ungeimpften das Problem sind und die Impfung die einzige Lösung ist, werden die Machthaber nicht vom Kurs abweichen - sei es auch nur, um ihr Gesicht zu wahren. Wenn Grundrechte zu Privilegien werden, ist Widerstand die erste Bürgerpflicht - ob es der Jungen Liste gefällt oder nicht.

Laetitia Reiner,  
Im Bühl 48, Planken

tion gibt es in keinem Fall konkrete Hinweise, dass die Impfung die Ursache für den Todesfall war.

Kurt Oehry,  
Austrasse, Vaduz

# «Die Solidarischen sind in der Überzahl»

Am Montag findet eine Demonstration gegen die «klappete Schwurbelei» statt, organisiert von der Jungen Liste. Vorstandsmitglied Samuel Schurte spricht im Interview darüber, warum sich möglichst viele Menschen im Land gegen die Verschwörungstheoretiker stellen sollten.

## Interview: Valeska Blank

In den vergangenen Wochen war auf dem Peter-Kaiser-Platz jeweils montags eine Demonstration im Gange: Die Kundgebung der Corona-Massnahmengegner und Impfskeptiker. Diesen Montag findet auch wieder eine Demonstration statt – aber diesmal von der Gegenseite, die die Massnahmen mitträgt und langsam genug hat von den Äusserungen der lautstarken Minderheit.

Dazu aufgerufen hat die Jungpartei Junge Liste. Vorstandsmitglied Samuel Schurte spricht im Interview über die Beweggründe und welche Botschaft am Montag transportiert werden soll.

**«Klappete Schwurbelei», heisst es auf eurem Flyer zur Demo. Ihr wollt einfach provozieren, oder?**

**Samuel Schurte:** Natürlich ist es zu einem gewissen Grad Provokation. Aber es drückt auch aus, wie es uns mittlerweile nervt, was auf dem Peter-Kaiser-Platz in den vergangenen Wochen kommuniziert wurde. Manche Aussagen, die dort gemacht werden sind, Pardon, einfach dämlich. Darum fanden wir das schöne Dialektwort «klappet» recht passend.

**Welche Äusserungen der Coronademonstrierenden stören dich denn am meisten?**

Es werden einfach falsche Informationen verbreitet, die mit falscher Logik begründet werden. Die Redner widersprechen sich gegenseitig, und das ist allen egal. Aber das ist noch gar nicht das Schlimmste.

**Was meinst du?**

Wirklich zu viel geworden ist es mir, als die Demonstrierenden mit den Vergleichen zur Nazi-Zeit und den Holocaustverharmlosungen angefangen haben. In den Social-Media-Gruppen der Massnahmengegner

hat man ja schon vorher Fotos von Judensternen mit der Aufschrift «Ungeimpft» gesehen oder Sprüche wie «Impfen macht frei». Das geht einfach nicht. Das geht eindeutig zu weit. Dagegen muss ein Zeichen gesetzt werden – und auch gegen die quasi-faschistischen Aufrufe, die sich ja auch gegen unsere Politiker gerichtet haben.

**Und das alles hat die Junge Liste letztlich dazu bewegt, eine Gegendemonstration zu organisieren.**

Genau. Als linke, ausserparlamentarische Opposition wollten wir jetzt einfach ein Gegengewicht setzen.

**Zeitpunkt eurer Demo ist der Montag und Ort der Peter-Kaiser-Platz – also dann, wann normalerweise die übliche Coronademo stattfindet. Das habt ihr doch extra gemacht.**

Das war zu 100 Prozent Absicht, ja. Es ist keine Verschwörung und auch kein Geheimnis, dass wir den bisherigen Demonstrierenden den Platz wegnehmen wollten.

**Was ist die wichtigste Botschaft, die ihr am Montag rüberbringen wollt?**

Das sind gleich mehrere Dinge. Obwohl ich nicht einschätzen kann, wie viele Menschen am Montag effektiv kommen, wollen wir das Signal setzen: Die Menschen in Liechtenstein, die sich für Solidarität einsetzen und die Massnahmen von Anfang an mitgetragen haben,

**«Die Verharmlosung des Holocaust, wie man sie auf dem Peter-Kaiser-Platz gehört hat, geht eindeutig zu weit.»**



«Natürlich wäre es schön, wenn möglichst viele kommen würden»: Samuel Schurte von der Jungen Liste wünscht sich, dass die Menschen zusammenstehen, die sich solidarisch zeigen – und genug von den Massnahmengegnern und sogenannten «Schwurblern» haben. Bild: pd

sind in der Überzahl. Und zwar klar in der Überzahl.

**Diesen Eindruck hat man nicht immer, wenn man sich in den sozialen Medien bewegt oder die Demonstrationen in anderen Ländern verfolgt.**

Weil die Massnahmen- und Impfgegner so laut und aggressiv auftreten, kann dieser Eindruck entstehen. Trotzdem handelt es sich meiner Meinung nach um die Minderheit. Und ich glaube, dass diese spalterische Minderheit mittlerweile ganz vielen Menschen im Land gleich stark auf die Nerven geht wie uns. Diese Menschen laden wir am Montag ein, auch einmal zusammenzustehen.

**Euer direkter, teils provokanter Ton auf der Einladung zu eurer Demo ist nicht**

**überall gut angekommen. Hättest du es im Nachhinein gerne anders gemacht, vielleicht mit etwas mehr Fingerspitzengefühl?**

Nein. Wir haben damit gerechnet, dass wir Reaktionen und Kritik auslösen. Nur, wie explizit diese Kritik ausgefallen ist, hätte ich nicht erwartet.

**Sind die Mitglieder der Jungen Liste angefeindet**

**«Diese spalterische Minderheit geht sicher ganz vielen Menschen im Land auf die Nerven.»**

**oder beleidigt worden?**

Das Wort «Penner» ist gefallen, ja. Solche Reaktionen zeigen mir eines: Die üblichen Demonstrierenden sind es nicht gewohnt, Gegenwind zu bekommen. Sie ertragen es offenbar schlecht, wenn sich ihnen jemand entgegenstellt.

**Wird es die erste und letzte Demo sein der Jungen Liste, die im Zusammenhang mit der Pandemie steht?**

Ja, einmal reicht, finde ich.

**Corona ist ohnehin nicht das einzige Thema am Montag. Auf was wollt ihr sonst noch aufmerksam machen?**

Ein weiteres Hauptthema ist der Pflegenotstand. Viele Massnahmengegner haben in den letzten anderthalb Jahren ja argumentiert, dass man einfach mehr Betten in den Spitälern

schaffen sollte. Doch daran liegt es ja gar nicht, sondern am fehlenden Personal, das wegen Corona am Anschlag ist. Es kann doch nicht sein, dass Pflegenden schon nach ein paar Jahren in ihrem Beruf einen Burnout erleiden oder psychische Probleme haben. Und zusätzlich dazu noch schlecht entlohnt werden.

**Hast du Angst, dass die es am Montag zu Aggressionen auf dem Peter-Kaiser-Platz kommen könnte? Zum Beispiel vonseiten der Massnahmengegner, die sich von euch angegriffen fühlen?**

Hier möchte ich festhalten, dass es von unserer Seite sicher nicht zu Aggressionen kommen wird. Die Landespolizei hat sich diese Woche bei mir gemeldet und mich gebeten, die Teilnehmenden am Anfang der Demo darauf hinzuweisen, sich doch bitte friedlich zu verhalten. Ich finde das bezeichnend.

**Inwiefern?**

Sobald es ums Thema Corona geht beziehungsweise um die Bewegung der Massnahmengegner, macht man sich Sorgen um Gewalt. Zum Vergleich: Wir machen ja auch beim Klimastreik mit. Noch nie hat sich da die Polizei im Vorfeld gemeldet oder Präsenz bei der Demo gezeigt.

**Wie viele Teilnehmende erwartet ihr?**

Wie gesagt, das kann ich wirklich nicht einschätzen. Natürlich wäre es schön, wenn möglichst viele kommen würden. Aber letztlich ist es uns einfach wichtig, dass wir für einmal den Platz bekommen haben und die übliche Coronademo mit all ihren Falschinformationen für einmal nicht stattfinden kann.

**Hinweis**

Die Demonstration der Jungen Liste findet am Montag, 8. November, um 18 Uhr, auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz statt.

# Klare Kante gegen «klappete Schwurbelei»

Die Junge Liste setzte nicht nur ein Zeichen gegen Extremismus. Mit Erfahrungsberichten warb sie auch dafür, Pflegeberufe zu stärken.

Elias Quaderer

Den Unkenrufen, dass sich Impfbefürworter nicht mobilisieren lassen, zum Trotz, versammelten sich gestern zwischen 150 und 200 Personen an der «Anti-Schwurbelei-Demo» der Jungen Liste. «Ich möchte mich für die Kälte entschuldigen und für das zahlreiche Erscheinen danken», begrüßte Junge-Liste-Vorstandsmitglied Samuel Schurte die versammelte Menschenmenge.

Schurte, der als Moderator durch den Abend führte, richtete in seiner Einstiegsrede klare Worte an die Coronamassnahmen-Gegner, die sonst jeweils am Montag vor dem Regierungsgebäude demonstrieren: «Jede Woche wird hier auf einer unwissenschaftlichen Basis gesprochen, diskutiert und gehetzt», so Schurte. Die Junge Liste habe vor allem ein Umstand dazu bewegt, den Massnahmengegnern für eine Woche den Platz wegzuschnappen: Die Vergleiche der Corona-Schutzmassnahmen zum NS-Regime und die Verharmlosung des Holocaust. «Solche Aussagen sind ein starkes Stück für eine Gruppe, die gleichzeitig mit Reichsbürgern kuschelt.»

## «Herr Clavadetscher, setzen Sie dem ein Ende»

Im gleichen Sinne verdeutlichte auch das Junge-Liste-Mitglied Valentin Ritter, dass die Massnahmengegner mit den Vergleichen zum Nationalsozialismus eine Grenze überschritten. «Die Nazis haben Millionen Menschen ermordet. Es war das grösste Unrechtssystem,



Rund 200 Personen versammelten sich zur «Anti-Schwurbelei-Demo» in Vaduz. Bilder: D. Schwendener

das je existiert hat. Und der Vergleich von Hitler und Gaskammern mit Gesundheitsministern und Zertifikatspflicht, ist eine Beleidigung für alle Opfer des Faschismus», sagte Ritter.

Dennoch würden es die Organisatoren der Coronakundgebung nicht über sich bringen, sich von solchem Extremismus zu distanzieren. Darum richtete Ritter ein direktes Wort an den Veranstalter der Coronademos, Andrea Clavadetscher. «Herr Clavadetscher, Sie sind dafür verantwortlich, was an Ihren Demonstrationen gesagt wird. Sie geben diesen Menschen Raum, extremistische Botschaften zu verbreiten. Wenn

Sie etwas dagegen haben, setzen Sie dem ein Ende», schloss Ritter.

## Behandelt Pfleger gut, so dass sie euch gut behandeln

Aber die Demonstration der Jungen Liste beschränkte sich nicht nur darauf, den Massnahmengegnern den Peter-Kaiser-Platz «wegzureservieren». Sondern die Junge Liste wollte auch den Pflegenotstand thematisieren. «Einer der wichtigsten Berufe der Welt ist gleichzeitig einer der unattraktivsten der Welt. Und das geht nicht», hielt Schurte fest.

Wie gross der Handlungsbedarf ist, den Pflegeberuf auf-

zuwerten, legten drei Junge-Liste-Mitglieder dar, die selbst in der Pflege tätig sind. So Ruben Bargetze, der ein Praktikum in der Klinik St. Pirminsberg in Pfäfers absolviert. «Wir sind extrem unterbesetzt, viele Arbeitskollegen sammeln massiv Überstunden an und für die sehr hohen Anforderungen, die an uns gestellt werden, erhalten wir einen sehr tiefen Lohn.» Praktisch jede Person sei wahrscheinlich irgendwann in ihrem Leben auf einen Pfleger angewiesen. Darum lautete Bargetzes Aufruf: «Wenn ihr wollt, dass die Pfleger euch gut behandeln, solltet ihr auch anfangen sie gut zu behandeln.»

Die Coronakrise hat die angespannte Situation in den Pflegeberufen nochmals verschärft. Darum appellierte Bargetze, jeder solle die einzige Massnahme ergreifen, die aus der Pandemie führt: Sich impfen. Auch die Junge-Liste-Vertreterin Sara Kindle, die gerade ihr letztes Lehrjahr als Fachfrau für Gesundheit absolviert, machte sich für die Impfung stark. Die häufig anzutreffende Haltung «Ich bin ja gesund, ich überlebe Corona» ist in ihren Augen reiner Egoismus. «Die Unsicherheit der Menschen gegenüber etwas Neuem verurteilt ich weniger als ein solches Ich-zentriertes Weltbild», meinte Kindle.

## «Einige wenige nehmen ganzes Land als Geisel»

Nachdem sechs Junge-Liste-Mitglieder ihre Voten vortrugen, stand das Mikrophon allen Teilnehmern der Demonstration offen, ihre Meinung kundzutun. Von dieser Gelegenheit machte unter anderem das ehemalige Vorstandsmitglied der Freien Liste, Ute Jastrzab, Gebrauch. Sie hielt fest: Zwar spricht jeder über den Pflegenotstand, «aber getan wird eigentlich nichts». Sie erinnerte, wie viele Anstrengungen während der Finanzkrise zur Stützung des Finanzsektors unternommen wurden. Sie fragte sich, weshalb werden nicht dieselben Anstrengungen für den Notstand im Pflegebereich unternommen. «Vielleicht sollten wir jene, die unsere Kranken und Eltern pflegen, gleich bezahlen, wie jene, die unser Portfolio pflegen.» Und um die Situation aktuell wenigstens etwas zu verbessern, setzte

auch sie zum Impf-Appell an: «Es kann doch nicht sein, dass die Impfquote in unserem Land so niedrig ist. Dass einige wenige das gesamte Land als Geisel nehmen.»

Die Möglichkeit des offenen Mikrofons nutzten auch manche, die gegenüber der Impfung skeptisch sind und auch schon an den anderen Montagsdemos teilnahmen. Sie durften ihre Ansichten vortragen, auch wenn sie hörbar von der Mehrheit des Publikums nicht geteilt wurden. Allerdings galt die Bedingung: pro Person nur ein Redebeitrag. Die Landespolizei hielt fest, dass die gestrige Kundgebung ohne Zwischenfälle blieb. Samuel Schurte beurteilte die Demonstration als voller Erfolg. Er betonte aber auch: «Das war eine einmalige Veranstaltung.»



Junge-Liste-Mitglied Ruben Bargetze sprach über seine Erfahrungen als Pfleger.

# Rund 200 Leute demonstrierten gegen «Schwurbelei»

**Protest** Rund 200 Personen folgten am Montag dem Aufruf der Jungen Liste zur Demonstration. Die Kundgebung sollte klare Kante gegen extremistische Botschaften und für die Pflegeberufe zeigen.

VON DAVID SELE

Für die Junge Liste war es unerträglich, was man sich in den vergangenen Wochen auf dem Peter-Kaiser-Platz anhören musste. Das machte die Jungpartei an ihrer eigenen Demo deutlich. Die Jungpolitiker hatten den Corona-Massnahmegegnern vom Verein «Unerhört» die Bühne für einmal weggeschnappt, indem sie einfach früher ein Bewilligungsgesuch einreichten. Dass schliesslich weniger Menschen dem Aufruf der Jungen Liste gefolgt sind, als jeweils an den «Unerhört»-Demonstrationen teilnehmen, störte Vorstandsmitglied Samuel Schurte nicht sonderlich. «Wichtig war uns, den Platz zu übernehmen und für eine sinnvolle Botschaft zu nutzen», sagte Schurte im Anschluss gegenüber dem «Volksblatt». Die Landespolizei schätzte, dass etwa zwischen 150 und 200 Personen der Kundgebung beiwohnten. Zwischenfälle habe es aus polizeilicher Sicht nicht gegeben, hiess es in einer Mitteilung der Landespolizei vom Montagabend.

## Strittige Holocaust-Verharmlosung

«Die letzten Wochen wurde dieser Platz zur Bühne für Aussagen, die unserer Demokratie unwürdig sind», sagte Valentin Ritter, ebenfalls Mitglied der Jungen Liste, bei seiner Rede auf der Bühne. Es gehe nicht darum, Meinungen zu verbieten. «Aber der Vergleich von Hitler und Gaskammern mit Gesundheitsministern und Covid-Zertifikaten ist eine Beleidigung für alle Opfer des Faschismus.» Ritter nannte mehrere Bei-

spiele von derartigen Vergleichen, die an den Coronademos des Vereins «Unerhört» propagiert wurden. Er bemängelte: «Niemand distanziert sich davon, diese Aussagen werden verharmlost und verteidigt.» Ritter wandte sich schliesslich direkt an den Organisator der «Unerhört»-Demos: «Herr Clavadetscher, Sie sind verantwortlich dafür, was an Ihren Demos gesagt und gezeigt wird. Sie geben Menschen Raum für extremistische Botschaften. Wenn Sie etwas dagegen haben, setzen Sie dem ein Ende!»

Weiter appellierte Valentin Ritter an die Teilnehmer der Coronademos. Sie sollten hinterfragen, mit wem sie sich in eine Reihe stellen. «Habt den Mut, euch zu distanzieren, wenn euch die Demokratie wirklich wichtig ist.» Das Mittel einer Demonstration sei richtig, um Kritik an den Regierenden zu üben. Doch diese Kritik werde entwertet, wenn man sich mit «Reichsbürgern, Holocaust-Verharmlosern oder Verschwörungstheoretikerinnen» in eine Reihe stelle. Eine Frau, die insbesondere dem Freie-Liste-nahen Publikum gut bekannt ist, orteure sich später am offenen Mikrofon als Teilnehmerin der «Unerhört»-Demos. Sie appellierte für das gegenseitige Verständnis. Eine von den Teilnehmern geforderte Distanzierung von den Holocaust-Vergleichen war ihr aber nicht abzurufen. Auch nicht, als eine andere in Freie-Liste-Kreisen namhafte Person ins Feld führte, dass ihre Gross-

eltern im KZ von den Nazis ermordet wurden.

## Bessere Löhne für Pflege gefordert

Neben dem Widerstand gegen die sogenannte «Schwurbelei» - die Junge Liste stehe für eine «rationale, angstfreie, respektvolle und wissenschaftsorientierte» Politik - war der zweite Fokus der Kundgebung auf den Pflegenotstand gelegt. Hier berichteten ebenfalls zunächst Vorstandsmitglieder der Jungen Liste über ihre Erfahrungen im Pflegeberuf. Eine Rednerin aus dem Publikum bemängelte, dass der Notstand der Pflege lange bekannt sei. «Wir reden immer darüber, aber getan wird eigentlich nichts.» Die Frau führte ins Feld, dass keine Anstrengung gescheut worden sei, um die Finanzwelt nach der Krise 2008/09

zu retten. Bei der Pflege würde dieses Engagement der Politik fehlen. «Was würden wir tun, wenn niemand mehr in einer Bank arbeiten wollte?», fragte die Frau und hatte sogleich die Antwort parat: «Ich finde, die, die unsere Alten, Kranken und Kinder pflegen, sollten ähnlich bezahlt werden, wie jene, die unser Portfolio pflegen.» Die Voten für die Pflege wurden meist auch mit dem Appell zur Impfung gegen Corona verbunden. Ein Mann, der sich als Leiter eines Altenheims in der Schweiz vorstellte, betrat die Bühne, um hier einen Kontrapunkt zu setzen. Zwar sieht er ebenfalls seit Jahren eine prekäre

Situation im Pflegebereich. Die Pflegekräfte zur Impfung zu nötigen, verbessere jedoch nichts. Auch sie müssten frei entscheiden können. Der Mann kritisierte zudem, dass durch Coronaquarantäne und durch Impfreaktionen auch ein mehrstäufiger Arbeitsausfall von Pflegekräften hingenommen werde.

Als er mit dem vermeintlichen Plan B des österreichischen Rechtsausser-Politikers Herbert Kickl aufwartete, machte er sich insbesondere im Freie-Liste-Block der Demonstration selbstredend keine Freunde. Zwischenrufe interpretierte er damit, dass hier die Demokratie endet» und beendete seine Rede. Als er später nochmals einen zweiten Anlauf nehmen wollte, entschied das Publikum «demokratisch», dass jeder nur einmal reden dürfe.

## «Dialog» wohl schwierig

Gegenüber dem «Volksblatt» sagte Moderator Samuel Schurte im Anschluss, dies sei das richtige Vorgehen gewesen. «Ich denke, es ist nicht die Idee von einer Demo, dass jemand mehrfach auf die Bühne geholt wird. Er hatte die Möglichkeit, seine Meinung zu sagen. Wenn er sich dann auch noch mehrfach dafür hätte rechtfertigen müssen, hätte am Ende nur noch er geredet.» Zu Beginn der Demo hatte Schurte dem Publikum berichtet, dass die Junge Liste wegen der Aktion, den Montag zu kapern, auch sehr viele Beleidigungen erfahren habe. «Man merkt, sie können nicht damit umgehen, dass es auch einmal Gegenwind gibt», so Schurte. Dies sei sich die Jungpartei ein Stückweit zwar bereits von den Klimade-



Neben Redebeiträgen aus dem Publikum hielten mehrere Mitglieder der Jungen Liste kurze Vorträge auf dem Peter-Kaiser-Platz: Samuel Schurte (Grosses Foto, oben), Valentin Ritter (kleines Foto, links), Angilina Davida (unten links), Ruben Bargetze und Sophie Eberle. (Fotos: Michael Zanghellini)

mos gewohnt. Doch nicht in diesem Ausmass. Dass «Unerhört»-Wortführer Andrea Clavadetscher den Jungpolitikern im Radio den «Dialog» angeboten hat, bezeichnete Schurte unter diesen Umständen als «heuchlerisch». Bedingung für einen Dialog wäre aus Sicht der Jungen Liste jedenfalls, dass auf Vergleiche verzichtet wird, «bei denen es einer historisch halbwegs sensiblen Person den Magen umdreht», wie Valentin Ritter sagte.

## «Unerhört»-Wortführer Andrea Clavadetscher: «Ich finde es anmassend, dass jemand Forderungen in diese Richtung stellt»

**Reaktion** Coronademo-Organisator Andrea Clavadetscher wurde an der Gegendemo der Jungen Liste direkt angesprochen. Mit dem «Volksblatt» sprach er über Holocaustvergleiche, Dialogbereitschaft und die Forderungen der Jungen Liste.

VON DAVID SELE

Mit ihrer Coronademo hat die Junge Liste den Coronademonstranten vom Verein «Unerhört» für einmal den Termin weggeschnappt. Coronademo-Organisator Andrea Clavadetscher hat den Jungpolitikern daraufhin den Dialog angeboten. Aus Sicht der Jungen Liste ein «heuchlerisches» Angebot, wie sie an ihrer Demonstration kundtaten. Das «Volksblatt» hat am Tag danach mit dem «Unerhört»-Wortführer gesprochen.



Andrea Clavadetscher moderiert die Coronademos in Vaduz. (Archivfoto: MZ)

«Volksblatt»: Herr Clavadetscher, Sie haben die Demo der Jungen Liste am Montag mitverfolgt. Dabei wurden auch die Kundgebungen Ihres Vereins «Unerhört» thematisiert. Andrea Clavadetscher: Ich habe es zur Kenntnis genommen. Interessant und spannend ist, dass sie unser Angebot zum Dialog offiziell abgelehnt haben. Da kann sich jeder selbst etwas dazu denken.

Die Junge Liste hat den Dialog nicht einfach abgelehnt, sondern dies unter anderem mit den Holocaust-Vergleichen an den «Unerhört»-Demos begründet. Sie fordert eine Distanzierung davon als erste Bedingung für einen Dialog.

Die Junge Liste bezieht sich meiner Meinung nach auf die erste Coronademo im September. Da hat es tat-

sächlich Vergleiche zum Nationalsozialismus gegeben. Aber es war nicht die Rede vom Holocaust. Das hat der Regierungschef später in einem Interview in die Welt gesetzt. Aber in Wahrheit ist das Wort «Holocaust» nie gefallen. Ich möchte aber auch betonen, dass es seither an unseren Demos keine Vorfälle mehr in diese Richtung gegeben hat.

Am der letzten «Unerhört»-Demo war in der Mitte der Teilnehmenden ein Plakat aufgestellt, das den Schweizer Gesundheitsminister Alain Berset als Hitler zeigte. Darüber standen die Worte «Impfen macht frei». Im Kern geht es der Jungen Liste wohl weniger darum, ob das Wort «Holocaust» verwendet wird, sondern um die Gleichsetzung der Naziverbrechen mit der Coronapolitik. Dies sei eine Beleidigung der Opfer des Faschismus.

Ich glaube, es wird oft falsch verstanden, wenn jemand so einen Vergleich zu diesem dunkeln Kapitel der Geschichte zieht. Es soll nicht unbedingt heissen, dass es genau so ist wie damals, sondern dass es genau so angefangen hat. Die meisten wollen wohl sagen: So wurde das Nazi-System installiert, man konnte keine Meinung mehr äussern. Und so falsch liegen sie damit ja nicht. Wir dürfen zwar noch demonstrieren, aber offensichtlich ist es nun schon so weit, dass Bedingungen gestellt werden, um miteinander in den Dialog zu treten. Das ist ein klarer Hinweis: Es gibt einen Deutungsrahmen, den irgendjemand festlegt. Und dagegen wehre ich mich. Tut mir leid, das mache ich nicht mit. Ich bin nach wie vor bereit zum Dialog, aber nicht unter irgendwelchen Bedingungen.

Ein Redner der Jungen Liste hat Sie persönlich für Entgleisungen an Ihrer Demo verantwortlich gemacht.

Sie würden Menschen Raum und die Möglichkeit geben, extremistische Botschaften in Form von Reden oder Plakaten zu verbreiten. «Wenn Sie etwas dagegen haben, setzen Sie dem ein Ende.» Wäre es nicht auch im Sinne Ihrer Anliegen, zu sagen, dass so etwas nicht zulässig ist? Ich finde es sehr anmassend, dass überhaupt jemand Forderungen in diese Richtung stellt. Im Gegensatz zu Facebook und Twitter möchten wir die freie Meinungsäusserung nicht zensieren. Und auch was für Schilder an unseren Demos hochgehalten werden, können und wollen wir nicht überprüfen. Die meisten unserer Kundgebungsteilnehmer sind Bürger aus dem normalen Leben. Und sie fühlen sich nun mal so, wie sie sich äussern. Und ich finde es auch jenseits, wie die ganze Impfmantik sich zugespitzt hat. Dass man das Impfen heute so thematisieren darf und kann. Dass Leute ausgeschlossen werden dürfen, weil sie sich nicht impfen lassen wollen. Das war vor zwei Jahren noch nicht denkbar. Das hat es noch nie gegeben. Aber die Regierungen fördern und fordern ebendiese Diskriminierung. Spannend finde ich auch, dass der bayerische Ministerpräsident Söder sagen darf «Impfen ist der Weg - impfen ist der Weg zur Freiheit», ohne dass genau dieselben Leute dagegen protestieren, die Menschen mit erwähnten Schildern heftig kritisieren. Hier bleibt der Aufschrei aus. Auch jener der Medien.

LESERMEINUNGEN

### Montagsdemos

In meinem Leserbrief vom 10. November habe ich fälschlicherweise das holocaustverharmlosende Zitat eines Namensvetters dem Organisator der Montagsdemos, Andrea Clavadetscher, zugeschrieben. Für diesen schwerwiegenden Fehler möchte ich mich bei Herrn Clavadetscher aufrichtig entschuldigen.

Die Reaktionen auf meinen Beitrag haben jedoch gezeigt, dass einige der Demonstrationsteilnehmenden keinerlei Probleme mit dem Gleichsetzen der Naziverbrechen mit der Coronapolitik haben. Auch Herr Clavadetscher relativiert im Gespräch mit dem «Volksblatt» (erschienen am 10. November) diese Vergleiche mit der Aussage, dass das Nazi-System auf ähnliche Weise installiert wurde.

Mit solchen Vergleichen und der Akzeptanz von Nazi-Symbolik wie dem gelben Stern mit der Aufschrift «ungeimpft» wird aber bewusst in Kauf genommen, dass rechtsextremes Gedankengut wieder gesellschaftsfähig wird.

Ich würde mir von den Verantwortlichen, aber auch von den Teilnehmenden wünschen, sich nicht auf die freie Meinungsäußerung zu berufen, sondern klare Grenzen zu setzen.

Sigi Langenbahn,  
In der Blacha 48, Planken

## Quo vadis Menschheitsfamilie?

Herr Langenbahn, ja die Gräueltaten der NS-Zeit sind unumstritten, so auch die Existenz des SARS-CoV-2-Virus. Extremismus jeglicher Art und die oft damit verbundene Intoleranz sind destruktiv.

Die Exekutive hat in Bezug auf die entsprechenden Äusserungen an der betreffenden Demo des Vereins «unerhört» ermittelt: «Gemäss Staatsanwaltschaft liege jedoch ein Verdacht nach Artikel 283 des Strafgesetzbuchs nicht vor.» (VA, 29.9.2021). Wäre es somit nicht an der Zeit, dieses Thema im Zusammenhang mit den Montagsdemos ruhen zu lassen?

Auch die Jungen dürften erfahren, wie unberechenbar ein offenes Mikro ist. Eine Rednerin äusserte bei der Junge-Liste-Demo u. a. folgende Worte: «(...) dass wir alle gesund werden (...). Es kann doch nicht

sein, dass einige Wenige ein ganzes Land als Geisel halten (...). Diese happige Anschuldigung tangiert wohlbemerkt 35 Prozent der Bevölkerung; die Demonstrierenden applaudierten.

Wo sind die Beweise, um den Ungeimpften diese schwere Schuld zuzuweisen? Auch Geimpfte können das Virus übertragen und Impfdurchbrüche sind Realität, wodurch selbst Geimpfte im Spital landen können.

Auch drängt sich die Frage auf, warum wir alle krank sein sollten? Wie nennt man ein solches Vorgehen in der heutigen Zeit - Mitmenschen öffentlich in dieser Art sinnesgemäss als Geiselnehmer zu bezeichnen?

Dass Menschen, ob Jung oder Alt, ihre Meinung kundtun, ist ein hohes Gut der Demokratie. Allerdings scheint mir, dass es in dieser gespaltenen Gesellschaft gegenüber dem Andersdenkenden an Respekt und Anstand fehlt.

Wer ohne Schuld ist, werfe den ersten Stein. Aus Protest gegenüber den unverhältnismässigen Covid-Massnahmen - not more - werde ich als eigenständig differenziert denkender Mensch weiterhin an den Montagsdemos teilnehmen. Wohlbemerkt sind die vorherrschenden Grundrechtseinschränkungen historisch und basieren auf einem Zickzack-Kurs der fünfköpfigen Regierung. Es ist zu einfach, kurzerhand alle Demonstrierenden in einen Topf zu werfen.

**Carmen Sprenger-Lampert,**  
Landstrasse 333, Triesen

## Die Gesellschaft muss den Jugendlichen ein Vorbild sein

Zum Tag der Toleranz erklärt die Schulsozialarbeiterin Serafine Amstutz, wie das Thema Alltagsrassismus im Schulalltag behandelt wird.

Serafine Amstutz ist Schulsozialarbeiterin an den Weiterführenden Schulen in Vaduz (WSV). Die Schulsozialarbeit ist ein Fachbereich im Schulamt. Grundsätzlich, so sagt sie, sei Rassismus kein grosses Problem an den Schulen. In letzter Zeit dominiere Corona das Schulgeschehen. Jedoch käme es durchaus vor, dass Schülerinnen und Schüler aufgrund ihres Migrationshintergrundes oder ihrer Hautfarbe im Streit rassistisch beleidigt werden. Dies passiere sowohl online, etwa in den sozialen Medien oder in Gruppenchats, als auch offline. «Wenn ein Vorfall an uns herangetragen wird, entscheiden wir individuell», so Amstutz. Entweder man bespreche die Thematik mit den Beteiligten, oder die Lehrperson oder die Schulsozialarbeit entscheiden, eine Einheit zum Thema Toleranz, Vorurteile oder Diskriminierung durchzuführen.

«Sensibilisierung ist ein Prozess», so Amstutz. Der Umgang mit Vorurteilen, der Respekt untereinander, das sei immer wieder ein Thema. Andererseits setze man auch auf Prävention.



«Sensibilisierung ist ein Prozess, auch in Bezug auf Alltagsrassismus», so Serafine Amstutz.

Bild: Paul Trummer

So werde die Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Religionen durch den Lehrplan gefördert. Serafine Amstutz sagt:

«Ich lerne Jugendliche als sehr offen kennen. Gerade wenn es um Toleranz geht. Beispielsweise bei der sexuellen Orientie-

rung. Da haben sie den Erwachsenen oft etwas voraus.» Es sei ohnehin wichtig, dass die Gesellschaft ein gutes Vorbild für

die Jugendlichen ist: «So sensibilisiert die Gesellschaft ist, so sensibilisiert ist die Jugend», fasst Amstutz zusammen.

Wenn Diskurse in der Gesellschaft stattfinden, wie etwa die Diskussion um den Schokokuss und dessen Benennung, würden diese teils auch unter den Jugendlichen rege diskutiert. «Wir versuchen, bei solchen Themen zu sensibilisieren, gemeinsam eine andere Position einzunehmen. Gerade wenn die Position vertreten wird, das sei doch nicht so schlimm.» Denn was wiegt mehr? Die Person, die sagt: Das verletzt mich. Oder die Person, die findet: Man soll sich nicht so anstellen. «Sprache schafft Wirklichkeit. Und es sind auch die kleinen Dinge, die einen Unterschied machen können», so Amstutz. Der Schulsozialarbeit ist es ein Anliegen, den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, dass sie sich mit jedem Thema an die Schulsozialarbeit ihrer Schule wenden können: «Bei uns werden sie ernst genommen.»

von Gabriella Alvarez-Hummel

### Alltagsrassismus

Damit ist jene Art von Rassismus gemeint, welche oft unausgesprochen mitschwingt oder «nicht böse gemeint» ist. Alltagsrassismus hat viele Gesichter – und er bedingt, dass sich jede Person aktiv mit der Thematik auseinandersetzt und nach blinden Flecken im eigenen Verständnis sucht. In der Interview-Serie des Amtes für Soziale Dienste, Fachbereich Chancengleichheit, berichten Experten und Expertinnen aus unterschiedlichen Bereichen von ihren Erfahrungen und Einschätzungen zum Thema in Liechtenstein.



# Frauen mit Migrationshintergrund haben es besonders schwer

**Hilfe** Zum Tag der Toleranz gibt Infra-Geschäftsführerin Petra Eichele Auskunft über Alltagsrassismus- und Diskriminierungserfahrungen von Frauen in Liechtenstein.

VON GABRIELLA ALVAREZ-HUMMEL

**P**etra Eichele kommt gleich auf den Punkt: «Alltagsrassismus ist ein Problem in Liechtenstein.» Die Geschäftsführerin der Informations- und Beratungsstelle für Frauen (Infra) hört viele Geschichten. Sowohl von den Beraterinnen als auch von den Frauen, welche die Unterstützung der Infra in Anspruch nehmen. Knapp die Hälfte dieser Frauen seien Migrantinnen, so Eichele.

Eine Frau, die seit Kurzem bei einem Amt arbeitet, berichtete etwa: Eines Tages habe sich jemand im Lauf eines Telefonats nach ihrem (perfekten) Hochdeutsch erkundigt, und dann gefragt, ob eine Ausländerin überhaupt auf einem Amt arbeiten dürfe. «Diese Geschichte hat mich entsetzt», so Petra Eichele. Eine andere Frau mit ausländischem Nachnamen habe beim Zahnarzt im Voraus bezahlen müssen. Auf den ersten Blick scheinen Vorfälle wie diese nicht per se schlimm, aber genau das macht Alltagsrassismus aus. Die Aussage ist vielleicht nicht böse gemeint, aber implizit wird kommuniziert: Das Gegenüber ist anders, es gehört nicht dazu.

Die Infra bietet durch das Projekt integra, das vom Fachbereich Chancengleichheit gefördert wird, auch Beratungen in der Muttersprache sowie Informationsveranstaltungen an. Auch in diesem Rahmen treten die Themen Rassismus und Diskri-



Infra-Geschäftsführerin Petra Eichele. (Foto: Paul Trummer)

minierung wiederholt auf. In den Kursen lernen die Frauen die Regeln, Codes und ungeschriebenen Gesetze im Land. Warum gibt es diese Angebote speziell für Migrantinnen? Petra Eichele: «Frauen werden ohnehin bereits diskriminiert, in Lohnfragen zum Beispiel. Für Frauen mit Migrationshintergrund ist es entsprechend schwieriger.» Ein Beispiel: Die Arbeitslosenquote in Liechtenstein betrug im Jahr 2020

1,5 Prozent. Bei Migrantinnen lag sie bei 2,8 Prozent.

«Rassismuserfahrungen ergeben sich zudem oft über das Aussehen», führt die Geschäftsführerin aus. Menschen dunkler Hautfarbe oder mit Kopftuch haben es besonders schwer im Land. So sei es bereits vorgekommen, dass die Infra einer Frau mit Kopftuch mit Bedauern habe empfehlen müssen, das Kopftuch abzulegen, weil sie auch nach langer

Zeit noch keine Arbeitsstelle gefunden habe. Petra Eichele hat einige Ideen, was dagegen zu tun wäre: «Ich bin eine Befürworterin für Bewerbungen ohne Angabe von Namen, Geschlecht und Foto.» Zudem müsse der Staat Deutschkurse stärker finanziell unterstützen.

Ein weiteres Thema, das die Infra-Geschäftsführerin umtreibt und das auch speziell Frauen mit Migrationshintergrund betrifft, ist jenes der sexuellen Belästigung. Es benötige ohnehin bereits sehr viel Mut, in einem kleinen Land wie Liechtenstein einen Übergriff - etwa am Arbeitsplatz - anzuzeigen. Eine Migrantin, die kurz davor gewesen sei, Anzeige zu erstatten, zog sich am Ende doch zurück, weil sie Repressalien befürchtete. (pr)



AMT FÜR SOZIALE DIENSTE  
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

FACHBEREICH CHANCENGLEICHHEIT

## ALLTAGSRASSISMUS

Damit ist jene Art von Rassismus gemeint, welcher oft unausgesprochen mitschwingt oder «nicht böse gemeint» ist. Alltagsrassismus hat viele Gesichter - und er bedingt, dass sich jede Person aktiv mit der Thematik auseinandersetzt und nach blinden Flecken im eigenen Verständnis sucht. In der Interview-Serie des Amtes für Soziale Dienste, Fachbereich Chancengleichheit, berichten Expertinnen aus unterschiedlichen Bereichen von ihren Erfahrungen und Einschätzungen zum Thema in Liechtenstein.

## Alltagsrassismus greift stark in das Lebensgefühl der Menschen ein

In der Serie zum Thema Alltagsrassismus des Fachbereichs Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste erklärt Eva Grabherr aus wissenschaftlicher Sicht, warum Alltagsrassismus nicht dem Ethos unserer Gesellschaft entspricht.

In Bezug auf Diskriminierung und Rassismus hat Eva Grabherr nicht nur schlechte Nachrichten: «Wichtig für die Einschätzung der heutigen Debatten ist die Einsicht, dass unsere Gesellschaft in den deutschsprachigen Ländern in den letzten Jahrzehnten insgesamt offener und gleichbehandelnder geworden ist.» Die Geschäftsführerin von «okay.zusammen leben», der Projektstelle für Zuwanderung und Integration in Vorarlberg, begründet den zurzeit heftig geführten Diskurs in puncto Diskriminierung und Rassismus auch damit, dass vor allem junge Menschen Veränderungen einforderten.

Einerseits, so Eva Grabherr, sei da der Anspruch der Gesellschaft, dass Menschen gleich behandelt werden sollten. Auf der anderen Seite steht die Realität: «Rassismusberichte in allen europäischen Ländern belegen ausdrückliche Ungleichbehandlungen aufgrund der Herkunft: durch die Polizei, auf dem Arbeitsmarkt, beim Einlass vor Diskotheken, bei der Wohnungssuche.»

Davon zu unterscheiden sei jedoch das Phänomen Alltagsrassismus, das sie als «Herab-



Kinder und Jugendliche seien immer wieder «passigen» Bemerkungen von Lehrpersonen ausgesetzt, weiss Eva Grabherr. Bild: pd

würdigung von Menschen auf Basis ihrer Gruppenzugehörigkeit» beschreibt. Dabei handele es sich nicht um eine konkrete

Ungleichbehandlung, jedoch greifen diese Herabwürdigungen stark in das Lebensgefühl der Menschen ein: «Ich kenne

das, wenn ich mit Frauen mit Kopftuch auf den Strassen Vorarlbergs unterwegs bin. Die Blicke, die da kommen können,

aber auch abfällige Bemerkungen sind erstaunlich und ungewohnt, wenn man sonst als Mensch der sogenannten Mehrheitsgesellschaft unterwegs ist.»

Auch junge Menschen sind davor nicht gefeit: «Aus unseren Befragungen in Schulen erfahren wir, dass Kinder und Jugendliche immer wieder Witzen und «passigen» Bemerkungen von Pädagogen ausgesetzt sind.» Was das mit Menschen machen kann, ist aus sozialpsychologischen Untersuchungen bekannt: «Kinder und Jugendliche reagieren hoch empfindsam auf solche impliziten Hierarchien im sozialen Raum. Nicht wenige können dann beispielsweise ihre Leistungen nicht im vollen Umfang abrufen, oder reagieren mit Trotz und Aggression.»

Auf solche wissenschaftlichen Befunde hinzuweisen und zu sensibilisieren, darauf konzentriert sich «okay.zusammen leben». Eva Grabherr: «Diese Dinge finden nicht irgendwo statt, sie finden in unserem gesellschaftlichen Raum statt, für den wir verantwortlich sind. Ein besonderes Anliegen sind uns pädagogische Räume und dass diese grundlegend anerken-

nend für alle Kinder und Jugendlichen gestaltet werden und sind.»

von Gabriella Alvarez-Hummel

### Alltagsrassismus

Damit ist jene Art von Rassismus gemeint, welcher oft unausgesprochen mitschwingt oder «nicht böse gemeint» ist. Alltagsrassismus hat viele Gesichter – und er bedingt, dass sich jede Person aktiv mit der Thematik auseinandersetzt und nach blinden Flecken im eigenen Verständnis sucht. In der Interview-Serie des Amtes für Soziale Dienste, Fachbereich Chancengleichheit, berichten Expertinnen aus unterschiedlichen Bereichen von ihren Erfahrungen und Einschätzungen zum Thema in Liechtenstein.



# Alltagsrassismus-Erfahrungen von Jugendlichen

**Thema** In der Serie des Fachbereichs Chancengleichheit vom Amt für Soziale Dienste zum Thema Alltagsrassismus gibt Mirjam Schiffer vom Jugendinformationszentrum «aha - Tipps & Infos für junge Leute» Auskunft darüber, inwiefern Jugendliche alltäglichen Rassismus im Land erleben.

VON GABRIELLA ALVAREZ-HUMMEL

In der Job- und Wohnungssuche, am Ausbildungsplatz, auf der Strasse, im ÖV, in der Freizeit, in den Sozialen Medien: «Alltagsrassismus ist hierzulande leider weit verbreitet», so Mirjam Schiffer. Sie hat Jugendliche nach ihren Erfahrungen befragt: «Betroffene Jugendliche berichten, dass sie in der Öffentlichkeit damit rechnen, mit Rassismus konfrontiert zu werden.» Typische alltagsrassistische Situationen seien etwa: Von Fremden auf Englisch oder mit gebrochenem Deutsch angesprochen zu werden. Ungefragtes In-die-Haare-greifen. Die Frage: Woher kommst du wirklich? Die Aussage: Du siehst nicht aus wie eine Liechtensteinerin. Oder: Du verhältst dich mega europäisch dafür, dass du schwarz bist.

Solche sogenannten Mikroaggressionen kämen oft vor, aber auch offener Rassismus durch Verwenden des N-Wortes sei nicht selten. Betroffene Jugendliche erzählen unzählige Erlebnisse aus dem Alltag in Liechtenstein, in denen sie auch in der Öffentlichkeit mit dem N-Wort beleidigt wurden.

Mirjam Schiffer erlebt häufig, dass Menschen sich zunächst angegriffen fühlen, wenn man darüber spricht, dass man als weisse Person gewisse gesellschaftliche Privilegien genießt: «Es ist wichtig, aufzuzeigen: Nur weil man selbst niemanden mit Rassismuserfahrungen kennt, heisst das nicht automatisch, dass es keinen Rassismus gibt.»

Wenn das «aha» mit Jugendlichen in Bezug auf Rassismus und Toleranz

Mirjam Schiffer.  
(Foto: Trummer)



arbeitet, dann versuche man das oft durch Rollenspiele. Dadurch soll die Empathie gesteigert und sollen unbewusste Vorurteile und Stereotype sichtbar gemacht werden. Fragen seien beispielsweise: Was fällt dir zum Begriff «Flüchtling» alles ein? Fragst du Weisse beim Smalltalk auch nach ihrer Herkunft? Oder nach ihren Eltern? «Die meisten Jugendlichen sind neugierig, offen und wollen wirklich

lernen, wie sie Betroffene wirksam unterstützen können», so Mirjam Schiffer. Darüber hinaus organisiert das «aha» Jugendaustauschprojekte, die allen Jugendlichen offenstehen und den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus sowie ein positives Verständnis von Diversität und Vielfalt fördern sollen.

Die «aha»-Mitarbeiterin vertritt die Haltung, dass man die eigenen Mei-

nungen und Haltungen öfter infrage stellen müsse. Man solle sich selber reflektieren: Wie würde ich gerne von anderen Menschen behandelt werden? «Ob gewollt oder ungewollt, wir alle handeln im Alltag rassistisch», so Schiffer. «Um das zu vermeiden, heisst es: Informieren, Bewusstmachen, Eingreifen.» Sprich: Mit Betroffenen sprechen, sich seiner eigenen Privilegien be-

wusst werden und sich nicht selber angegriffen fühlen - und Zivilcourage zeigen, Rassismus beim Namen nennen, auch im Netz. Gerade in der heutigen Zeit sei es wichtig, sich klar zu positionieren und Stellung zu beziehen, so Schiffer: «Die eigene Lebensrealität entspricht nicht unbedingt der Lebensrealität von anderen Menschen - und das gilt nicht nur für Jugendliche.» (pr)



AMT FÜR SOZIALE DIENSTE  
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

FACHBEREICH CHANCENGLEICHHEIT

## ALLTAGSRASSISMUS

Damit ist jene Art von Rassismus gemeint, welcher oft unausgesprochen mitschwingt oder «nicht böse gemeint» ist. Alltagsrassismus hat viele Gesichter - und er bedingt, dass sich jede Person aktiv mit der Thematik auseinandersetzt und nach blinden Flecken im eigenen Verständnis sucht. In der Interview-Serie des Amtes für Soziale Dienste, Fachbereich Chancengleichheit, berichten Expertinnen aus unterschiedlichen Bereichen von ihren Erfahrungen und Einschätzungen zum Thema in Liechtenstein.

# «Impfpflicht» zur Unzeit

**Leitartikel** Eine Impfpflicht ist weder geeignet, noch das gelindeste Mittel, um unser akutes Corona-Problem zu lösen. Und nach dieser Welle ist sie wohl bereits obsolet. Die Debatte darüber kommt zudem zur Unzeit und könnte mehr schaden als sie nützt.

VON DAVID SELE

**P**lichten verletzen Rechte. Das muss so sein, sonst wären es keine Pflichten. Junge Männer werden in der Schweiz beispielsweise in ihrem Recht auf eine freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit eingeschränkt. Sie müssen Karriere- oder Familienpläne zurückstellen, um den Militärdienst zu absolvieren. Das Bedürfnis der Allgemeinheit, sich im Kriegsfall selbst verteidigen zu können, wird höher gewichtet. Egal wie illusionistisch es ist. Freilich lässt sich also über die Sinnhaftigkeit dieser Pflicht streiten. Doch es gibt sie. Wer sich verweigert, muss Geldstrafen zahlen und kann sogar im Knast landen.

Angesichts des massiven Eingriffs in die persönlichen Rechte durch die Militärpflicht, wirkt die aktuelle Debatte über eine Impfpflicht zur Bewältigung der Pandemie völlig dramatisiert. Es mag an der Verzweiflung liegen: Die einen, die sich nicht impfen lassen wollen. Die anderen, die sich von den Ungeimpften in Geiselnhaft genommen fühlen.

Haben wir alles versucht?

«Wir hatten die Lösung in der Hand», sagte Regierungschef Daniel Risch kürzlich. Und er hat recht. Wer aber eine Impfpflicht fordert, muss nach vorne schauen. Richtig ist nämlich auch, dass uns eine Impfpflicht jetzt nicht mehr aus dieser Welle retten kann. Bis sie beschlossen, eingeführt und durchgesetzt wäre, ist die Welle vorbei. Ob danach überhaupt noch mehr Impfungen benötigt werden, wird sich zeigen. Viele Ungeimpfte werden sich bis zum Ende dieser Welle infizieren. Einige davon müssen ins Spital, landen auf der Intensivstation und werden sterben. Jene, die freiwillig ungeimpft geblieben sind, nehmen das in Kauf. Für einige wenige, die sich nicht impfen lassen können, bleibt Corona eine Schicksalsfrage. Hin wie her wird die Immunisierungsquote nach dieser Welle höher sein als zuvor. Eine Impfpflicht wäre also nur dann ein geeignetes Mittel, wenn wenig immunisiert sind und man

vor einer Infektionswelle steht. Aber wäre sie auch das gelindeste Mittel, um die Impfquote zu steigern? Haben wir wirklich alles versucht?

Zumindest für Liechtenstein ist diese Frage ganz klar mit Nein zu beantworten. Massnahmen, die auch einen gewissen Impfdruck erzeugen, wurden viel zu spät (3G) oder gar nicht (2G) ergriffen. Nach Einführung von 3G knickte die Regierung bei der Übernahme der Testkosten für einen weiteren Monat ein, weil es «dem Land guttut».

Die Werbe- und Informationskampagne für die Impfung kam immer wieder zu spät und wirkte halbherzig. Und das Angebot war lückenhaft: Es gab seit Sommer mehrere Phasen, in denen Erstimpfungen in Liechtenstein kaum oder gar nicht möglich waren. Bevor eine Impfpflicht in Betracht gezogen wird, müssten überdies Anreize geprüft werden. 300 Franken für jeden Geimpften. Mancherorts brachte das Erfolg. Oder eine Lottererie? Die Ideen und Praxisbeispiele sind endlos und oft stupide. Erwogen oder gar erprobt wurden sie jedoch nicht.

Wie weit will man gehen?

Wenn alles versucht wurde, aber nichts gewirkt hat, dann können wir über die Impfpflicht reden. Und auch über die Durchführbarkeit. Wie weit will man gehen?

Eine Pflicht ist nämlich nur eine Pflicht, wenn sie auch durchgesetzt wird. Ohne Wenn und Aber. Verweigerer mit einer Ordnungsbusse zu strafen, reicht nicht. Denn dann wäre es eine Impfpflicht für Arme, die Reichen kaufen sich frei. Das heisst im Umkehrschluss, nur eine Impfpflicht mit Zwang wäre auch gerecht.

Ein Impfwang wird in einer liberalen Gesellschaft an der Durchsetzung scheitern. Der frühere Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini sagte vor fast genau einem Jahr während seiner letzten Landtags-sitzung: «Wie soll man das denn machen? Man kann ja nicht Leute auf der Strasse einfangen und impfen.» Ja, ich hoffe, das kann man wirklich nicht. Doch bereits eine Impfpflicht



(Foto: Keystone/Michael Buholzer)

ohne physische Zwangsmassnahmen hätte Begleiteffekte, die in Anbetracht der heutigen Lage unverhältnismässig wären.

Seit Anbeginn werden die Corona-Protestbewegungen von extremistischen Gruppierungen unterwandert. Rechtsextremisten, Reichsbürger, Verschwörungsideologen, religiöse Fanatiker und dergleichen wissen diesen Nährboden erfolgreich zu nutzen. Ganz normale Menschen verbreiten heute wahnwitzigen, gefährlichen Unsinn. Sie sind noch nicht verloren. Eine Impfpflicht kann sie aber noch weiter in die Arme der extremen Spinner treiben.

Wer sich nicht impfen lassen will, wird durch eine Impfpflicht bedroht. Je nach Strafmass kann diese Bedrohung so massiv wirken, dass sie die Betroffenen immer weiter in die Ecke drängt. Und wer keinen Ausweg sieht, agiert irrational und unberechenbar. Das ist brandgefährlich.

Dieser Begleiteffekt einer Radikalisierung in Kauf zu nehmen, ist nur dann verhältnismässig, wenn eine Impfpflicht geeignet, durchführbar und das gelindeste Mittel ist.

Falscher Zeitpunkt

Besonders Paradox ist aber, dass momentan von diversen Akteuren eine Debatte vom Zaun gebrochen wird, die genau diesen radikalisierenden Begleiteffekt ebenfalls befeuert - und die Politik viel Glaubwürdigkeit kosten könnte.

Ausschlaggebend ist ein Meisterstück österreichischer Ankündigungspolitik. «Österreich führt Impfpflicht ein», so die Schlagzeilen. Doch das ist falsch. Beschlossen ist gar nichts. Ob und wie sie eine Impfpflicht umsetzen könnte, weiss Österreichs Regierung selbst nicht. Das müssten jetzt mal Experten prüfen, meinte Kanzler Schallenberg am Abend nach der vollmundigen Ankündigung gegenüber dem ORF. Ich behaupte: Diese Impfpflicht wird nicht kommen.

Doch jetzt soll auch der Liechtensteiner Landtag über eine Impfpflicht diskutieren, findet die Freie Liste. Dabei hat ein guter Teil der Abgeordneten die Coronafragestunden im Herbst - damals hätte eine Impfpflicht uns vor der Winterwelle vielleicht sogar bewahren können - vielfach mit repetitiven, oft belanglosen und vereinzelt effektheisierenden Fragen gefüllt. Die Regierung lieferte Antworten, die aufmerksame Zeitungsleser auch selbst gekannt hätten. Erhellende Kommentare zu den konstruktiven Voten der Landtagsabgeordneten blieben zumeist aus.

Aber ausgerechnet jetzt, wenn Krisenmanagement gefragt wäre, soll eine Grundsatzdiskussion gestartet werden, die zur Lösung des akuten Problems rein gar nichts beitragen kann und wird. Dabei gäbe es durchaus eine Pflicht, die uns in der heutigen Situation helfen würde: Nämlich die Verpflichtung zur Teilnahme an den Spucktests in den Schulen und Betrieben. Dies hätte wenigstens einen sofortigen epidemiologischen Nutzen, weil so mehr Kontrolle über das Infektionsgeschehen gewonnen werden könnte.

## Liechtensteins internationale Verpflichtungen gegen Rassismus

Noah Oehri vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten (AAA) erläutert in der Serie zum Thema Alltagsrassismus vom Fachbereich Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste, inwiefern Liechtenstein sich international verpflichtet, Rassismus entgegenzuwirken.

Rassismus und Diskriminierung sind innenpolitische Angelegenheiten, aber nicht nur. Liechtenstein ist als Mitglied des Europarats und der Vereinten Nationen international dazu verpflichtet, die Menschenrechte zu wahren. «Dabei gilt auch der Schutz vor Rassismus als anerkanntes Menschenrecht», so Noah Oehri von der Abteilung für Sicherheit und Menschenrechte beim AAA. Liechtenstein habe bereits vor Jahrzehnten die Europäische Menschenrechtskonvention sowie das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung (Cerd) ratifiziert und ist damit entsprechende internationale Verpflichtungen eingegangen.

Um sicherzugehen, dass die Verpflichtungen des UN-Übereinkommens auch umgesetzt werden, sind die Vertragsstaaten des Cerd dazu verpflichtet, regelmässig einen Bericht einzureichen. «Der Länderbericht wird vom AAA erstellt, aber auch

Menschenrechtsorganisationen und die Zivilgesellschaft können sich am Prozess beteiligen und sogenannte Schattenberichte einreichen», so Noah Oehri. Aufgrund dieser Berichte sowie der anschliessenden Dialoge in Genf formuliere der Cerd-Ausschuss schliesslich Empfehlungen zur Verbesserung.

Als Mitglied des Europarats wird Liechtenstein zusätzlich durch die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Ecri) beurteilt. Noah Oehri: «Das Mandat umfasst jedoch nicht nur Rassismus im engeren Sinne, sondern Diskriminierung insgesamt. Etwa wegen Religion, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität.» Hierfür wird Liechtenstein alle fünf Jahre von einer Ecri-Delegation besucht, die sich vor Ort mit relevanten Behörden und Institutionen austauscht und daraufhin in einem Bericht Empfehlungen abgibt. «Zu ausgewählten Empfehlungen muss Liechtenstein innerhalb von zwei Jahren Stellung beziehen», erklärt Oehri.



Liechtenstein ist dazu verpflichtet, die Menschenrechte zu wahren. «Dabei gilt auch der Schutz vor Rassismus als anerkanntes Menschenrecht», so Noah Oehri.

Bild: Paul Trummer

Wo steht Liechtenstein im Vergleich zu anderen Ländern in Sachen Rassismus und Integration? Noah Oehri ist ambiva-

lent: «Als nicht quantifizierbares Phänomen lässt sich Rassismus nicht konkret vergleichen. Statistiken zur Anzahl rassis-

tisch motivierter Übergriffe geben beispielsweise wenig Auskunft über strukturellen Rassismus.» Gerade für die Frage der Integration sei eine gute Datenlage jedoch unabdingbar. Basierend auf einer dringlichen Empfehlung von Ecri beauftragten das Ministerium für Gesellschaft und der Verein für Menschenrechte im Jahr 2018 die Erstellung einer Studie mit dem Titel «Integration in Liechtenstein: Sozioökonomische Potenziale und Spannungsfelder». Die Studie basierte auf Interviews mit 36 zugewanderten Personen. Noah Oehri: «Die Studie weist nicht nur auf Fortschritte bei der Integration hin, sondern auch auf die Ablehnung, die viele Zugewanderte nach wie vor erfahren. Im Vergleich zu einheimischen Kindern haben Kinder von Migrantinnen und Migranten – trotz Verbesserungen – immer noch geringere Möglichkeiten, ihr Potenzial zu entfalten.»

von Gabriella Alvarez-Hummel

### Alltagsrassismus

Damit ist jene Art von Rassismus gemeint, welcher oft unausgesprochen mitschwingt oder «nicht böse gemeint» ist. Alltagsrassismus hat viele Gesichter – und er bedingt, dass sich jede Person aktiv mit der Thematik auseinandersetzt und nach blinden Flecken im eigenen Verständnis sucht. In der Interview-Serie des Amtes für Soziale Dienste, Fachbereich Chancengleichheit, berichten Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen von ihren Erfahrungen und Einschätzungen zum Thema in Liechtenstein.



## Inhaftierter «Reichsbürger» will Auslieferungsurteil anfechten

Es war ein Prozess, der für mediales Aufsehen sorgte: Am 2. November stand der im Zuge der «Rössle»-Schliessung verhaftete Staatsverweigerer Carl-Peter Hofmann vor Gericht. Der 61-jährige Deutsche gilt als Gründer des Pseudogerichts «Global Court of the Common Law» (GCCL) – eine den «Reichsbürgern» nahestehende Bewegung. Die Anhänger des GCCL leiten anhand von Bibelpassagen für sich selbst die Legitimation ab, als Gerichtshof Recht zu sprechen.

Hofmann wurde seitens Österreichs international zur Verhaftung ausgeschrieben, da ihm eine Reihe von Straftaten vorgeworfen werden: Gründung und massgebliche Beteiligung bei einer staatsfeindlichen Verbindung, schwerer gewerbsmässiger

Betrug, Erpressung und Anstiftung zum Amtsmissbrauch in insgesamt 65 Fällen.

Das Liechtensteiner Obergericht hatte nun Anfang November darüber zu befinden, ob eine Auslieferung des «GCCL»-Gründers ins östliche Nachbarland zulässig ist. In der fast vierstündigen Verhandlung bot Hofmann dem Gerichtssenat eine Tour durch die Vorstellungswelt des GCCL und dessen Fantasiedokumente. Mit erhobener Bibel erklärte Hofmann, dass seine Gruppierung «ausschliesslich diesen Gesetzen unterworfen ist – den Vorgaben des Schöpfers».

### In drei Wochen entscheidet Oberster Gerichtshof

Letztlich kam das Obergericht aber zum Entscheid, das nichts

gegen eine Auslieferung Hofmanns nach Österreich spreche. Offenbar ist der GCCL-Gründer nicht gewillt, das Urteil des Gerichtshof zu akzeptieren. Denn das Obergericht bestätigt nun auf Anfrage, dass Hofmann gegen das Urteil beim Obersten Gerichtshof Beschwerde erhob.

Seitens des Obersten Gerichtshof wird mitgeteilt, dass die Verhandlung über die Auslieferung voraussichtlich am 15. Dezember stattfinden wird. Hierbei handelt es sich um den letzten Sitzungstag des Obersten Gerichtshofs in diesem Jahr. Bis zum Urteil der dritten Instanz bleibt Carl-Peter Hofmann weiterhin in Vaduz in Haft.

Elias Quaderer

### «Reichsbürger»: Ermittlungen wurden eingestellt

Wie stark ist die «Reichsbürgerbewegung» in Liechtenstein? Diese Frage interessierte den Landtag im Rahmen der November-Session. Damals erklärte Innenministerin Sabine Monauni, dass derzeit Ermittlungen gegen einen in Land wohnhaften Liechtensteiner Staatsbürger laufen. Grund: Verdacht auf Betätigung in einer staatsfeindlichen Bewegung. Nun teilt die Liechtensteiner Staatsanwaltschaft auf Anfrage mit, dass die Vorerhebungen Ende November eingestellt wurden. «Der Verdacht auf Betätigung in einer staatsfeindlichen Bewegung hat sich nicht erhärtet», so die Staatsanwaltschaft. (aqu)

# «Wir sind für alle verantwortlich»

Regierungschef Daniel Risch über ein bewegtes Jahr, in welchem am Ende doch die Coronapandemie wieder alles überschattete.

Interview: Patrik Schädler

Es ist das erste Amtsjahr als Regierungschef für Daniel Risch, das in zwei Wochen vorbei sein wird. Ein Jahr, in welchem die Coronapandemie viele andere Bereiche überschattete. Gerade jetzt beschäftigt ihn die Krise nicht nur als Regierungschef, sondern auch persönlich.

**Wie geht es Ihnen? Wie zermürend ist die aktuelle Situation für Sie als Regierungschef?**

Daniel Risch: Mir geht es grundsätzlich gut, aber es ist mir auch schon besser gegangen. Die aktuelle Situation ist für alle belastend. Die grösste Schwierigkeit ist sicher die lange Zeitspanne, in der wir uns jetzt in dieser Pandemie befinden. Im Februar 2020 hat sich niemand vorstellen können, dass Corona auch im Dezember 2021 noch das beherrschende Thema ist. Wahrscheinlich ist es aber auch gut, dass das damals niemand wusste. Ich halte mich – wie wohl viele andere auch – an die Zuversicht, dass es irgendwann vorbei sein wird. Aus diesem Grund würde ich jetzt gerne einen Kaffee im Jahr 2031 trinken und auf diese Zeit zurückblicken. Diese Hoffnung, dass man einmal zurückschauen kann und weiss, dass es vorbei ist, ist etwas, was mich funktionieren lässt.

**Haben Sie es in Erwägung gezogen, als Sie im März das Amt als Regierungschef angetreten haben, dass dieses Jahr so enden könnte?** Leider ja. Man musste damit rechnen, dass die Pandemie im Herbst nochmals an Fahrt gewinnt. Aber ich hätte mir nicht vorstellen können, dass wir nicht mehr Menschen zur Impfung bewegen können. Im März war der Impfstoff noch Mangelware, mittlerweile fehlen zusätzliche Impfvollige. Ich hatte auf jeden Fall die Hoffnung, dass wir besser durch diesen Winter kommen.

**Die aktuelle Welle hat Sie also nicht überrascht. Mit was haben Sie nicht gerechnet?**

Die Geschwindigkeit, mit der gewisse Themen einschlagen, ist unberechenbar. Es gibt wöchentlich, wenn nicht fast täglich neue wissenschaftliche Erkenntnisse. Im Oktober gab es

die ersten Studien, dass die Wirkung der Impfstoffe deutlicher nachlässt, als zunächst angenommen. Dies hat die Situation stark verändert. Vor ein paar Wochen kam dann die Variante Omikron – bis dahin wussten viele nicht, dass es diesen Buchstaben im griechischen Alphabet überhaupt gibt. Mit dieser Variante sind sowohl neue Hoffnungen wie auch Befürchtungen aufgekommen. Dadurch ist es trotz der Erfahrung, welche wir mittlerweile haben, immer wieder überraschend, mit welcher Geschwindigkeit sich die Situation verändern kann und wir wieder darauf reagieren müssen. Ich kann es deshalb durchaus verstehen, wenn sich Bürgerinnen und Bürger über Aussagen ärgern, welche von der Politik in diesem Frühjahr gemacht wurden. Diese Aussagen wurden aber auf dem damaligen Wissenstand gemacht und die Entwicklung hat sie teilweise überholt. Das kann müde machen – und ich glaube, das macht es uns alle.

**Die Erwartungshaltung an die Regierung in dieser Pandemie ist gross. Wie gehen Sie damit um? Was macht das mit Ihnen?**

Regierungschef zu sein, ist in vielen Bereichen vergleichbar mit einer Führungsaufgabe in der Privatwirtschaft. Es wird erwartet, dass man den Überblick hat und dass man Entschiede trifft, auch wenn sie unangenehm sind. Das hat mir in der Vergangenheit Freude bereitet und macht es auch heute noch. Der grosse Unterschied ist, dass man im Kollegium, aber auch persönlich für ein ganzes Land verantwortlich ist. Und die aktuelle Situation geht nicht spurlos an mir vorbei, wenn man nicht nur die Fallzahlen, sondern auch die Todesfälle betrachtet. So etwas nehme ich nicht auf die leichte Schulter. Ebenfalls anders als in der Privatwirtschaft ist die Öffentlichkeit und damit verbunden auch die öffentliche Kritik. Das ist nicht immer angenehm und auch nicht immer fair. An gewissen Tagen kann ich besser damit umgehen und an gewissen Tagen weniger gut.

**Gab es in Ihrem ersten Amtsjahr auch schöne Momente?**

Ich bin ein positiver Mensch. Deshalb überwiegen auch in diesem Jahr die positiven Momente. Bei den Landtagswahlen gab es ein knappes Resultat. Ich habe es aber sehr positiv empfunden, wie man in relativ kurzer Zeit einen konstruktiven Weg zwischen den Grossparteien gefunden hat. Dabei haben die verschiedenen Exponenten mit grossem Einsatz, aber auch klarem Fokus für die Zukunft des Landes gearbeitet. Nur dadurch war es möglich, dass wir Ende März eine funktionierende Regierung hatten. Auch die Zusammenarbeit in der neuen Regierung empfinde ich als sehr positiv. Wir sind unterschiedliche Persönlichkeiten, aber wir wollen gemeinsam et-



Regierungschef Daniel Risch: «Wir dürfen in einem tollen Land leben. Das sollte uns allen genügend Hoffnung geben.»

Bild: Julian Konrad

was vorwärtsbringen. Und dies schweisst gerade in dieser schwierigen Zeit auch zusammen.

**An welche Ereignisse aus 2021 werden Sie sich auch in zehn Jahren noch erinnern?**

Für mich persönlich war es sicher der Moment, als der Landtag das aktuelle Regierungsteam mit mir an der Spitze gewählt hat. Ansonsten sind es die vielen Begegnungen mit Menschen, mit denen ich über die Coronamassnahmen der Regierung diskutiert habe – nicht nur mit solchen, die damit einverstanden, sondern vor allem auch mit jenen, welche nicht damit einverstanden sind oder waren. Gerade in den Gesprächen mit den kritischen Personen wollte ich verstehen, warum sie es so sehen, aber auch Verständnis schaffen für unsere Position. Das waren Begegnungen, die mir in Erinnerung bleiben werden. Und ich bin überzeugt, dass wir in unserem kleinen Land weiterhin diesen Weg gehen müssen. Wenn sich jemand einen Schritt entfernt, muss man selbst wieder einen Schritt auf ihn zugehen.

**Ein Motto von Ihnen im Wahlkampf, aber auch später war das «Team Liechtenstein». Bei den Coronamassnahmen und der Impfung ist dieses Team in der Bevölkerung aber nicht mehr überall spürbar. Ist das «Team Liechtenstein» gescheitert?**

Eine gewisse Spaltung ist sicher vorhanden. Dies sieht man auch an den Demonstrationen vor dem Regierungsgebäude, welche für Liechtenstein eher unüblich sind. Auf der anderen Seite ist es zwar wichtig, dass jeder seine Meinung äussern kann, aber auf der einen Seite ist dies auch überraschend. Dies, weil sich die Kritiker nicht am Ziel orientieren – wir wollen

alle aus dieser Pandemie herauskommen – sondern ausschliesslich am Weg dorthin. Mir fehlen bisher die Vorschläge für eine wirkliche Alternative, um das Ziel zu erreichen. Ich habe noch nie gehört, was man denn gerne anders hätte. Wir sind bisher in dieser Pandemie als Land so liberal unterwegs wie fast kein anderes. Wir versuchen, mit möglichst wenigen Einschränkungen durch die Pandemie zu kommen. Am Teamgedanken müssen wir weiterhin arbeiten, denn dieser ist nicht einmal da und dann plötzlich nicht mehr da. In den politischen Gremien – auch in der Zusammenarbeit mit dem Landtag – ist er durchaus spürbar.

**Politiker, Ärzte, Gesundheitspersonal und Medien erhalten Hassmails oder sind in den sozialen Medien Anfeindungen ausgesetzt. Erhalten auch Sie solche Schreiben und was macht das mit Ihnen?**

Jeder Politiker kennt solche Schreiben. Sie haben sich aber in letzter Zeit gehäuft. Der Inhalt ist aber sehr unterschiedlich. Es gibt Schreiben mit konstruktiven Inhalt, wo man auch merkt, dass die schreibende Person versucht, einen Beitrag zu leisten – und es gibt das Gegenteil. Beschimpfungen und Hassmails gehen wohl an niemandem spurlos vorbei. Bei uns im Land kann jeder mit jedem reden – sogar mit dem Regierungschef. Oft geht es aber nicht um Dialog, sondern ausschliesslich darum, Dampf abzulassen. Dabei gibt es leider auch Personen, welche übers Ziel hinausschiessen. Das ist dann natürlich alles andere als angenehm.

**Von welcher Seite kommt die Kritik hauptsächlich?** Die Lautesten sind jene, die grundsätzlich der Meinung

sind, dass alles nur erfunden ist. Bei einer solchen Realitätsverweigerung ist es natürlich schwierig, überhaupt einen Zugang zu finden. Dann gibt es durchaus aufgeklärte Kritiker, welche sich etwa aus bestimmten Gründen gegen eine Impfung aussprechen. Hier fällt es nicht schwer, ein gewisses Verständnis aufzubringen. Und mittlerweile kommt die Kritik – die zwar noch nicht so laut geäußert wird – von jenen, die sich impfen liessen und sich immer an die Massnahmen gehalten haben. Von dieser Seite heisst es nun: Straft nicht mehr mich, sondern jene, die nicht mitmachen. Diese Strömung nimmt aktuell zu. Am Ende ist es aber so, dass die Regierung und auch ich als Regierungschef für das ganze Land da sind. Wir sind für alle verantwortlich.

**Gibt es auch Punkte, wo Sie heute sagen, da hat die Regierung Fehler gemacht?**

Die gibt es zweifellos. Wir sind auch innerhalb der Regierung sehr kritisch untereinander. Im Grundsatz haben wir das Gefühl, dass wir gut unterwegs sind. Aber es gibt auf jeden Fall immer wieder Punkte, welche wir rückblickend anders machen würden oder die Kommunikation anders gestalten würden. Aber eine Pandemie lässt sich nicht planen, man kann sie nur versuchen zu steuern.

**Welche Hoffnungsbotschaft können Sie der Bevölkerung zu Weihnachten mitgeben?**

Wir haben jetzt nur über Corona gesprochen. Was dabei vergessen geht: Unserem Land geht es sehr gut und dies nicht nur wirtschaftlich. Wir haben so viele Qualitäten und Vorteile. Wir sind gesegnet mit einer schönen und intakten Natur und haben das Naherholungsgebiet direkt vor unserer Haustüre. Es gibt unzählige

Dinge, an denen man sich erfreuen kann. Und dies sollten wir uns alle wieder vermehrt vergegenwärtigen und bewusster wahrnehmen. Wir werden nicht schneller aus dieser Coronapandemie kommen, aber mindestens gleich gut oder besser wie andere Länder. Unserem Land ist es vor der Pandemie gut gegangen, während der Krise ist es uns bisher gut gegangen und auch danach wird es uns besser gehen als vielen anderen. Davon bin ich überzeugt. Wir dürfen in einem tollen Land leben. Das sollte uns allen genügend Hoffnung geben.

**Wie stark leiden andere politische Themen unter der Coronapandemie?**

Wir arbeiten in der Regierung an allen Themen weiter, auch trotz der Pandemie. Aber sie haben im Moment nicht dieselbe Sichtbarkeit. Das Coronathema überlagert seit fast zwei Jahren fast alles. Aber weder in der Politik noch in der Wirtschaft und auch nicht in der Gesellschaft ist Corona das einzige Thema, mit dem man sich beschäftigt. Das ist auch gut so.

**Mit welchen Gedanken und Vorsätzen gehen Sie unter diesen Umständen ins neue Jahr?**

In einer normalen Phase wären die nächsten zwei Wochen auch für die Regierung eine Phase des Abschlusses. Aktuell wird sich aber die Regierung auch über die Festtage regelmässig austauschen. Politisch stehen für das nächste Jahr einige grosse Projekte an und auf das freue ich mich auch. Auf der anderen Seite begleite mich in der aktuellen Situation auch gewisse Sorgen. Ansonsten bin ich nicht der Typ für Neujahrsvorsätze. Wenn ich das Gefühl habe, dass ich etwas ändern sollte, dann warte ich dafür nicht, bis ein neues Jahr beginnt.

«Liechtenstein hat so viele Qualitäten und Vorteile.»

Daniel Risch  
Regierungschef

## «Reichsbürger» wollen bei den «besorgten Eltern» mitmischen

Dem Gründer der staatsfeindlichen Bewegung «GCCL» droht die Auslieferung. Aber dessen Anhänger möchten sich im Land vernetzen.

Der Entscheid der Regierung, die Maskenpflicht auf Kinder im Primarschulalter auszuweiten, stösst auf vehementen Protest. In Windeseile formierten sich in den sozialen Medien Gruppen, die gegen die Massnahme mobilisieren. Und gestern wurde kurzerhand auf dem Peter-Kaiser-Platz eine Protestaktion durchgeführt.

Mit diesem Widerstand wittern nun Vertreter der Massnahmengegner Morgenluft. Sie hoffen das Momentum für ihren Kampf gegen die Coronapolitik nutzen zu können. Aber nicht nur die Massnahmengegner hoffen auf neue Anhänger. Auch die Gruppierung «Global Court of the Common Law» (GCCL), die der Reichsbürgerbewegung zugeordnet wird, bemüht sich, Eltern abzuholen.

### «Muster-Drohbriefe» für die Schulen

Liechtenstein kam erstmals im September in Kontakt mit dem GCCL. Der Gründer der Grup-

pierung, Carl-Peter Hofmann, wurde im Zusammenhang mit der Polizeiaktion beim Ruggeller Gasthof Rössle verhaftet. Seitdem sitzt er im Landesgefängnis und wartet auf seine Auslieferung nach Österreich. Da Hofmanns Beschwerde vor dem Obersten Gerichtshof erfolglos blieb, dürfte dies bald der Fall sein – es sei denn, der GCCL-Gründer wird den Fall noch vor den Staatsgerichtshof ziehen.

Doch auch wenn Hofmann demnächst nach Österreich ausgeliefert wird, seine Handvoll Liechtensteiner Anhänger sind im Land noch aktiv. Wie aus informierten Kreisen hervorgeht, versuchen GCCL-Anhänger in der Schweiz, Eltern schulpflichtiger Kinder dafür zu gewinnen, einen «Muster-Drohbrief» zu unterschreiben. Diese Drohbriefe sollen die Eltern dann an Lehrpersonen und Schulleitungen schicken.

Neuerdings kursiert der Muster-Drohbrief auch im Fürs-



Reichsbürger-Demo in Deutschland: Auch in Liechtenstein findet die staatsfeindliche Bewegung Anhänger. Bild: Keystone

tentum. Der liechtensteinische «Gebietsverantwortliche» des GCCL soll versuchen, sich mit den «besorgten Eltern» zu vernetzen und den Muster-Drohbrief in deren Kreisen zu verbreiten. Der «Gebietsverantwortliche» plane zudem, den

Drohbrief an die Schule seiner Kinder zu schicken.

### Maskenpflicht als «Kriegsverbrechen»

Mit Blick auf den Inhalt des Muster-Drohbriefs spiegelt sich die Ideologie des GCCL wieder.

Der «Globale Gerichtshof» behauptet, eine von der UNO anerkannte Organisation zu sein, die eigenständig Recht sprechen darf – was aber selbstverständlich nicht zutrifft. Der Pseudogerichtshof erkennt souveräne Staaten und deren Institutionen nicht an. Stattdessen beruft er sich auf angeblich biblische Grundsätze und will diese über staatliche Gesetze stellen.

In diesem Sinne spricht auch der Muster-Drohbrief davon, dass «gemäss der Heiligen Schrift der Bibel» die Eltern «Eigentümer» ihrer Kinder seien. Und «mittels der damit verliehenen Autorität im Universum» können Eltern verfügen, dass ihren Kindern «weder die Impfung noch das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung noch die Durchführung eines PCR-Tests noch jegliche andere Massnahmen aufgezwungen werden dürfen». An die vorgesehenen Adressaten des Muster-Drohbriefs – Lehrer, Schulleiter oder Amtsärzte – werden

allerhand krude Vorwürfe gerichtet. So gelte der Einsatz von PCR-Tests als «physischer Kindesmissbrauch» und die Maskenpflicht stehe im Widerspruch zu bestimmten UN-Resolutionen und gelte somit als «Kriegsverbrechen».

### GCCL will «Hochverräter» strafverfolgen

Der Muster-Drohbrief wurde laut informierten Kreisen im Mai von Carl-Peter Hofmann aufgesetzt. Der Gründer des Pseudogerichts vertritt die wirre Vorstellung, dass alle Personen, die sich für die Einhaltung der Covid-Massnahmen einsetzen, vor ein «Militärgericht» wegen «Hochverrats» gestellt werden sollen. Und der GCCL sei durch die UNO dazu berechtigt, gegen solche «Hochverräter» die Strafverfolgung aufzunehmen.

Diese Vorstellungen gehen aus dem «Muster-Drohbrief» nicht explizit hervor, sollen aber bei der Anhängerschaft des GCCL verbreitet sein. (equ)

6 | Jahresrückblick 2021

# Manuel Frick: «Unser gemeinsamer Gegner ist das Virus»

**Interview** Gesellschaftsminister Manuel Frick warnt davor, die Gesellschaft in zwei Lager zu unterscheiden. Im Gespräch mit Daniela Fritz erzählt Frick, wie er im Alltag versucht, Gräben zu schliessen und was es für einen Dialog braucht.

«Volksblatt»: Je länger je mehr drückt die Pandemie auf die Stimmung in der Bevölkerung. Nachdem vor allem im Frühjahr 2020 Solidarität angesagt war, drehte sich der Wind langsam im Herbst und erste Kritik an den Massnahmen wurde laut. Die Aussicht auf eine Impfung liess Anfang 2021 zwar Hoffnung aufkommen, am Ende des Jahres bleibt aber eine tief gespaltene Gesellschaft. Was ist da passiert? Manuel Frick: Ich möchte nicht von einer Spaltung der Gesellschaft sprechen. Es sind nicht alle der gleichen Meinung und die Spannung und Aggressivität hat im zweiten Halbjahr 2021 teils stark zugenommen. Das kann man nicht schönreden. Ein grosser Teil der Bevölkerung zählt zu den Geimpften oder Genesenen, während sich ein Teil nicht impfen lassen will. Die 2G-Regel, die in Liechtenstein und den umliegenden Ländern gilt, macht es für diese Gruppe natürlich sehr schwierig. Diese Diskussionen ziehen sich zum Teil auch in den Familien- und Freundeskreisen, das kennt wohl jeder. Nichtsdestotrotz sollten wir einander nicht als zwei Lager ansehen, unser gemeinsamer Gegner ist das Virus. Wenn wir uns darauf konzentrieren, ist das auch als Gesellschaft zu meistern.

Manche sehen aber eben nicht das Virus als Feind, sondern halten Covid-19 für harmlos. Lassen sich solche Menschen, die nur mehr an «Fake News» glauben, überhaupt noch abholen?

Grösstenteils unterstützen die Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins die Massnahmen der Regierung, sie gehen sehr verantwortungsbewusst und vernünftig mit der Situation um. Es gibt aber auch Menschen, die eine andere Meinung vertreten. Das gehört zu einer Demokratie. Ich appelliere aber an jeden und jede, Gehörtes und Gelesenes kritisch zu hinterfragen. Aber noch mal: Es ist eine kleine, wenn auch relativ laute Gruppe. Die Mehrheit der Menschen im Land tickt anders, davon bin ich überzeugt.

Das sind aber nicht einfach irgendwelche Menschen, denen man sonst einfach gut aus dem Weg geht. Das können Verwandte, Bekannte oder Kollegen sein. Diese Diskussionen dürften ganz besonders Ihnen als

Gesundheitsminister bekannt sein. Wie gehen Sie mit Coronaskeptikern in Ihrem Bekanntenkreis um?

Ja, solche Situationen gibt es im Beruf wie Privaten. Man darf auf keinen Fall überheblich und despektierlich sein, sondern muss offen und dialogbereit sein. Zugegebenermassen: Das ist teils schwierig. Viele sind der Meinung, dass es nichts bringt, Skeptiker zu überzeugen. Ich finde hingegen, dass ein Grossteil der Menschen vernünftig ist, sich die Argumente anhört und sich dementsprechend entscheidet. Man muss versuchen, den Menschen immer wieder die Faktenlage aufzuzeigen, und wie gefährlich das Virus ist. Das fällt mir nicht schwer, da ich tagtäglich mit dem Thema zu tun habe. Aber ich habe auch kein anderes Instrument zur Hand als andere: Das bessere Argument sollte für sich sprechen.

Liechtenstein ist eigentlich kein Land des Protestes. Und doch fühlen sich seit einigen Wochen Menschen gezwungen, jeden Montag auf dem Peter-Kaiser-Platz zu demonstrieren. Hat man es versäumt, diese Menschen abzuholen?

Jeder hat das Recht, zu demonstrieren und für seine Meinung einzustehen. Das gehört zu unserem Demokratieverständnis. Nichtsdestotrotz gilt es, Schranken einzuhalten. Gerade bei der ersten Demonstration gab es verbale Überschreitungen, die nachher in dem Ausmass nicht mehr vorkamen. Wenn der Holocaust gelehrt und Vergleiche mit dem NS-Regime gezogen werden, geht das einfach nicht. Meine Bitte ist einfach, dass man kritisch bleibt und das Gehörte auch hinterfragt. Ich denke, das können sehr viele Menschen relativ gut. Sie glauben nicht alles, was auf den Demos vorgebracht wird. Uns als Regierung war es auch immer wichtig, dialogbereit zu sein. Ich habe auch mit kritischen Personen viele Gespräche geführt, beispielsweise das Radio-Duell mit Werner Stocker.

Es wurde bemängelt, dass sich die Regierung nicht auf der Demo blicken lässt. Wäre das eine Option für den kommenden Montag?

Nein. Dialogbereitschaft ist wichtig, aber eine Gegendemonstration ist nicht der richtige Ort, um andere zu überzeugen zu versuchen.

In anderen Ländern ist eine deutliche Radikalisierung der Massnahmen feststellbar. Ist das auch bei uns im Land so, ins Regierungsgebäude kommt man jedenfalls nicht mehr so ohne Weiteres? Wie gehen Sie mit der Bedrohung um?

Die grosse Mehrheit ist im Ton anständig. Wenn das nicht der Fall ist, kann man das einfordern, auch wenn man nicht gleicher Meinung ist. Viele Menschen wenden sich direkt an mich und schildern ihr Anliegen. Wenn dies auf anständige Art und Weise passiert, habe ich bisher auch jede einzelne Anfrage beantwortet. Bei einigen Fällen entleitet die Situation. Dafür gibt es die entsprechenden Institutionen wie die Staatsanwaltschaft oder die Landespolizei. Bei den Sicherheitsmassnahmen gab es schon vor einigen Jahren generell ein Umdenken, auch mit Blick auf die Erfahrungen in anderen Ländern. Dass man nicht einfach ins Büro des Regierungschefs laufen kann, wie das noch vor wenigen Jahren der Fall war, ist naheliegend.

Sie sind nicht nur Gesundheits-, sondern auch Gesellschafts- und Kulturminister. Hätten Sie in dieser Rolle manches anders entschieden?

Das kann man nicht getrennt sehen. Die Bedrohung für das Gesundheitswesen, die Bildung und weitere systemrelevante Bereiche ist einfach zu gross. Es braucht einen gemeinsamen Kraftakt - nicht nur von der Regierung und dem Landtag, letztlich braucht es jeden und jede. Es ist nicht so, dass in meiner Brust zwei Herzen schlagen und der Kulturminister zwar gerne würde, aber der Gesundheitsminister es nicht zulässt. Man kann die Situation nicht schönreden. Es ist für die Kulturschaffenden sehr schwierig und es wird auf absehbare Zeit schwierig bleiben. Aber das ist kein

Argument, die Massnahmen anders zu gestalten. Die Alternativen zu 3G oder 2G wären Schliessungen - daran ist niemand interessiert.

Der Gastronomieverband scheinbar schon, dort hat man sich für eine dreiwöchige «Winterruhe» statt 2G ausgesprochen. Ist es für Gastronomen lukrativer, zu schliessen und die Hilfsleistungen zu beanspruchen, als zu öffnen?

Das Wirtschaftshilfspaket ist sehr wichtig und nötig. Gerade für Gastronomen ist es derzeit schwierig. Aber es wäre auch schwer zu argumentieren gewesen, wenn wir die Gastronomie geschlossen hätten. Geimpfte oder Genesene hätten wenig Verständnis dafür, wenn sie nirgendwohin dürfen. Dass die Menschen vorsichtig und zurückhaltend sind und es auch daher zu Umsatzeinbußen kommt, ist klar. Aber dafür gibt es die Unterstützungsleistungen. Schliessungen müssen das allerletzte Mittel sein.

Die Einführung von 2G und die Diskussion über eine Impfpflicht haben die Spaltung zwischen Geimpften, Genesenen und Ungeimpften nochmals verstärkt. Sie haben 2G zu nächst auch kritisch gesehen. Warum kam dieser Schritt jetzt doch?

Nochmals: Ich möchte nicht von einer Spaltung sprechen. Man muss es ganz klar sehen: Wir haben extrem hohe Fallzahlen in Liechtenstein. Zeitweise waren sie deutlich höher als sie in Österreich vor dem dortigen Lockdown. Das ist die Relation. Die hohen Fallzahlen führten zu mehr Hospitalisierten. Deshalb war es absolut nötig, weitere Massnahmen zu erlassen und die 2G- und Maskenpflicht per 18. Dezember einzuführen. So kann man trotzdem ins Kino, zum Sport, ins Lokal oder Museum. Man muss allerdings geimpft oder genesenen sein und eine Maske tragen. Das ist

die sicherste Option, die wir derzeit anbieten können. Ich möchte nochmals betonen, die Alternative dazu wären Schliessungen.

Die Maskenpflicht gilt neu auch für Kinder ab 6 Jahren. Diese Massnahmen hat in den vergangenen Tagen



für Furore gesorgt, es gab auch Protestaktionen. Sie sind selbst Vater eines Sohnes, können Sie das nachvollziehen? Ja, natürlich. Alles, was Kinder tangiert, ist gesellschaftspolitisch ext-

• 10. August: Die Regierung gibt seit Langem wieder eine öffentliche Pressekonferenz: Ab 16. August soll das Covid-Zertifikat auch im Inland zum Einsatz kommen. Wer auf 3G setzt, kann als Veranstalter oder Betrieb weitgehend auf ein Schutzkonzept mit Abstand und Maske verzichten. Auf eine Pflicht habe die Regierung bewusst verzichtet. Unterdessen heizen Reiserickeher das Infektionsgeschehen an, die Fallzahlen steigen wieder etwas an. Durchschnittlich kommen pro Tag 2,6 neue Fälle hinzu, bislang wurden 49 Delta-Infektionen nachgewiesen. Auch deshalb hat die Regierung die Kostenübernahme für Coronatests um einen Monat auf Ende September verlängert.

• 12. August: Die Gastronomen zeigen sich bisher zurückhaltend, was den Einsatz von 3G in ihren Restaurants angeht.

• 13. August: Für immunschwache Personen ist ab sofort die Drittimpfung möglich.

• 16. August: Das neue Schuljahr startet. Die regelmässigen Tests werden fortgeführt, zudem erinnern CO<sub>2</sub>-Ampeln an das Lüften im Klassenzimmer.

• 18. August: Die Fallzahlen sind nach den Ferien wieder stark angestiegen. Pro Tag kommen durchschnittlich 10 Neufälle hinzu, der Trend zeigt nach oben.

• 20. August: Die Regierung will die Teststrasse in der Marktplatzgarage angesichts der steigenden Fallzahlen nun doch nicht per Mitte September schliessen.

• 31. August: Die Regierung fällt einen Grundsatzentscheid: Sollte der Bundesrat die 3G-Pflicht ausweiten, zieht Liechtenstein nach. Falls nicht, werde man sich an die Nachbarkantone halten.

• 7. September: Der Bundesrat weitet die Zertifikatspflicht aus. Ab 13. September gilt in Bars, Restaurants, Freizeit-, Sport- und Unterhaltungsbetrieben sowie auf Veranstaltungen oder Aktivitäten von Sport- und Kulturvereinen in Innenräumen eine 3G-Pflicht.

• 9. September: Die Regierung verkündet, dass analog zur Schweiz auch in Liechtenstein eine 3G-Pflicht eingeführt wird. Man räumt Betrieben und Organisatoren jedoch zwei Tage mehr Zeit ein, die neuen Regelungen gelten ab 15. September. Auch Arbeitgeber können von ihren Mitarbeitern ein Zertifikat verlangen. Zudem gilt wieder in allen öffentlich zugänglichen Räumen eine Maskenpflicht, wo kein 3G gilt. Das betrifft auch die Schüler ab 12 Jahren.

• 10. September: Erstmals demonstrieren auf dem Peter-Kaiser-Platz einige Hundert Menschen gegen die neuen Massnahmen.

Es fallen auch Vergleiche mit dem Holocaust und dem Naziregime, was für Kritik sorgt. Für die nächsten Coronademos gelten diesbezügliche Auflagen.

• 13. September: Die 3G-Regel sorgte für einen Ansturm zum Impfzentrum: Fast 600 Menschen liessen sich impfen, es soll weitere Spontantermine geben. Zudem starten auch die Impfungen in mehreren Arztpraxen, allerdings sind die Kapazitäten und Termine dort beschränkt.

• 16. September: Die Landtagsfraktionen der VU, FL und DPL fordern die Beibehaltung der Gratis-Tests auch nach 1. Oktober.

• 20. September: Die Schweiz verschärft die Einreisebestimmungen, dies gilt auch für Liechtenstein. Neu ist ein 3G-Nachweis erforderlich, dies gilt jedoch nicht bei der Einreise aus dem Grenzgebiet (Vorarlberg, Tirol, Bayern, Baden-Württemberg).

• 22. September: Die Regierung verlängert die Gratis-Tests um einen Monat bis Ende Oktober. Auch die Wirtschaftshilfen werden bis Ende Jahr verlängert. Die Regierung hat zudem die Quarantänebestimmungen angepasst: Bisher waren Genesene und Geimpfte von der Kontaktquarantäne befreit, neu können sich auch alle anderen nach sieben Tagen freitesten, Kinder bereits am fünften Tag.

• 23. September: Das «Rössle» in Ruggell hat die 3G-Pflicht ignoriert und wird von den Behörden geschlossen. Trotzdem versammeln sich mehrere Menschen auf der Terrasse des Gasthauses, weshalb die Landespolizei ausrücken muss. Dabei wird auch ein international gesuchter Deutscher und bekannter «Reichsbürger» verhaftet.

• 24. September: Ein Hoteldirektor wird von einem Gast wegen der 3G-Kontrolle verprügelt. Der Mann erleidet eine Wirbelverletzung und einen Rippenbruch.

• 7. Oktober: Nachdem das Impfzentrum seit 24. September geschlossen hat, ist das Team «on tour» durch die Gemeinden. Beim ersten Tag in Schaan lassen sich 113 Personen spontan impfen. Eine eher mässige Bilanz, die Impfuquote liegt weiterhin bei knapp 63 Prozent.

• 8. Oktober: Anita Heule und Bettina Kranz haben rund 1200 Unterschriften gesammelt. Sie beantragen damit einen Normenkontrollantrag beim Staatsgerichtshof. Dieser soll prüfen, ob die 3G-Pflicht verfassungskonform ist. Mit einer Entscheidung ist nicht so schnell zu rechnen.

• 13. Oktober: Die Ergebnisse der Covid-19-Umfrage liegen vor. Demnach ist der häufigste Grund gegen eine Impfung die Meinung, dass die mRNA-Impfung noch zu

wenig erprobt sei. Zudem bestehen Zweifel bezüglich der Wirksamkeit. Wer zögert, tut dies ebenfalls wegen der mRNA-Technologie, hat Angst vor Nebenwirkungen oder sah bislang einfach noch keinen Vorteil. Grossen Einfluss auf die Entscheidung hat gemäss Studie der Freundes- und Familienkreis. Gesundheitsminister Manuel Frick verkündet zudem auf einer Pressekonferenz, dass rund 600 Dosen des Janssen-Impfstoffs von Johnson & Johnson zur Verfügung stehen. Diese werden ab dem 25. Oktober im Landesspital verabreicht.

• 1. November: Ab sofort müssen Personen ohne Symptome wieder für Coronatests bezahlen. Ausnahmen gibt es für Schwangere, Kinder unter 16 Jahren sowie Personen, die sich nicht impfen lassen können. Bis Mitte Dezember trägt das Land ausserdem die Testkosten für jene, die erst eine Impfdosis erhalten haben.

• 3. November: Schüler und Lehrpersonen dürfen die Masken abnehmen, sobald sie an ihrem Platz sitzen.

• 7. November: Die Impfdurchbrüche nehmen zu, auch wenn die meisten Infizierten nach wie vor ungeimpft sind. In Liechtenstein laufen daher die Vorbereitungen zu den Drittimpfungen. Zunächst sollen die Bewohner in den Alters- und Pflegeheimen einen «Booster» erhalten, ab Mitte Novem-



«Es ist nicht so, dass in meiner Brust zwei Herzen schlagen und der Kulturminister zwar gerne würde, aber der Gesundheitsminister es nicht zulässt», erklärt Regierungsrat Manuel Frick. Die Bedrohung sei einfach zu gross, es brauche einen gemeinsamen Kraftakt. (Foto: Zanghellini)

rem sensibel. Kinder sind eine der verletzlichsten Gruppen der Gesellschaft, weshalb viele berechtigterweise sehr empfindlich reagieren, wenn in diesem Bereich Massnahmen gesetzt werden. Die Erfahrung

der letzten Monate haben allerdings gezeigt, dass wir gerade in den Schulen ein sehr starkes Fallaufkommen hatten. Sehr viele Kinder sind erkrankt und haben das Virus heim in die Familien gebracht. Des-

halb mussten wir hier den Hebel ansetzen. Die Alternative wäre die Einstellung des Präsenzunterrichts und Homeschooling gewesen, bei dem die Eltern für Betreuung sorgen müssten. Das wäre eine weitgehende Massnahme. Mit Maske können wir den Unterricht weiter anbieten und die Kinder schützen. Einige Eltern sind massnahmenkritisch, auf der anderen Seite haben sehr viele Eltern grossen Respekt und Angst vor dem Virus und möchten auf keinen Fall, dass ihr Kind erkrankt. Da ist die Maske eine sehr sinnvolle Massnahme. Wir haben uns den Entscheid aber nicht leicht gemacht.

**In Österreich gibt es beispielsweise verpflichtende regelmässige Tests an Schulen. Wäre das nicht eine Alternative?**

Österreich schreibt verpflichtende Tests und Masken ab der Primarstufe vor. Testen ist zwar wichtig, aber nur eine Momentaufnahme. Wenn man am Montagmorgen testet, sagt das nichts über den Zustand am Montagnachmittag, geschweige denn für den Rest der Woche aus. Das Virus hat eine Inkubationszeit von etwa fünf Tagen. Man kann also bereits infiziert sein, aber trotzdem noch einen negativen Test haben.

**Jedenfalls stehen wir mittlerweile wieder vor einer ähnlichen Situation wie im vergangenen Herbst, die Fallzahlen haben im Dezember zwischenzeitlich sogar ein neues Rekordniveau erreicht. Was hätte man im Nachhinein besser machen können, um dies zu vermeiden?**

Rückwirkend ist man immer klüger. Liechtenstein hat nur bedingt einen Hebel in der Hand. Wir haben viele Grenzgänger und sind sehr stark mit dem grenznahen Ausland verbunden. Auch die Liechtensteiner selbst haben eine hohe Reisefähigkeit. Was um uns herum geschieht, passiert früher oder später also auch in Liechtenstein. Aber je höher der Anteil an geimpften Personen ist, desto besser steht man da. Bei einer möglichst hohen Durchimpfungsrate wäre die Belastung des Gesundheitssystems nicht so gross, weil die

«Das Problem ist nach wie vor, wenn zu viele Personen gleichzeitig erkranken. Das bringt das System an die Grenze.»

Impfung nach wie vor sehr gut vor einer Hospitalisierung oder Intensivbehandlung schützt. Aber man hat versucht, was man konnte, um die Menschen zum Impfen zu bewegen. Die Mehrheit haben wir erreicht, aber eben nicht alle. Mit den Auffrischimpfungen sind wir sehr schnell vorwärtsgekommen, wir konnten allen «Booster»-Willigen vor Weihnachten eine Impfmöglichkeit bieten. Rund 12 000 Personen haben eine Auffrischimpfung bekommen. Wir sind im Vergleich zu

den Schweizer Kantonen deutlich schneller unterwegs. Entsprechend geht es nun im Januar weiter.

**Das waren allerdings auch jene, die schon im Frühjahr zur Impfung bereit waren. Erstimpfungen hingegen gibt es nur mehr wenige, die Impfquote dümpelt bei rund 66 Prozent vor sich hin. Wie kommen wir denn jemals aus der Pandemie, wenn ein Drittel der Bevölkerung nicht geimpft ist? Zumal das in den umliegenden Staaten ähnlich ist.**

Es lassen sich nach wie vor einige Personen erst- und zweitimpfen. Das entsprechende Angebot bleibt bestehen. Besser spät als nie. Nun tritt ein, was wir schon seit längerer Zeit immer wieder betonen: Früher oder später wird jede und jeder mit dem Virus in Kontakt kommen. Entweder kontrolliert durch die Impfung oder unkontrolliert durch eine Erkrankung mit allen dazugehörigen Risiken. Das Problem ist nach wie vor, wenn zu viele Personen gleichzeitig erkranken. Das bringt das Gesundheitssystem und andere Bereiche an die Grenze.

**Ein Teil der Bevölkerung hatte bisher noch nicht die Möglichkeit zur Impfung. Ab Januar werden nun auch Kinder zwischen 5 und 11 Jahren geimpft. Würden Sie Ihr Kind impfen lassen?**

Ja.

**Die Regierung klärt nun einmal die rechtlichen Grundlagen für eine Impfpflicht ab. Wird es aus heutiger Sicht ein solches Obligatorium geben müssen?**

Das ist schwierig zu sagen. Wir arbeiten nicht darauf zu. Aber die Regierung muss einfach die Grundlagen vorliegen haben, was es für eine Impfpflicht bräuhete, wenn diese gewünscht ist. Das heisst nicht, dass die Impfpflicht kommt oder nicht. Aber wir können nicht einfach zuwarten und uns im Januar oder Februar fragen, wie es weitergeht. Klar ist, dass der derzeitige Rechtsrahmen in Liechtenstein kein Impfblogatorium zulässt. Zudem stellt sich die Frage nach den Konsequenzen, wenn man sich nicht impfen lässt. Wären das Geldstrafen wie in Österreich? Wäre das unfair, weil sich eine vermögendere Person das leisten könnte und andere nicht? Das muss man im Detail anschauen.

**Ein Impfblogatorium müsste demnach auch den üblichen Gesetzesweg gehen und würde letztlich wohl**

**auch vor das Volk kommen, nehme ich an?**

Ja, für ein Impfblogatorium bräuhete es eine Gesetzesanpassung. Gegen ein solches Gesetz könnte dann natürlich das Referendum ergriffen werden.

**Ähnlich wie vor einem Jahr die Alpha- und später die Delta-Variante sorgt nun Omikron für Sorgenfallen, wobei der Wissensstand noch begrenzt ist. Wird die Situation 2022 noch schlimmer?**

Man muss klar festhalten: Die schlechte Situation, in der wir uns derzeit befinden, ist Delta geschuldet. Omikron ist erst am Rand ein Thema, das kommt erst noch. Derzeit geht man davon aus, dass sich diese Variante schneller verbreiten kann. Delta ist von der Ansteckungsgefahr her in etwa mit den Windpocken vergleichbar, also deutlich anstecker als die Grippe, aber nicht so sehr wie Masern. Omikron dürfte irgendwo zwischen den Windpocken und Masern liegen. Man geht auch davon aus, dass die Krankheitsverläufe bei Omikron im Schnitt milder sind. Dieser Vorteil wird wohl allerdings durch die schnellere Verbreitung wieder aufgehoben. Zu befürchten ist zudem, dass geimpfte und genesene Personen nicht gleich gut gegen die Omikron-Variante geschützt sind wie gegen die Delta-Variante. Kurzum: Die Variante ist sehr besorgniserregend.

Man sieht ja auch, was im Ausland passiert. London hat den Katastrophenfall ausgerufen, die Niederlande sind wieder im harten Lockdown. Sehr wichtig ist jetzt, dass wir die Fallzahlen nach unten bringen, damit wir nicht auf einem hohen Niveau starten, wenn sich Omikron stark ausbreitet.

**Das klingt nicht so, als wäre die Pandemie 2022 vorbei. Wie lange wird uns Corona noch beschäftigen?**

Das ist sehr schwierig zu beurteilen. Man muss sich im Klaren sein, dass wir besser als noch im letzten Jahr dastehen. Vor einem Jahr waren wir in der «Winterruhe» und es war alles geschlossen. Es ist natürlich auch jetzt keine einfache oder bequeme Situation, im Gegenteil. Wie lange wir uns noch mit der Pandemie und mit Massnahmen beschäftigen müssen, ist schwer zu beurteilen. Aber je stärker das epidemiologische Geschehen und je höher die Fallzahlen sind, umso wahrscheinlicher sind neue Mutationen. Darunter können unter Umständen auch gefährlichere Varianten sein.

www.volksblatt.li

ber folgt die Bevölkerung ab 80 Jahren und besonders gefährdete Personen.

• 8. November: Die Junge Liste demonstriert mit rund 200 Personen gegen «Schwurbeleien» und für eine Besserstellung der Pflegeberufe. Damit besetzt die Junge Liste den Peter-Kaiser-Platz am Montag, an dem üblicherweise die Massnahmengenger protestieren.

• 11. November: Die Fallzahlen sind erneut stark angestiegen, durchschnittlich kommen pro Tag 17 Neuinfektionen hinzu. Vor allem an den Schulen tobt das Virus. Von den 291 Neuinfektionen sind Anfang Oktober sind 20 Prozent auf den Schulbetrieb zurückzuführen.

• 16. November: Ursprünglich sollten die 65- bis 79-Jährigen erst im Januar eine Drittimpfung erhalten, nun ist dies doch bereits im Dezember geplant. Die Betroffenen werden per Brief eingeladen. Im Mühlehholzmarkt soll ein neues Impfzentrum entstehen. Anpassungen gibt es auch beim Covid-Zertifikat: Das Genesenzertifikat gilt nun 12 statt 6 Monate, zudem erhält man das Zertifikat auch mit einem Antikörpernachweis. Dies gilt allerdings nur in Liechtenstein und der Schweiz.

• 19. November: Die Impfquote stagniert bei 65 Prozent, gleichzeitig steigen die

Fallzahlen. Der Durchschnitt liegt bereits bei 38 Neuinfektionen pro Tag. Keine guten Voraussetzungen, so Regierungschef Daniel Risch auf einer Pressekonferenz. Man werde in den nächsten Tagen Gespräche mit Verbänden, Schulleitungen und Gemeinden führen. Sollte die Schweiz die Massnahmen verschärfen, wird Liechtenstein nachziehen. Österreich kündigt unterdessen einen dreiwöchigen Lockdown ab 22. November an. Für die Einreise muss man entweder geimpft oder genesen sein oder einen negativen PCR-Test vorweisen – ein Antigen-Schnelltest reicht nicht mehr. Zudem bereitet sich Österreich als erstes in der EU auf eine Impfpflicht ab Februar vor.

• 22. November: Im Landesspital gilt ab sofort eine 3G-Pflicht.

• 24. November: Die Regierung verkündet auf einer Pressekonferenz die Wiedereinführung der Maskenpflicht in allen öffentlichen zugänglichen Innenräumen ab 26. November. Das gilt auch am Arbeitsplatz, wenn sich mehr als eine Person im Raum oder Fahrzeug aufhält, und unabhängig von der 3G-Pflicht auf Veranstaltungen und in der Gastronomie.

• 25. November: Die Auffrischimpfungen in den Alters- und Pflegeheimen sind abgeschlossen, 85 Prozent der Bewohner haben sich für den dritten Stich entschieden.

• 26. November: Erneute Planänderung bei den Drittimpfungen: Nach vor Weihnachten sollen alle, die bis Ende Juli ihre Zweitimpfung erhalten haben, die Möglichkeit auf einen «Booster» bekommen. Das sind 12 600 Personen, also rund 500 Impfungen pro Tag.

• 27. November: Wegen einer neuen, von der WHO als «besorgniserregend» eingestuften Virusvariante erlässt die Schweiz neue Einreisestimmungen. Aus mehreren südafrikanischen Ländern gilt ein Einreisestopp.

• 28. November: Die Schweiz sagt mit 62 Prozent Ja zum Covid-Gesetz.

• 30. November: Das Ministerium für Gesellschaft gibt bekannt, dass im Dezember nicht nur im Mühlehholzmarkt, sondern auch im Landesspital geimpft wird – unter Federführung von Mauro Pedrazzini. Wer seine dritte Dosis wo erhält, entscheidet sich nach Alter und Impfstoff. Die Einladungen werden per Post verschickt. Bei der Auswertung von Tests kommt es zu Verzögerungen, da die Laborkapazitäten am Anschlag sind.

• 2. Dezember: Der Landtag führt eine theoretische Diskussion zur Impfpflicht. Diese wird grösstenteils nicht als notwendig erachtet.

• 3. Dezember: Die Regierung weitet die 3G-Pflicht aus, nachdem der Bundesrat ähnliche Massnahmen erlassen hat. Die Gültigkeitsdauer von Antigen-Schnelltests wird von 48 auf 24 Stunden verkürzt. Ab 7. Dezember gilt für alle Veranstaltungen ungeachtet der Teilnehmerzahl eine 3G-Pflicht. Anders als in der Schweiz gilt auch bei privaten Treffen mit mehr als zehn Personen 3G. Zudem werden Abklärungen für eine 3G-Pflicht am Arbeitsplatz sowie 2G in der Freizeit ab Mitte Januar getroffen. Wer in der Schweiz auf 2G setzt, kann auf Schutzkonzepte und Masken verzichten. Das ist in Liechtenstein nicht der Fall. Ausserdem werden die Weihnachtsferien um vier Tage verlängert, sie beginnen bereits am 20. Dezember.

• 4. Dezember: Bei der Einreise nach Liechtenstein und in die Schweiz ist ein PCR-Test auch für Geimpfte und Genesene erforderlich. Ausnahmen bilden weiterhin die Grenzgebiete.

• 8. Dezember: In Liechtenstein wird der erste «Omikron»-Fall nachgewiesen.

• 15. Dezember: Die Hospitalisierungen kratzen an der Rekordmarke, die Fallzahlen sind weiterhin auf hohem Niveau. Die Regierung verkündet eine weitere Verschärfung, nachdem der Bundesrat bereits ähnliche Schritte angekündigt hat.

Ab 18. Dezember gilt 2G überall dort, wo bisher 3G galt. Ausserdem wird die Maskenpflicht auf Kinder ab sechs Jahren ausgeweitet.

• 16. Dezember: Nun ist es wieder möglich, sich online zur Impfung anzumelden.

• 20. Dezember: Auch in der Schweiz gilt ab Montag weitgehend 2G in Innenräumen.

• 21. Dezember: Der Staatsgerichtshof macht sein Urteil vom 7. Dezember öffentlich. Die 3G-Pflicht ist verfassungskonform. Wenig später wird bekannt, dass die Massnahmengenger bereits Unterschriften sammeln, um die 2G-Pflicht prüfen zu lassen.

• 22. Dezember: Das «Booster»-Ziel ist erreichbar: Alle Berechtigten erhielten vor Weihnachten ihre dritte Impfung. Im Januar sind alle an der Reihe, deren zweite Dosis mindestens vier Monate zurückliegt.

• 27. Dezember: Nachdem die Impfung mit Biontech/Pfizer für Kinder zwischen 5 und 11 Jahren zugelassen wurde, sind ab sofort Anmeldungen möglich. Rund 70 Personen machen davon Gebrauch. Der erste Termin findet am 8. Januar statt.

• 29. Dezember: Nur drei Wochen nach dem ersten Fall sind bereits 40 Personen mit der Omikron-Variante infiziert. (df)

## Schwerpunkt Jahresinterview mit Erbprinzen Alois

# «Ich glaube nicht, dass es zu einer längerfristigen Spaltung der Gesellschaft kommen wird»

**Interview** Erbprinz Alois bittet mit Blick auf die Coronapandemie darum, in den schwierigen Wintermonaten weiter durchzuhalten und sich, wenn möglich, impfen zu lassen. Die Ausweitung der Maskenpflicht erachtet das geschäftsführende Staatsoberhaupt ebenfalls für sinnvoll - auch für kleinere Kinder. Sein Rat: Auf diese Massnahme mit ausreichend Gelassenheit reagieren.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Durchlaucht, leider steht auch bei diesem Jahresinterview wieder die Coronapandemie ganz oben auf der Fragenliste. Vor einem Jahr sagten Sie, dass wir nur noch einige Monate durchhalten müssten. Das hat sich leider nicht bewährt. Wie sehen Sie die Situation heute? Erbprinz Alois: Zunächst möchte ich anmerken, dass ich damals gesagt habe, die ersten Impfstoffe lassen zwar Hoffnung schöpfen, wir aber noch einige Monate durchhalten müssen, bevor wieder ein weitgehend normales Leben möglich sein wird. Ich habe aber auch hingewiesen, dass wir aufgrund von Mutationen und mit Blick auf die Wirkung der Impfstoffe auch wieder in neue verschärfte Situationen geraten können. Das hat sich jetzt leider bewährt und wir werden wahrscheinlich noch einige schwierige Monate vor uns haben.

Sie sagen es: Die Wirkung der Impfstoffe hat leider nachgelassen. Zwischenzeitlich ist auch in Liechtenstein das Boostern voll angelaufen. Haben Sie auch schon eine dritte Spritze erhalten? Ja, ich habe die Booster-Impfung bereits bekommen.

Wie war es bei Ihnen: Haben Sie nach dem Booster Nebenwirkungen verspürt, wie etwa erhöhte Temperatur oder Gliederschmerzen? Glücklicherweise nicht. Meine Armmuskulatur an der Einstichstelle habe ich nach der zweiten und dritten Impfung am nächsten Tag noch gespürt. Das war aber auch alles.

Sind Sie von der Coronaimpfung überzeugt? Geimpfte, insbesondere diejenigen, die dreifach geimpft sind, haben weniger starke Erkrankungsverläufe. Die Ansteckung und Übertragung von Covid-19 ist zwar weiterhin möglich, aber auch geringer. Durch die Impfungen können wir uns daher nicht nur besser schützen, sondern auch zur Entlastung unseres Gesundheitssystems beitragen. In den meisten Fällen würde ich daher eine Impfung empfehlen - nicht zuletzt, weil die bei uns zugelassenen Coronaimpfstoffe inzwischen zu den besterprobten Impfstoffen überhaupt gehören. Die Risiken, sich nicht impfen zu lassen, sind wesentlich grösser als die Risiken der Impfung.

Zwischenzeitlich wurde 2G in Liechtenstein und eine Ausweitung der Maskenpflicht eingeführt, noch einige Tage vor der Schweiz. Sehen Sie dies als grosse Benachteiligung jener, die sich nicht impfen lassen wollen?

Da von den Geimpften eine geringere Belastung des Gesundheitssystems ausgeht, halte ich es für durchaus angemessen, dass für sie auch geringere Schutzmassnahmen gelten. Wir haben auch schon zuvor, je

nach Belastungsgefahr, die von unterschiedlichen Konstellationen für das Gesundheitswesen ausging, mehr oder weniger Schutzmassnahmen vorgesehen. Die Ausweitung der Maskenpflicht finde ich sinnvoll, weil sie im Vergleich zu allen anderen Massnahmen sehr wenig einschränkt sowie günstig, wirkungsvoll und leicht umsetzbar ist. Ich begrüsse auch die Empfehlung für das Tragen von FFP2-Masken, weil diese nach neueren Studien um einiges besser schützen.

Auch, dass kleinere Kinder ab sechs Jahren eine Maske tragen müssen? Da derzeit das Virus sehr stark bei den Kindern und Jugendlichen zirkuliert und von diesen wiederum an deren Eltern weitergegeben wird, kann das Tragen einer Maske auch in diesem Alter zur Entlastung des Gesundheitssystems beitragen. In Deutschland und Österreich ist dies schon seit einiger Zeit Vorschrift, und von meiner Verwandtschaft habe ich gehört, dass sich ihre kleineren Kinder weniger an der Maske gestört haben als die älteren.»

«Von meiner Verwandtschaft habe ich gehört, dass sich ihre kleineren Kinder weniger an der Maske gestört haben als die älteren.»

schon seit einiger Zeit Vorschrift, und von meiner Verwandtschaft habe ich gehört, dass sich ihre kleineren Kinder weniger an der Maske gestört haben als die älteren. Dies mag vielleicht nicht repräsentativ sein, aber es zeigt mir, dass man auch auf diese Massnahme mit ausreichend Gelassenheit reagieren sollte.

Anfang Januar können sich in Liechtenstein dann auch Kinder ab fünf Jahren impfen lassen. Finden Sie das richtig?

Ja. Auch wenn das Risiko für Kinder geringer ist, kann das Virus auch bei Kindern kritische Situationen verursachen. Ausserdem gibt es auch vorbelastete Kinder, für die eine Ansteckung gefährlich wäre. Inzwischen wurden vor allem in den USA Millionen Kinder geimpft, wobei keine schwerwiegenden Komplikationen bekannt geworden sind. Insgesamt dürfte es somit auch bei Kindern besser sein, dass sie sich impfen lassen.



Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein bittet die Bevölkerung, in den schwierigen Wintermonaten weiter durchzuhalten und sich, wenn möglich, impfen zu lassen.

Wie stehen Sie zu einer Impfpflicht, wenn sich die Situation nicht verbessert?

Eine Impfpflicht wird uns nicht rasch weiterhelfen, weil man dazu erst die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen müsste. Ich halte es aber für sinnvoll, dass wir uns mit einer möglichen Regelung der Impfpflicht auseinandersetzen, damit wir wissen, ob dies eine geeignete Vorgehensweise ist und - wenn ja - wie wir am besten vorgehen, falls wir die Situation nicht anders in den Griff bekommen.

Können Sie nachvollziehen, warum sich nicht jeder impfen lassen will? Beim Austausch mit ungeimpften Personen habe ich festgestellt, dass es eine Vielzahl an Argumenten gegen eine Impfung gibt. Einige Gründe finde ich nachvollziehbar und es gibt natürlich auch Situationen, in denen man sich nicht impfen lassen sollte. Andere Argumente kann ich weniger nachvollziehen und zum Teil auch gar nicht - vor allem, wenn es um obskure Verschwörungstheorien geht.

Wie erklären Sie sich die tiefe Impfrate in Liechtenstein?

Ich glaube, das ist nicht so sehr ein liechtensteinisches Spezifikum. Wenn wir unsere Nachbarstaaten Schweiz und Österreich anschauen, dann sind die Quoten fast identisch. Wahrscheinlich gibt es viele Gründe, warum sich im Alpenraum weniger Leute impfen liessen als etwa in den südlichen Staaten, wie etwa Italien, Spanien oder Portugal. Ein Grund ist wohl auch, dass andere Länder viel stärker durch die Pandemie getroffen wurden und sich infolge die Bevölkerung auch bereitwilliger impfen liess.

In diesen Zeiten wird wegen der Coronamassnahmen und der Impfung oft Besorgnis über die Spaltung der Gesellschaft in Liechtenstein geäussert - von beiden Seiten. Nehmen Sie das auch so wahr?

«Ich halte die Diskussionskultur auf den sozialen Medien für gefährlich.»

Die Coronamassnahmen und die Impfung sind nicht nur in Liechtenstein heiss diskutierte Themen. Ich glaube aber nicht, dass es dadurch zu einer längerfristigen Spaltung der Gesellschaft kommen wird. Irgendwann wird nämlich die Pandemie zu Ende sein und damit auch diese Themen an Bedeutung verlieren. Viel bedrohlicher halte ich Spaltungen der Gesellschaft zu Themen, die auf die lange Frist kontrovers bleiben.

Wie beurteilen Sie die Coronadiskussionskultur mit Blick auf die sozialen Medien?

Ich halte die Diskussionskultur auf den sozialen Medien für gefährlich: Immer mehr Diskussionen werden dort viel zu einseitig geführt - auch wegen der entsprechenden Algorithmen. Das bestärkt die Tendenzen in Richtung Radikalisierung. In den USA ist das schon früher und auch zu anderen Themen stark zu spüren gewesen. Eine solche Entwicklung sollten wir vermeiden.

Wie ist es eigentlich im Fürstenhaus: Gibt es da auch unterschiedliche Meinungen in Sachen Coronamassnahmen und Impfung?

Das Fürstenhaus hat über 120 Mitglieder. Da gibt es auch unterschiedliche Meinungen.

Mit Blick auf die genannte Spaltung werden auch die Rufe nach gegenseitiger Rücksichtnahme lauter.

Wie bewerten Sie dies bezüglich der Arbeit der Regierung bei der Bewältigung der Pandemie: Wäre es nicht angesagt, knallhart durchzugreifen, schliesslich befinden wir uns in einer Krise?

Weltweit sind die Regierungen und deren Verwaltungen durch die Pandemie extrem gefordert. In solchen Situationen wird man im Nachhinein immer Bereiche finden, die man besser hätte machen können. Insgesamt ist mein Eindruck, dass die frühere wie die neue Regierung ihre Aufgabe gut gemacht haben. Nicht zu vergessen ist, dass unsere Regierungen aufgrund des Zollvertrags und der sehr engen Integration unseres Gesundheitssystems mit der Schweiz auch nur einen eingeschränkten Handlungsspielraum hatten.

«Die Bevölkerung hat in der Pandemie viel Geduld und viel Disziplin gezeigt.»

Welche Botschaft möchten Sie der Bevölkerung in Sachen Coronapandemie mitgeben?

Zunächst möchte ich der Bevölkerung sehr danken, dass sie in dieser Pandemie viel Geduld gezeigt hat und sich insgesamt mit viel Disziplin an die notwendigen Massnahmen gehalten hat. An dieser Stelle möchte ich auch all jenen Danke sagen, die in der Krise Aussergewöhnliches geleistet haben. Gleichzeitig möchte ich darum bitten, in den schwierigen Wintermonaten weiter durchzuhalten und sich, wenn möglich, impfen zu lassen.

Lassen wir die Pandemie nun hinter uns. Im August ist I.D. Landesfürstin



Erbprinz Alois sieht positiv nach vorn: Liechtenstein kann den Herausforderungen der Zukunft aus einer sehr guten Position begegnen.

Marie von uns gegangen und hat nach siebentägiger Staatstrauer in der Fürstlichen Gruft ihre letzte Ruhestätte gefunden. Was hat Ihnen die grosse Anteilnahme im In- und Ausland bedeutet?

Die Anteilnahme hat mich sehr bewegt. Ich möchte diese Gelegenheit gerne nutzen, um allen, denen ich nicht schon persönlich danken konnte, ein grosses Dankeschön auszusprechen.

Wie haben Sie den Start der neuen Legislatur aus politischer Sicht wahrgenommen?

Das Jahr 2021 war sehr stark durch die Pandemie geprägt und wir haben viele neue Mitglieder im Landtag, die sich erst noch einarbeiten mussten. Daher lässt sich über die neue Legislaturperiode aus meiner Sicht noch nicht sehr viel sagen.

Ende Januar wird der Landtag durch Sie wieder eröffnet. Was erhoffen Sie sich für dieses Jahr vom Parlament?

Ich hoffe, dass Landtag und Regierung gut zusammenarbeiten, damit wir bei der Umsetzung des Regierungsprogrammes im kommenden Jahr bereits erste Erfolge erzielen können und wir aktuelle Herausforderungen wie die Pandemie gut bewältigen.

Hatten Sie als geschäftsführendes Staatsoberhaupt eigentlich Einfluss auf das Regierungsprogramm?

Mit den Mitgliedern der Regierung pflege ich einen regelmässigen Austausch zu vielen Themen, auf die sich auch das Regierungsprogramm bezieht. Zusätzlich konnte ich mit dem Regierungschef den Entwurf des Regierungsprogrammes besprechen.

Dann sind Sie mit dem Regierungsprogramm sicherlich zufrieden?

Meiner Ansicht nach spricht es die wichtigsten Themen an, denen wir uns in dieser Legislaturperiode widmen sollten. Dazu gehört auch der Gedanke der Nachhaltigkeit, der im Regierungsprogramm breit angesprochen wird - also nicht nur im ökologischen, sondern auch ökonomischen und sozialen Sinn.



Viele können den Begriff «Nachhaltigkeit» nicht mehr hören. Was verstehen Sie darunter?

Unter Nachhaltigkeit verstehe ich, die Welt so zu hinterlassen, dass zukünftige Generationen mindestens die gleichen Möglichkeiten haben, wie die heute lebenden. Nachhaltigkeit ist zwar momentan auch ein überbeanspruchtes Modewort, es ist aber eigentlich ein alter Grundsatz, auf den gerade unser Land immer Wert gelegt hat. So waren uns ökonomische Nachhaltigkeit im Sinne von einem ausgeglichenen Staatshaushalt, eine soziale Nachhaltigkeit im Sinne einer gut integrierten Gesellschaft und eine ökologische Nachhaltigkeit im Sinne einer attraktiven Landschaft schon lange wichtig. In den letzten Jahren hat die Beschäftigung mit der ökologischen Nachhaltigkeit an Bedeutung zugenommen, weil vor allem aufgrund der technologischen Entwicklung die Umwelt gelitten hat, so z. B. durch den Schadstoffausstoss und den Verlust an Biodiversität. Langfristig können wir nur nachhaltig sein, wenn ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit miteinander in Einklang sind.

Was kann jeder Einzelne im Sinne der Nachhaltigkeit tun und leben Sie das auch in der Fürstenfamilie? Nachhaltigkeit kann ein jeder bei vielen Entscheidungen des täglichen Lebens sein - bei der Herstellung oder beim Kauf von Produkten, bei der Wahl der Verkehrsmittel bis hin zur philanthropischen Tätigkeit. Persönlich versuche ich, vor allem beim Einkaufen und bei der Ernährung auf nachhaltige Produkte zu achten. Ausserdem legt meine Familie im Rahmen unserer unternehmerischen und philanthropischen Tätigkeiten auf Nachhaltigkeit Wert, was ich sehr unterstütze.

In den vergangenen Jahren sprachen Sie sich immer wieder für Reformen in der Altersversorgung und Altenpflege aus. Wie zuversichtlich sind Sie, dass es in dieser Legislatur vorwärtsgen wird? Mein Eindruck ist, dass sich sowohl der Landtag als auch die Regierung

diesen beiden Themen in dieser Legislaturperiode mit einem besonderen Fokus widmen wollen. Auch bei den Gemeinden, der Wirtschaft und der breiten Bevölkerung sind dies wichtige Themen. Daher bin ich zuversichtlich, dass in dieser Legislaturperiode etwas vorwärtsgen wird.

Was ist Ihnen mit Blick auf das Alterwerden in Liechtenstein besonders wichtig? Besonders wichtig wäre es aus meiner Sicht, dass wir eine breitgetragene Strategie entwerfen, wie wir auch auf lange Frist in Liechtenstein in jedem Alter eine hohe Lebensqualität bieten können. Ein solcher Orientierungsrahmen könnte uns im Hinblick auf die grossen demografischen Herausforderungen sehr nützlich sein.

In Sachen verbesserte Lebensqualität im Alter: Finden Sie, dass Rentenerhöhungen eine Berechtigung haben? Eine allgemeine Erhöhung der Renten mit der Giesskanne halte ich für nicht sinnvoll. In gewissen Fällen könnte es aber vielleicht angemessen sein, Renten zu erhöhen. Um Rentenerhöhungen möglichst zielgenau dort vorzunehmen, wo sie auch angebracht sind, wäre es wichtig, die notwendigen Informationsgrundlagen zu haben. Ich hoffe, dass uns der Armutsbericht hierzu weiterhelfen kann, der ja bald erscheinen soll.

«Eine allgemeine Erhöhung der Renten mit der Giesskanne halte ich für nicht sinnvoll.»

Die Politik misst auch dem Klimaschutz grosse Priorität zu. Ist Liechtenstein hier auf dem richtigen Weg, oder könnte man noch entschlossener vorgehen?

Liechtenstein hat seit 1990, dem Referenzjahr in der Klimadiskussionen, den Emissionsausstoss senken können - trotz erheblichem Wirtschaftswachstum. Wir könnten und sollten aber noch mehr tun. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien, beim Energiesparen, bei der Mobilität oder bei der Landwirtschaftspolitik. Der Staat sollte aber bei Regulierungen und Subventionen in diesen Bereichen Zurückhaltung üben und diese hinsichtlich ih-

rer Anreizwirkungen genau überlegen. Ansonsten ist die Gefahr gross, dass viele gute Initiativen von privater Seite in die falsche Richtung gelenkt oder gar abgewürgt werden. Dies wäre schade, weil in jüngster Zeit nicht nur ökologische Interessensgruppen, sondern viele aus der Wirtschaft und der breiten Bevölkerung zur Reduktion des Emissionsausstosses beitragen wollen.

Sie waren im November am Klimagipfel in Glasgow. Wie fiel Ihr Fazit aus?

Einerseits war ein gewisser Pessimismus zu spüren, auch wegen der schwierigen geopolitischen Situation. So waren einige der grössten CO<sub>2</sub>-Emittenten gar nicht auf höchster Ebene anwesend. Andererseits konnten sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf internationaler Ebene über Massnahmen betreffend den Klimawandel austauschen und es wurden verschiedene Initiativen speziell auf den Klimagipfel hin vorbereitet. Auch wenn dies nicht die grossen, alle Probleme lösenden Schritte sind und wir weitere Klimagipfel benötigen, darf man nicht unterschätzen, was dies mittelfristig doch bewirken kann. Daher fand ich den Klimagipfel insgesamt positiv.

Der zunehmende Verkehr beschäftigt das Land. Derzeit gibt es erste Konzepte, diesen unterirdisch in den Griff zu bekommen. Sind Ihnen die entsprechenden Pläne bekannt und was halten Sie davon? Ja, die Pläne sind mir bekannt. Ich glaube, dass der Ansatz, ein langfristig orientiertes Raum- und Verkehrskonzept auf überparteilichem Weg und breitem Einbezug der Bevölkerung zu erarbeiten, richtig und wichtig ist. Die Stossrichtung begrüsse ich sehr.

Wie bewerten Sie die derzeitige Casino-Situation: Sind nach den ersten Massnahmen der Regierung noch weitere nötig, um die Zahl der Spielbanken im Fürstentum einzudämmen oder soll man den Markt nun einfach spielen lassen? Ich denke, es ist noch zu früh, um sich ein Bild machen zu können, ob die gesetzten Massnahmen schon wirken.

Der Staatsgerichtshof hat klargestellt, dass ein Verbot der Stiefkindadoption für eingetragene Partner gegen Verfassung und Menschenrechte verstösst. Ihr Vater, der Landesfürst, sprach sich dagegen aus. Wie stehen Sie dazu und kommt ein Veto des Fürstenhauses tatsächlich infrage?

Mein Vater hat sich nicht gegen die Stiefkind-, sondern die Fremdkindadoption ausgesprochen. Aus meiner Sicht sollte bei jeglichen Adoptionen das Kindeswohl im Vordergrund stehen, weil die Kin-

«Aus meiner Sicht sollte bei jeglichen Adoptionen das Kindeswohl im Vordergrund stehen.»

der in diesen Situationen die Schwächsten sind und daher ihre Interessen am wenigsten zur Geltung bringen können. Zu einer Sanktion eines Gesetzes äussere ich mich grundsätzlich immer erst dann, wenn ein konkreter Gesetzesentwurf vorliegt.

Ein anderes Staatsgerichtshofurteil hat für eine steuerliche Diskriminierung von 40 Prozent der Bevölkerung mit Blick auf den Gemeindesteuerschlag geführt. Finden Sie es richtig, dass hier gegengesteuert wird?

Das Staatsgerichtshofurteil hat zu einer Situation geführt, die meiner Ansicht nach nicht ganz zu Unrecht als unbefriedigend wahrgenommen wurde. Eine Vereinheitlichung der Höhe der Gemeindesteuern schränkt jedoch die Gestaltungsspielräume der Gemeinden ein, was ich grundsätzlich nicht für sinnvoll erachte. Auf internationaler Ebene kritisieren wir solche Versuche einer Steuerharmonisierung bzw. Mindeststeuer. Es ist schwierig, hierzu eine befriedigende Lösung zu finden, zumal der Gestaltungsspielraum des Gemeindesteuerschlages nicht gross ist.

Wie dringend ist die Anpassung des Finanzausgleichs: Sollten das Land oder andere Gemeinden mehr von den reichen Gemeinden profitieren dürfen?

Eine Anpassung des Finanzausgleichs halte ich für angebracht. Es gab ja schon in der letzten Legislaturperiode entsprechende Versuche, die leider gescheitert sind. Zur Frage, ob nun das Land oder die nicht so finanzstarken Gemeinden profitieren sollten: Wenn man anschaut, welche Aufgaben für das Land neu hinzugekommen sind und noch werden, dürfte das Land finanziell stärker gefordert sein - so werden wir z. B. die demnächst nötige Finanzierung der Betreuung der Kinder im ersten Lebensjahr wohl eher auf Landesebene als auf Gemeindeebene ansiedeln.

Werfen wir am Ende noch kurz einen Blick auf die Nachbarländer:

Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Schweiz und die EU sich nach dem gescheiterten Rahmenabkommen wieder annähern und wie gross wäre das Problem für Liechtenstein, wenn dies nicht rasch geschieht?

Sowohl die Schweiz als auch die EU haben grundsätzlich Interesse an guten bilateralen Abkommen. Auf lange Frist bin ich daher zuversichtlich, dass sich beide wieder annähern. Weniger zuversichtlich bin ich, dass dies rasch geschieht. Das kann für uns dann zu Problemen führen, wenn sich die Regelungen in der Schweiz und im EWR immer mehr unterscheiden. Diese Zeitkomponente beobachte ich schon mit einer gewissen Sorge.

In Österreich hat gerade der sechste Kanzler innerhalb von fünf Jahren sein Amt angetreten. Wie nehmen Sie diese Rochaden wahr?

Österreich hatte seit dem Zweiten Weltkrieg über viele Jahrzehnte eigentlich ein sehr stabiles politisches Umfeld. So viele Regierungswechsel in kurzer Abfolge sind für Österreich ungewöhnlich und ich hoffe, dass nun wieder ein normaler Rhythmus einkehren wird. Letztlich ist es auch für uns als Nachbarstaat eine Herausforderung, wenn sich unsere Regierungsmitglieder ständig auf neue Gesprächspartner einstellen müssen.

In Deutschland war es mit Angela Merkel (CDU) 16 Jahre stabiler denn je. Nun ist Olaf Scholz (SPD) neuer Kanzler, mit der Ampel-Koalition im Rücken. Wird es Veränderungen der Beziehungen zwischen unseren Ländern geben?

Ich bin zuversichtlich, dass wir auch mit der neuen deutschen Regierung gut zusammenarbeiten werden. Unsere beiden Regierungen haben sich für die aktuelle Legislaturperiode ausserdem jeweils das Thema Nachhaltigkeit als besonderen Fokus ausgewählt. Natürlich sind die Schwerpunkte dabei unterschiedlich, aber es gibt gerade auch in diesem Bereich viel Gemeinsames.

Mit welchem Gefühl blicken Sie auf das neue Jahr und welche Herausforderungen warten auf Liechtenstein im geopolitischen Umfeld?

Aufgrund der Pandemie selbst und ihrer Folgewirkungen auf die Wirtschaft, wie z. B. die Probleme mit den Lieferketten, erwarte ich ein eher schwieriges neues Jahr. Das geopolitische Umfeld dürfte auch nicht einfacher werden. Ich hoffe, dass sich daraus nicht neue Probleme, wie ein zunehmender Protektionismus oder Flüchtlingskrisen ergeben. Zum Glück können wir diesen Herausforderungen jedoch von einer sehr guten Position aus begegnen.



Für die Fotos wurden die FFP2-Masken kurz auf die Seite gelegt: Erbprinz Alois und Hannes Matt von der «Volksblatt»-Chefredaktion. (Fotos: Paul Trummer)

# Carl-Peter Hofmann zieht nun vor den Staatsgerichtshof

Bis ein Entscheid zur Auslieferung des Gründers der «GCCL» gefällt wird, werden wohl noch drei Monate vergehen.

Elias Quaderer

Die Geschichte rund um Carl-Peter Hofmann, den in Liechtenstein inhaftierten Gründer der staatsfeindlichen Bewegung «Global Court of the Common Law» (GCCL), ist um ein Kapitel reicher. Wie der Staatsgerichtshof auf Anfrage mitteilt, wird der 61-jährige Deutsche seine Auslieferung nach Österreich voraussichtlich vor dem Staatsgerichtshof anfechten.

Zur Erinnerung: Im September verhaftete die Landespolizei Hofmann im Rahmen der Schliessung des Ruggeller Gasthofs Rössle. Von der Grazer Staatsanwaltschaft wurde der Deutsche international zur Verhaftung ausgeschrieben und Liechtensteins Obergericht entschied im November, dass nichts gegen eine Auslieferung Hofmanns spreche. Aber der GCCL-Gründer reichte eine Beschwerde beim Obersten Gerichtshof gegen seine Auslieferung ein – ohne Erfolg.

Nun versucht es Carl-Peter Hofmann eine Instanz höher: Wie der Staatsgerichtshof auf Anfrage erklärte, sei bei ihm ein



Bis das endgültige Urteil zur Auslieferung von Carl-Peter Hofmann vorliegt, könnte es noch bis Ende März dauern.

Bild: Marco Ritter

«Antrag auf Zuerkennung einer aufschiebenden Wirkung eingegangen». Das bedeutet: Hofmann hat einen Antrag gestellt, das Auslieferungsverfahren zu unterbrechen, bis der Staatsgerichtshof über seine Individualbeschwerde entscheidet. Dieser Antrag ist laut Mitteilung des Staatsgerichtshofs innerhalb

der vorgesehenen Frist von einer Woche zugestellt worden.

## Auslieferungsurteil erst Ende März endgültig gefällt

Die konkrete Beschwerde gegen das Auslieferungsurteil muss Hofmann beim Staatsgerichtshof aber erst in drei Wochen einreichen. Zudem habe

Hofmann noch einen Antrag auf Verfahrenshilfe gestellt. Sollte diesem Antrag zugestimmt werden, würde sich die Abgabefrist für Hofmanns Beschwerde nochmals nach hinten verschieben. «Es ist davon auszugehen, dass es Ende Januar bis Anfang Februar wird, bis die Individualbeschwerde bei

uns ist», heisst es seitens des Staatsgerichtshofs. Aufgrund der Dringlichkeit des Falls werde der Staatsgerichtshof die Angelegenheit sicher in seinen nächsten Sitzungen behandeln. Doch für die erste Session im neuen Jahr – am 7. und 8. Februar – sei der Fall zu kurzfristig. Somit wird die Verhandlung wohl auf die zweite Sitzung des Staatsgerichtshofs am 28. und 29. März fallen. Carl-Peter Hofmann wird also noch fast bis Ostern 2022 im Landesgefängnis in Auslieferungshaft sitzen.

## Vorstellungswelt der Reichsbürger

Die Gruppierung des 61-jährigen Deutschen hat mittlerweile auch Anhänger in Liechtenstein gefunden. Der «Global Court of the Common Law», der auf einer rechten Schiene fährt, erkennt souveräne Staaten und ihre Institutionen nicht an. Stattdessen lehnt sich der Pseudo-Gerichtshof stark an biblische Grundsätze und stellt diese über die staatlichen Gesetze. Kurz: Die Ideologie ist praktisch identisch mit der Reichsbürgerbewegung in Deutschland.